

Benedikt Kaiser

# Corona und Profit

Gewinner und Verlierer  
der Krise

**BEAT  
THE  
VIRUS**

A MESSAGE WE  
HOPE NO ONE  
ACTUALLY SEES.  
#BeatTheVirus

**Nasdaq**

**IfS**

Wissenschaftliche Reihe – Studie 41

Herausgegeben vom Institut für Staatspolitik

# Staatspolitisches Handbuch



Erik Lehnert (Hrsg.)

## **Band 5: Deutsche Daten**

220 S., gebunden, 15 €

100 Deutsche Daten, die identitätsstiftend sind: von der Krönung Heinrichs I. zum deutschen König über die Reformation und Preußens Aufstieg bis zum Verlust der Souveränität nach 1918.



Karlheinz Weißmann / Erik Lehnert (Hrsg.)

## **Band 4: Deutsche Orte**

220 S., gebunden, 15 €

100 deutsche Orte, an denen die Deutschen zu einer Schicksalsgemeinschaft geformt wurden – durch Siege, Katastrophen und den Kampf um Selbstbehauptung.

Karlheinz Weißmann / Erik Lehnert (Hrsg.)

## **Band 3: Vordenker**

254 S., gebunden, 15 €

120 Autorenporträts der Köpfe hinter den Büchern und Begriffen, die Vordenker und Vorbilder jeder konservativen Revolution, von Arndt bis Zitelmann, von Diwald bis Willms.



Karlheinz Weißmann / Erik Lehnert (Hrsg.)

## **Band 2: Schlüsselwerke**

264 S., gebunden, 15 €

150 Werke, die für das konservative, rechte Denken grundlegend sind und einen Kanon bilden. Nicht die historische Bedeutung, sondern die zeitlose Gültigkeit bestimmt die Auswahl.



Karlheinz Weißmann / Erik Lehnert (Hrsg.)

## **Band 1: Leitbegriffe**

200 S., gebunden, 15 €

100 Leitbegriffe aus konservativer Sicht, von *Abendland* über *Geschichtspolitik* und *Ordnung* bis *Zyklus*. Wer die Begriffe definieren und setzen kann, gewinnt die Deutungshoheit!

Verlag  Antaios

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra

Tel: 034632 90 43 96 · Fax: 034632 90 43 97 · e-Post: [vertrieb@antaios.de](mailto:vertrieb@antaios.de)

[www.antaios.de](http://www.antaios.de)



Institut für Staatspolitik

### **Wissenschaftliche Reihe – Studie 41**

Herausgegeben vom Institut für Staatspolitik

Die vorliegende Studie ist im Rahmen des Instituts für Staatspolitik (IfS) entstanden. Das IfS ist ein Zweckbetrieb des Vereins für Staatspolitik e.V. und arbeitet seit Mai 2000 an der Zuspitzung politischer und metapolitischer Fragestellungen. Mittel dieser Arbeit sind Studien, eine eigene Zeitschrift – *Sezession*, Akademien für Schüler und Studenten sowie Staatspolitische Salons und Kongresse. Das IfS arbeitet parteiunabhängig und lebt ausschließlich von der Unterstützung durch private Fördermittel. Mehr Informationen finden Sie unter [staatspolitik.de](http://staatspolitik.de) und [sezession.de](http://sezession.de).

**Benedikt Kaiser**

# **Corona und Profit**

Gewinner und Verlierer  
der Krise

© 2021 Institut für Staatspolitik, Rittergut Schnellroda

Zweckbetrieb des Vereins für Staatspolitik e.V., eingetragen im  
Vereinsregister am Amtsgericht Stendal, Registernummer: 46786,  
vertreten durch Dr. Erik Lehnert (Vorsitzender).

Rittergut Schnellroda

06268 Steigra

Tel.: 034632 90 43 96

Fax: 034632 90 43 97

[staatspolitik.de](http://staatspolitik.de)

Titelbild: picture alliance / Photoshot

Alle Rechte vorbehalten. Auszugsweise fotomechanische

Vervielfältigung ist zu wissenschaftlichen Zwecken gestattet.

ISBN 978-3-939869-41-4

# Inhalt

<b>1. Corona in Deutschland: eine Geländevermessung</b>	<b>7</b>
1.1 Corona, COVID-19, SARS-CoV-2: Begriffe und Bedrohungen	8
1.2 Der Gesundheitssektor vor Corona	10
1.3 Zwischen <i>Lockdown</i> und <i>Shutdown</i>	12
1.4 Corona als großer Beschleuniger	15
<b>2. Wer gewinnt, wer verliert?</b>	<b>18</b>
2.1 Krisengewinner	19
2.2 Krisenverlierer	33
<b>3. Wer regiert?</b>	<b>45</b>
3.1 Politische Selbstbereicherungsnetzwerke	46
3.2 Die Aufblähung des Staatsapparates	48
3.3 Der Kampf gegen rechts	52
<b>4. Was ist der »Great Reset«?</b>	<b>58</b>
<b>5. Fazit oder: Zehn Thesen zur Coronakrise</b>	<b>63</b>
 <b>Anmerkungen</b>	 <b>82</b>

»Die Coronakrise ist ein wirtschaftlicher Schock, dessen Ausmaß alles in den Schatten stellt, was die Weltwirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt hat.«<sup>1</sup>

*Clemens Fuest, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung  
an der Universität München*

»Es stellt sich heraus, daß wir eine solche wirtschaftliche Krise seit dem Zweiten Weltkrieg nicht erlebt haben.«<sup>2</sup>

*Marcel Fratzscher, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung*

»Die Arbeitswelt erlebt die gravierendste Krise seit der Großen Depression der 1930er Jahre.«<sup>3</sup>

*Guy Ryder, Internationale Arbeitsorganisation*

»Wer am Ende einen Corona-Impfstoff hat und den vertreiben kann, der wird mit diesem Mittel sehr viel Geld verdienen.«<sup>4</sup>

*Gabriel Felbermayr, Kieler Institut für Weltwirtschaft*

»Wir berauben uns ständig zum Nutzen derer, die uns bestehlen, damit sie uns noch besser ausbeuten können – es geht um die Welt von GAFA: Google, Apple, Facebook, Amazon. Wer von uns hat diesem Behemoth, der alle totalitären Leviathane weit in den Schatten stellt, nie auch nur eine einzige Information geliefert?«<sup>5</sup>

*Michel Onfray, Front populaire*



## 1. Corona in Deutschland: eine Geländevermessung

»Die Corona-Pandemie«, so stellt es Ivan Krastev dar, »hat sich als klassischer ›grauer Schwan‹ herausgestellt«. Damit beschreibt der europaweit rezipierte Philosoph »ein durchaus wahrscheinliches Ereignis, das unsere Welt auf den Kopf stellen kann, uns aber dennoch schockiert, wenn es wirklich eintritt«.<sup>6</sup> Nach dem ersten Schock durch Viren, *Lockdowns* und Regierungsversagen ist es nun erforderlich, Ordnung und Klarheit dort, wo beides verlorenging, soweit wie möglich wiederherzustellen. Die vorliegende Studie will dazu für die deutsche Lage auf bestimmten Feldern erste Schritte unternehmen.

Einleitend wird geklärt, was es mit »Corona« bzw. »COVID-19« in groben Zügen auf sich hat (1.1), in welchem Zustand sich der Gesundheitssektor in der Bundesrepublik bei Ausbruch der »Pandemie« befand (1.2), welche Bedeutung *Lockdowns* oder auch *Shutdowns* einnehmen (1.3) und wofür Corona als großer Brandbeschleuniger zu wirken scheint (1.4). Auf dieser Einführung aufbauend, wird gezeigt, daß die Coronakrise wie jede einschneidende Zäsur Gewinner und Verlierer produziert: Die Brisanz für das gesellschaftliche Miteinander ist in diesem Fall enorm. Warum das so ist, wer Gewinner und Verlierer jeweils sind und aus welchen Gründen diese Prozesse erfolgten, wird ebenso beleuchtet (2.1, 2.2) wie die Frage nach der Aufblähung des Staates und der staatsloyalen Schichten durch die wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Zuge der Krise (3.). Weiter muß untersucht werden, was es mit dem sogenannten Great Reset auf sich hat – und wieso diese neue Stufe des »Globalismus«, die unsere Gegenwart beeinflusst

und womöglich die Zukunft prägt, auch dann in ihrer Essenz verheerend bleibt, wenn man verschwörungsideologische Projektionen, die in jeder Krisenzeit zirkulieren, vermeidet (4.). Abschließend werden zehn Thesen zur Coronakrise formuliert, die auf dem Analysierten aufbauen und Standpunkte darlegen, mit denen sich einerseits die Lebensbedingungen der kommenden Zeit besser beschreiben lassen sollen und auf Basis derer die politische Rechte den eigenen weltanschaulichen Bestand verbessern kann (5.). Dies bietet für die Rechte die Grundlage, um nicht ins Straucheln zu geraten, wenn die Verhältnisse durch eine anhaltende Krise zum Tanzen gebracht werden und verworrener denn je erscheinen.

## 1.1 Corona, COVID-19, SARS-CoV-2: Begriffe und Bedrohungen

Ende Januar 2020 wurde in der Bundesrepublik Deutschland der erste Fall von SARS-CoV-2 bekannt. Ein 33 Jahre alter Mitarbeiter eines Autobauzulieferers hatte sich in Bayern im Rahmen einer Schulung bei einer chinesischen Kollegin angesteckt. Diese für sich genommen banale Infektion, hundertfach wiederholt einige Tage später im rheinischen Heinsberg, dem ersten deutschen »Hotspot«, war auch hierzulande der Auftakt zu einer Epoche der globalen Transformation von Lebensverhältnissen, politischen Strukturen und ökonomischen Prozessen. Einer Transformation, die bisweilen »Great Reset«, »Großer Umbruch«, »Großer Neustart« oder auch »Große Unterbrechung« genannt wird – und an deren Anfang wir erst stehen. Damals aber wußten »wir« – hier: die absolute Mehrheit der Gesellschaft – nicht, was SARS-CoV-2 bedeuten könnte.

Das »Schwere akute Atemwegssyndrom-Coronavirus-Typ 2« kann die Infektionskrankheit COVID-19 (Coronavirus-Krankheit 2019, da Ende 2019 der erste Ausbruch in China registriert wurde) auslösen. Der Name (Typ 2) zeigt dabei an, daß es nicht das erste seiner Art ist. Bereits zur Jahreswende 2002/03 kam es zu einer Viruskrankheit, die von einem sogenannten Coronavirus (von *Coronaviridae*, die unter

dem Mikroskop entfernt an Kronen erinnern) ausgelöst wurde und damals rund 800 Todesfälle verursachte. Größere Verheerungen konnten ebenso vermieden werden wie 2012, als MERS-CoV in Saudi-Arabien auftrat. 2002 und 2012 sind für 2020 ff. relevant, weil sie zeigen, daß Formen der Zoonose – des Übertritts einer Krankheit von Tieren auf Menschen – zunehmen bzw. bessere Übertragungsgelegenheiten finden. In beiden Beispielfällen war die Fledermaus das ursächliche Tier: Bei SARS waren Larvenroller der »Zwischenwirt«, bei MERS Dromedare.

Auch bei SARS-CoV-2 geht die Mehrzahl der Wissenschaftler davon aus, daß das Virus bei Fledermäusen seinen Ursprung nahm. Einzelne Stimmen, darunter der Nanowissenschaftler Roland Wiesendanger von der Universität Hamburg, vertreten hingegen die These, daß einige Indizien für eine Art »Laborunfall« im chinesischen Corona-Epizentrum Wuhan als Ursache für ein derart »effizientes« und rasant Verbreitung findendes Virus sprächen.<sup>7</sup> Es gibt mittlerweile zahlreiche Analysen zur Entstehung von Coronaviren, doch das Entscheidende ist an dieser Stelle, daß neue Krankheitserreger, die nicht am Ursprung selbst eingedämmt werden können, in globalisierten Zeiten rasch weltweit zirkulieren können und so die Wahrscheinlichkeit einer Pandemie, das heißt einer weltweiten Epidemie (i. S. v. Seuche), erhöhen. Das wußte auch die Bundespolitik. Man war – theoretisch – vorbereitet.

2020 jährte sich die Verabschiedung des deutschen Pandemieplans bereits zum fünfzehntenmal. 2005 wurde jener veröffentlicht, 2017 aktualisiert, und zwischendrin, in den Jahren 2012 und 2013, wurde sogar ein Krisenszenario »SARS-Modi« (!) entworfen und erprobt. Der Titel der Risikostudie damals lautete »Pandemie durch Virus Modi-SARS«; Hauptakteur war das bundeseigene Robert-Koch-Institut (RKI). Die dazugehörige Bundestagsdrucksache (17/12051)<sup>8</sup> umfaßt etwa 90 Seiten, wovon jene Passagen, die der Risikoanalyse zu Schmelzhochwasser aus den Mittelgebirgen gelten, vernachlässigt werden können. Interessanter ist bei der Lektüre die Virus-Simulation. Allein, die Verantwortlichen sahen das wohl anders; man verzichtete auf eine Diskussion im Plenum des Bundestages. Der zuständige

Ausschuß beschloß sogar, daß man »von einer Berichterstattung zu den nachstehenden Vorlagen absieht«.

Die Vorlagen lesen sich dabei – mit heutigem Erkenntnisstand – recht drängend: Man imaginiert einen modifizierten SARS-Typ, der aus Südostasien eingeschleppt wird. Von Wildtieren, die auf Märkten gehandelt wurden, auf Menschen übergegangen, verbreitet sich das Virus von China aus auch nach Deutschland (dies entspricht exakt dem heute gängigen Corona-»Narrativ«). Als regelrechte »Spreader« werden Krankenhäuser, Hotels und Flugzeuge angeführt, ein *Lockdown* wird indes für nicht notwendig empfunden, obwohl die zugrundegelegte Letalität, die Todeswahrscheinlichkeit des Infizierten, als höher angenommen wird als die heute bekannte beim augenblicklichen Coronavirus. Als »Maßnahmen zur Eindämmung« werden Hygieneempfehlungen, Schulschließungen und die Absage von Großveranstaltungen angeführt, um die drei Wellen der Infektionskrankheit über drei Jahre hinweg abzufedern.

Die Autoren, darunter die heute medial durchaus bekannten RKI-Verantwortungsträger, schränken ein, daß »eine spezifische Prognose nicht möglich« sei, zeichnen aber ein drastisches Bild möglicher Infektionszahlen. Doch der Auftraggeber der Studie, der damalige Gesundheitsminister Daniel Bahr,<sup>9</sup> ließ sie gar nicht erst zur Diskussion stellen: Das Thema verschwand bis Ende 2019 aus der Wahrnehmung, auch weil eine akute Bedrohung des Gesundheitssektors durch externe Schocks o.ä. nicht erwartet wurde; außerdem konnte man sich vermeintlich sicher sein, immerhin hat »Deutschland eines der besten Gesundheitssysteme der Welt«<sup>10</sup> mit 28 000 Intensivbetten, wovon 20 000 mit Beatmungsgeräten ausgestattet sind.

## 1.2 Der Gesundheitssektor vor Corona

Man rüstete sich im Gesundheitssektor mangels Schock-Erwartungen also nicht für Bedrohliches. Im Gegenteil: In den letzten zehn Jahren wurden 120 Kliniken geschlossen und mehr als 10 000 Krankenhausbetten abgeschafft, in der Regel aus Motiven unternehmerischer

Profitmaximierung innerhalb einer umfassenden Privatisierungsstrategie: »Aus Krankenhäusern wurden Wirtschaftsbetriebe, aus Operationen Bilanzposten. Geld bringt, was nicht lange dauert.«<sup>11</sup> Dennoch: Die Substanz des deutschen Gesundheitssystems war über Jahrzehnte gebildet worden und verkraftete auch Einschnitte und Rationalisierungsmaßnahmen deutlich besser als die europäischen Nachbarn. Deshalb konnte am 12. April 2020 die weltweit meinungsbildende *Financial Times* immer noch vermelden, daß es in Deutschland eine Art »Überangebot« an Krankenhausbetten gebe.<sup>12</sup> Denn Deutschland lag im Vergleich von zehn Ländern bei der Zahl der Betten auf je 1000 Einwohner an dritter Stelle. Japan und Südkorea führten das Feld an, hinter Deutschland lagen abgeschlagen Frankreich und, erheblich weiter distanziert, Italien, die USA, Spanien, Chile sowie Schweden. Das las sich so, als ob man hier einsparen könnte.

Die Bertelsmann-Stiftung war in diesem Kontext nicht der einzige, wohl aber der prominenteste Akteur, der aus Gründen der Profitabilität zu einer Art verstärkter »Krankenhaus-Wettbewerbswirtschaft« drängte: Man empfahl vor der Coronawelle die zeitnahe Schließung weiterer Kliniken – man sprach von bis zur Hälfte aller Einrichtungen –, deren Betrieb sich nicht »lohnte«.<sup>13</sup> Verena Kreiling et al. verweisen zudem auf einen Aspekt, der unabhängig der nackten Zahlenangabe von Betten zu bedenken wäre: Auf eine ausgebildete Pflegekraft kommen in Deutschland je Tagesschicht 13 Patienten. In anderen Ländern wie Belgien, Polen und selbst Griechenland liegt die Zahl bei zehn, in Großbritannien, Finnland, in der Schweiz oder auch in Schweden bei acht, in den Niederlanden und in Irland bei sieben, in Norwegen knapp über fünf.<sup>14</sup> Dieser Umstand – korrelierend einerseits mit dem existierenden Mangel an circa 150 000 Pflegekräften (Vor-Corona-Stand)<sup>15</sup> und der anhaltenden Lohndebatte andererseits – war schon vorher ein Problem; doch erst »Corona« lenkte den gesamtgesellschaftlichen Fokus auf diese Gesamtkonstellation zwischen Bettenzahl, Gehältern und Arbeitsbedingungen, was im Frühjahr 2020 zu der absurden Szenerie des Respekt erweisenden Dauerklatschens vor Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen führte.

Man kann sich die deutsche Entwicklung 2020 so vergegenwärtigen: Während Pharmakonzerne, ihr Kapital schnellstmöglich mobilisierend, den Fokus auf die (zu?) rasante Entwicklung von Corona-Vakzinen richteten, den sich öffnenden Krisenmarkt als Mittel zur Bereicherung auffaßten und weltweit jenes große Geschäft witterten, das sie nun – in Berlin wie in Tel Aviv, in Moskau wie in Washington – machen, kompensierte man die Mängel des Gesundheitswesens vordergründig mit öffentlichkeitswirksamen Jubelarien auf seine Beschäftigten. Es war dies eine bundesweit zu beobachtende Farce, die in den unangenehmen *Lockdown*-Zeiten zahlreichen YouTube-Videos gefälligen Inhalt verschaffte, aber schon ein Jahr später nur noch als wohlfeil und wertlos erscheinen muß – zumal der *Lockdown* zur »neuen Normalität« zu werden scheint.

### 1.3 Zwischen *Lockdown* und *Shutdown*

Der Begriff des »Lockdowns« beschreibt eine Ausgangssperre oder auch Massenquarantäne; er war vor 2020 im Alltagsdeutsch weitgehend unbekannt bzw. fand nur in speziellen Bereichen der Sicherheitspolitik Verwendung.<sup>16</sup> Das änderte sich mit den ersten Nachrichten und Videos über den real existierenden *Lockdown* in Chinas Elfmillionenstadt Wuhan, und ab Mitte März 2020 war das Herunterfahren des öffentlichen und zunehmend auch des privaten Lebens in Deutschland notorisch. Weniger bekannt sind die Folgen dieses Experiments am lebenden Objekt – die immateriellen Folgen für Familien im allgemeinen<sup>17</sup> wie für Kinder und Jugendliche im besonderen, für Sport und Gesellschaft, die materiellen Folgen für Wirtschaft und Politik.

Die Einschränkung grundgesetzlich verbriefter Rechte der Deutschen muß stets neu abgewogen werden zwischen den Interessen der Allgemeinheit (dem Schutz vor einem schwer beherrschbaren, aber einfach zu übertragenden Virus) und den Grundrechten eines jeden einzelnen. Doch mit zunehmender Dauer der *Lockdown*-Maßnahmen, mit zum Teil absurden Sonderregelungen und Logiksprüngen, nahm das gespendete Vorschußvertrauen gegenüber der politisch

verantwortlichen Klasse samt Verständnis vieler Bürger, zunächst in Mitteldeutschland, dann auch im Westen, ab. Vor einem Jahr bezeichnete Bundeskanzlerin Angela Merkel den Vorrang restriktiver Verordnungen vermeintlich selbstkritisch als »demokratische Zumutung«, und in der Tat ist die Krise eine Bewährungsprobe für den Verfassungsstaat. Daß Bund und Länder auf Grundlage unterschiedlichster Auslegungen des Infektionsschutzgesetzes und seiner »Generalklausel« (§ 28 Abs. 1 i. V. m. § 32 IfSG) regeln, wer sich mit wem treffen darf und wer nicht, welche Kinder betreut werden und welche nicht, wer sich versammeln darf und wer nicht (usw. usw.), während die wirtschaftliche Produktion und Verwertung in kaum einem Fall ruht, sorgt vielerorts für unterschiedlich artikulierten Unmut – und für neue Friktionen innerhalb verschiedener gesellschaftlicher Akteursgruppen. Was für die einen die Wiederkehr einer staatlich erzeugten »Entwürdigung in Samthandschuhen« (Helmuth Plessner) ist, gleich anderen schon vor einem Jahr als ein Merkelscher »Pragmatismus mit Plan« (Gertrude Lübke-Wolff). Wieder andere, vor allem am politisch linken Rand, verwerfen beides und fordern die Steigerung des *Lockdowns*: den totalen *Shutdown* bzw. das totale Herunterfahren des gesamten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens, bis das Virus vermeintlich keine Verbreitung mehr findet.

Derlei autoritäre bis quasitotalitäre Maßnahmenkataloge finden in Pandemiezeiten ihre bisweilen ungeahnten Vertreter, während die eigentlich genuinen Befürworter des handlungsstarken, autoritären Staates zu Skeptikern *dieser* Staatsmaschinerie werden und damit gegen die sich neu findende Corona-Bevölkerungsgemeinschaft opponieren. Diese integriert mit ihrem machtpolitischen Zentrum unterschiedliche Spektren: Die Bandbreite reicht im parlamentspolitischen Betrieb von Law-and-Order-Neocons der CSU über Multiplikatoren wie Karl Lauterbach (SPD) bis zu Bodo Ramelow (Die Linke), vervollkommenet durch die massenmediale Omnipräsenz Angela Merkels Regierung subordinierter Virologen und ihnen bereitwillig Gehorsam leistenden Bürgerscharen insbesondere in Westdeutschland. Diese im falschen Sinne autoritär gepolte Allianz spornt sich an, immer strengere staatliche Maßnahmen prüfen zu lassen, und warnt im gleichen

Atemzuge vor »Covidioten«, »Corona-Leugnern« oder dem »Öffnungsrausch« (Markus Söder) moderater wie radikaler Maßnahmenkritiker. Gegen diese »Dreieinigkeit zwischen Politik, Wissenschaft und Volk«<sup>18</sup> erweist sich bis dato kein Kraut gewachsen, sofern man von kleineren juristischen Teilerfolgen wider die Coronaschutzmaßnahmen – etwa seitens der AfD-Landtagsfraktion in Thüringen – absieht.

Noch aber funktioniert das Sanktionsregime der Coronapolitik *grosso modo*, und es hält Erkenntnisse bereit, die für alle politischen Akteure gleichermaßen gelten: Denn das staatliche Tun in der anhaltenden Krise legt nahe, daß die Handlungsmacht des Staates trotz globalistischer Sach- und Verwertungszwänge sowie Souveränität<sup>19</sup> unterminierender Phänomene wie Netzwerkpolitik und Bankenabhängigkeit weiterhin gegeben ist und mehr denn je von der Bereitschaft der Verantwortungsträger zur Dezision abhängt. Unverhofft eindeutig sind Dinge, von denen gesagt wurde, sie wären aufgrund objektiver Gegebenheiten nicht möglich und machbar, objektiv möglich und machbar. Der ideologischen Parameter der verantwortlichen Akteure ungeachtet, kann auf einer wertneutralen Ebene festgestellt werden: Die Räume von Staat und Politik bleiben auch im frühen 21. Jahrhundert noch gestaltbar. »Im Laufe einer einzigen Woche«, so liest man es bei Ivan Krastev, »wurden wegen Covid-19 mehr europäische Grenzen geschlossen als in der Flüchtlingskrise 2015.«<sup>20</sup> Die Krise zeigt mithin, was ein planungsfähiger Staat vollbringen kann, wenn der politische Wille vorhanden und die öffentliche (respektive veröffentlichte) Stimmung günstig ist.

En passant werden dabei ein Alleinstellungsmerkmal konservativer Kritik und der blinde Fleck der Gegenseite evident: Denn ein dezidiert linker Publizist wie Dieter F. Bertz tut zwar gut daran, das Virus als Globalisierungsfolge zu beschreiben und darauf hinzuweisen, daß temporäre »Grenzschließungen, diagnostische Tests und Quarantänemaßnahmen« vor einem Jahr »die ungehinderte Ausbreitung des Virus nach Europa abbremsten« hätten können, und er behält recht, wenn er bemängelt, daß just diese präventiven Maßnahmen vermieden wurden, weil sie »als Unterbrechungen der Schlagadern des Welthandels aber tabu« erschienen.<sup>21</sup> Doch auch die Migrationskrise



2015 ff. hätte durch »Grenzschließungen« präventiv bewältigt werden können. Pull-Faktoren wären eingeeht worden, der damit verbundene Drang von Millionen Menschen, die angestammte Heimat zu verlassen, nicht durch eine vermeintliche Einladungspolitik europäischer Staaten genährt worden.

Freilich waren auch diese autoritären Setzungen nicht zuletzt deshalb »tabu«, weil sie »als Unterbrechungen der Schlagadern des Welthandels« gewirkt hätten: Das Kapital bedarf eben nicht nur des freien, ungehinderten Finanz- und Warenverkehrs, sondern auch der freien, ungehinderten Migrationsströme. Dies war im ausgehenden 20. wie im frühen 21. Jahrhundert der Fall und bleibt auch trotz nahender Transformationen der Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse gültig. Diese Transformation, die in vorliegender Studie noch eigens beleuchtet werden muß, bahnte sich bereits vor der eigentlichen Coronakrise an; doch die Krise wirkt gewissermaßen als großer Beschleuniger.

## 1.4 Corona als großer Beschleuniger

Denn bereits vor 2020 und der umfassenden Corona-Problematik waren Entwicklungen, die in Richtung einer stärker digitalisierten Lebenswelt in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft drängten, dominierend. Das Coronavirus und die globalen Maßnahmen zu seiner Eindämmung wirkten hierbei lediglich als Vehikel für Prozesse, die ohnehin heranreiften; man kann, negativer gewendet, von einer Art Brandbeschleuniger sprechen, der bestehende Zeittendenzen verstärkt und in einem Feuersturm zusammengeführt hat.

Das Zeitalter des neoliberalen Kapitalismus, durch Reagan und Thatcher eingeführt, seit Schröder und Blair in Europa im linksliberalen Mainstream etabliert, noch heute in Teilen der Rechten in Gestalt ihrer Vordenker mystifiziert,<sup>22</sup> geht seinem Ende entgegen. Was sich in den letzten dreißig Jahren unter anderem verändert hat, ist die Rolle des Staates. Vor dem »Epochenbruch« einer »neoliberalen[n] Revolution« war der Staat gewissermaßen ein Hindernis.<sup>23</sup> Nach der

entsprechenden Wende wurde der Staat fortan als Instrument verstanden; er wurde zurechtgeschnitten eingesetzt zur Absicherung der Herrschaft der Märkte, er wurde zur Beute, die sich selbst als hungrig erwies.

Derart gestärkt, transformiert sich der zeitgenössische Kapitalismus unter den Bedingungen anhaltender Krisengelegenheiten in neue Mischformen. Die Grundparameter der bisherigen Produktions- und Profitweise bleiben erhalten. In der neuen Entwicklungsphase kennzeichnen sie indes stärker finanzialisierte und digitalisierte Formen, darunter die monopolartige Herrschaft von Big Tech oder von zu Mikrostaaten werdenden Hyperkonzernen, die den kontinentaleuropäischen Mittelstand im allgemeinen wie den deutschen Mittelstand im besonderen ebenso liquidieren wie die derzeit verantwortliche Politik nichts Entscheidendes zu seiner Verteidigung beizutragen hat.

Das heißt auch: Über die neue Mixtur aus staatsmonopolistischem Kapitalismus, Big-Tech-Herrschaft, linksliberalen Interessengruppen und neofeudaler Reichtumskonzentration bei immer weniger Akteuren und Familien verfestigen sich Zustände, die auch mit klassischer Marktwirtschaft nichts gemein haben, von einer sozial ausstaffierten ganz zu schweigen. Die herrschende Klasse nun – eine kapitalistische, die einen linksliberalen, politisch korrekten, neu-deutsch »woken« Überbau kooptiert – nutzt die anhaltende Corona-Krisensituation dabei für den weiteren globalen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Die kapitalistische Produktions- und Lebensweise unter Bedingungen der digitalen Netzgesellschaft soll exklusiver denn je den »Reichen und Einflußreichen« (Paul Schreyer) bzw. den »Wohlhabenden und Wohlmeinenden« (Bernd Stegemann) zugute kommen; autoritär abgesichert, immer häufiger durch massenwirksame Propaganda sekundiert, dabei in Zeiten von »Post-truth«<sup>24</sup> vorstoßend, also in einen »Zustand jenseits der Wahrheit« (Timothy Snyder).

Das heißt im Umkehrschluß nicht, daß dieser Neubeginn einem manisch ausgetüftelten Plan klar bestimmbarer Akteure folgte. Eine Form von »Great Reset« als großem Wandel ist real, doch trotz der

Verlautbarungen von Klaus Schwab und Co. folgt er eher gesetzmäßigen Abläufen und politischen Richtungsentscheidungen als einem festgezurrtten Plot. Wirtschaftlich und politisch Herrschende nutzen jede Krise, warum sollte das beim Fall Corona anders sein? Gewiß: Die spezifischen Inhalte dieser Krisenjustierung und die Frage, wer ihnen wie begegnet, ziehen eine Neuvermessung des Geländes auch für die *Outsider* des Betriebes nach sich. Das heißt konkret, daß man spätestens jetzt über die Gewißheit verfügt, daß sich alte politische Frontlinien neu ordnen (müssen). »Die Covid-19-Pandemie verheißt uns ein Ende der Globalisierung, wie wir sie kennen«, mutmaßt Ivan Krastev.<sup>25</sup> Wenn der Prognosedenker einmal mehr recht behält, gilt es nur zu ergänzen: Die Pandemie kündigt damit auch ein Ende bisheriger Frontverläufe an. Der Hauptwiderspruch in den Post-Corona-Zeiten wird zwischen Globalisten und Antiglobalisten – jeweils: aller Couleur – verlaufen.

## 2. Wer gewinnt, wer verliert?

In der Coronakrise kommt ein überwiegend links artikulierter Allgemeinplatz zu sich selbst: Demnach werden Reiche immer reicher, und Arme werden immer ärmer. In einem repräsentativen Sammelband der vereinigten Linken wird in diesem Sinne formuliert, daß die »wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise in besonderem Maße prekär entlohnte Beschäftigte« betreffen, wohingegen auf »der anderen Seite [...] die Großverdiener und Multimilliardäre [stehen], die – wie im antikapitalistischen Bilderbuch – gerade in der Krise ihren Reichtum so schnell wie noch nie mehren konnten«.<sup>26</sup>

Diese Feststellung trifft einen Kern, wie die folgenden Abschnitte zeigen werden, und das liegt nicht nur daran, daß einerseits die »Superreichen«<sup>27</sup> Deutschlands ihr Vermögen in einem einzigen Coronajahr um 100 Milliarden Euro steigern konnten und daß andererseits die Ungleichheit von Vermögen und Einkommen seit Beginn der Pandemie im März 2020 in Deutschland<sup>28</sup> (aber auch in der gesamten Europäischen Union<sup>29</sup>) erheblich anstieg. Es liegt auch daran, daß die Informationshoheit weiter zentralisiert werden konnte: »Der Durchgriff eines biopolitischen Staates auf seine Bevölkerung ist gewaltig und rettet Leben, und zugleich sind die Lebensverhältnisse in der Bevölkerung extrem ungleich. Die Spaltung in das abgehängte untere Drittel, eine zunehmend orientierungslose Mittelschicht und eine kleine Oberklasse wird im unterschiedlichen Ansteckungsrisiko und den Reaktionen auf die Seuchenschutzmaßnahmen sichtbar.«<sup>30</sup>

Doch berücksichtigen derartige *apodiktisch* postulierte Thesen Zwischentöne und Sonderfälle nicht in jenem Maße, wie es eine rationale Bestandsaufnahme erfordert: Denn auch »Reiche« (obschon

keine »Superreichen«) verloren Vermögen, und es gibt nicht »die« Kapitalinteressen,<sup>31</sup> während es demgegenüber standortgebundene Unternehmer selbst der unteren Mittelschicht gab, die in der Krise bemerkenswerte Gewinne erwirtschafteten. Auch wenn eine Pauschalisierung demzufolge unzulässig erscheint und verworfen werden muß, sind eindeutige Krisengewinner ausfindig zu machen.

## 2.1 Krisengewinner

### a) Was ist digitaler Kapitalismus?

Eine Annäherung an die Gewinner der Coronakrise muß zunächst das Feld des »digitalen Kapitalismus« abstecken. Auf und in ihm werden in der Krise und weit darüber hinaus jene Akteure gefunden, die aufgrund der Pandemieauswirkungen (etwa durch Schließungen des stationären Einzelhandels oder aufgrund der gestiegenen virtuellen Kaufgewohnheiten) fraglos zu den eigentlichen Profiteuren der gesamtgesellschaftlichen Malaise zu rechnen sind. Doch was macht digitalen Kapitalismus aus? Eine Definition ist erforderlich, um Mißverständnisse zu vermeiden und den Bereich des nachfolgend Untersuchten einzugrenzen.

Zunächst kann festgestellt werden, daß die Inhalte und die Strukturen dessen, was seit Dan Schillers richtungsweisender Analyse aus dem Jahr 2000<sup>32</sup> mit digitaler Kapitalismus oder Digitalkapitalismus benannt wird, in der Forschung weiterhin auch mit anderen Begriffen beschrieben wird, ohne daß der Kern des Gegenstandes differiert. Ob »Informationsökonomie«, »Hightech-Kapitalismus«, »Online-Kapitalismus« oder »Überwachungskapitalismus« – gemeint ist stets die zeitgenössische Weiterentwicklung kapitalistischer Produktions- und Wirtschaftsweise im Zeitalter der Daten- und Informationsgewinnung (der Kommodifizierung des »Persönlichkeitskapitals«<sup>33</sup>), -verarbeitung, -übermittlung und nicht zuletzt -kontrolle auf zumeist virtuellem Wege: Der »neue Kapitalismus ist der alte, nun aber *online* gegangene«.<sup>34</sup> Die Kern-»Leitprinzipien« dieser neuen Form bzw.

historischen Stufenleiter des Wirtschaftens beinhalten die Verwertung von Daten, die Genese digitaler Plattformkonzepte, die produktive Cloud-Nutzung (von Cloud-Computing: digitale Bereitstellung von Speicherplätzen) sowie die Forcierung »informationsbasierter Geschäftsmodelle« (Andreas Boes), also der Informatisierung, was bedeutet, daß prozessual Informationen erzeugt werden, um daraus weitere Informationen zu schöpfen, die monetär Verwertung finden.<sup>35</sup>

In volkswirtschaftlichen Begriffen vollzieht sich im Internet die finale »Unterwerfung der Produktionssphäre unter die Zirkulationssphäre«.<sup>36</sup> Heruntergebrochen meint dies: Das Kapital dominiert die Arbeit, das Virtuelle das Reale, das Digitale den Menschen. In diesem Prozeß der aktiven wie passiven Unterwerfung konzentriert sich ökonomische Potenz bei den »großen« Spielern; deren Vorherrschaft spitzt sich zu und hebelt damit einen produktiven Wettbewerbsmodus der Marktwirtschaft aus – zugunsten eines neuen Marktsystems, das zunehmend von einem Oligopol gekennzeichnet ist, mithin jenem Zustand, in dem der Markt von einem Konglomerat bestimmter Großunternehmen beherrscht wird, das als »Motor der Konzentration und Zentralisation des Kapitals«<sup>37</sup> zu verstehen ist.

Besteht bis hierhin weitgehend Einigkeit unter den Forschern unterschiedlicher Denkrichtungen, wird diskutiert, welche Rolle der Staat in diesen Prozessen des digitalen Kapitalismus spielt. Unbestritten ist die Rolle der US-Administration bei der Genese des Internets im besonderen wie der globalen Implementierung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien im allgemeinen, und auch der chinesische Staat hat weitgehend Verfügungsgewalt über das kommerzielle Internet auf seinem Terrain: Baidu, Alibaba und Tencent (die BAT-Konzerne) zählen nicht nur zu den wertvollsten Unternehmen der Welt, sondern sind Staat und (Kommunistischer) Partei in Schlüsselbereichen ihres Wirkens weisungsgebunden.<sup>38</sup>

Doch jenseits dieses globalen Führungsduos erweist sich die Lage verworrener. Klassisch argumentierende Linke ignorieren diese Komplexität, indem sie schlicht von einem erneuerten Staatsmonopolistischen Kapitalismus (»Stamokap 2.0«) ausgehen, also von einer Synthese auf Augenhöhe aus Kapitalinteressen der Konzernriesen

und dem modernen Staat.<sup>39</sup> Indem sie beide Einflußgrößen parallelisieren, versperren sie sich der Erkenntnis, daß das »wirtschaftspolitische Heft des Handelns« durch den Staat – insbesondere jenseits der USA und China – den Big Playern der Digitalisierung obliegt.

Der Staat als autonomes Subjekt, ja als Souverän erscheint einstweilen als Getriebener der digitalen Mächte in den Hintergrund getreten, weshalb es so aussehe, »als sei der Staat im Grunde der große Verlierer des digitalen Kapitalismus«.<sup>40</sup> Statt seiner dominieren erfolgreiche Konzerne das kommerzielle Internet (und damit die dort erfolgende Wertschöpfung); die Machtkonzentration an der obersten Spitze erfolgt primär bei den mit dem Akronym GAFA bezeichneten Akteuren Google, Amazon, Facebook und Apple.

Diese Konzerne stellen nicht nur ebensolche dar, sondern sind selbst Plattformen für andere Wirtschaftssubjekte – sie sind teilautonome Märkte mit beträchtlicher Kapitalmasse. Da sie aber nicht wie »normale«, staatlich bereitgestellte oder geschützte Märkte allen zugänglich sind, sondern jenen, die sie bezahlen (ob mit Geld oder Daten etc.), werden sie von Philipp Staab als »proprietäre Märkte« bezeichnet. Sie befinden sich folglich im Eigentum eines dominierenden Marktteilnehmers. Mehrere proprietäre Märkte, definiert Staab, bilden ein System ab, und dieses System stellt wiederum den »operativen Kern des digitalen Kapitalismus«<sup>41</sup> dar. Agierten »alte« bzw. klassische (große) Unternehmen noch auf relativ offenen Märkten als konkurrierende Teilnehmer ebendieser Märkte, sind die Leitunternehmen des digitalen Kapitalismus nun selbst die Märkte.<sup>42</sup> Am Krisengewinner Amazon soll dies exemplarisch veranschaulicht werden.

## b) Amazon als Exempel

Daß Amazon als Profiteur der Pandemie gilt, ist unbestritten. Ob Printmedien oder Fernsehanstalten: Am Phänomen der Milliardenprofite für das 1994 von Jeff Bezos gegründete Unternehmen kommt kein deutsches Leitmedium vorbei.<sup>43</sup> Und auch für die schweizerische Journalistin Marie-Astrid Langer ist der US-Konzern schlechthin »der große Gewinner der Corona-Krise«.<sup>44</sup> Langers Beitrag ist deshalb

besonders erhellend, weil sie den Fokus nicht allein auf den Online-Handel – das populäre Kerngeschäft Amazons – lenkt, sondern auch auf die umfassende Geschäftstätigkeit als Plattformanbieter, als Speicherplatz-»Vermieter«, als proprietärer Markt im Sinne Philipp Staabs also. Denn Cloud-Computing als die virtuelle Bereitstellung und temporäre Ablokation von Speicherplätzen ist mittlerweile die erste Einnahmequelle Amazons: »Amazon Web Service (AWS) ist der weltgrößte Anbieter für Cloud-Dienste, mehr als ein Drittel der globalen Cloud-Computing-Kapazitäten stellt AWS zur Verfügung. McDonald's, Airbnb, Twitter, Facebook, die BBC – sie alle nutzen seit Jahren AWS, ebenso wie die in der Corona-Krise besonders gefragten Firmen Netflix, Slack und Zoom.«<sup>45</sup>

Dem AWS-Konzept liegt letztlich die Idee Amazons zugrunde, anderen Firmen und Konzernen die eigene Infrastruktur als Dienstleistung zu vermieten und dabei die eigene Monopolstellung auszubauen: Kleinere Unternehmen als Amazon (die Spannbreite reicht vom Kleinunternehmer bis zu großen Playern) mieten sich ein, müssen keine eigenen Rechenzentren betreiben oder Hard- und Software entwickeln – was dem Mieter Kosten erspart und für Amazon ein einträgliches Geschäft ist. AWS kam 2020 zudem zugute, daß sich das Leben – privat wie schulisch/beruflich, was neuerdings immer häufiger ineinander übergeht – durch die Coronamaßnahmen noch stärker ins Virtuelle verlagert hat. Die Amazon-Cloud-Dienste werden weltweit mittlerweile selbst von Universitäten und Schulen genutzt (in Deutschland zum Beispiel durch das Land Nordrhein-Westfalen<sup>46</sup>), was seit Beginn der Coronakrise und durch die neuen Zwangssituationen des Homeschooling und des Fernunterrichts neue Milliardengewinne einbrachte. Und auch Amazon Fresh, der Lebensmittelbring-service Amazons, der zwischen San Francisco und New York den Markt dominiert, investiert nun in Berlin, Potsdam, Hamburg und München in seine Infrastruktur, um den gängigen Supermarktketten den Markt streitig zu machen.

Ebenfalls im Amazon-Stammland USA kann man sehen, was danach kommt: das Ausgreifen in den Logistik- und Transportbereich. Mehr als 20000 Lastwagen, mehr als 40 Flugzeuge und



zahlreiche Frachtschiffe unterhält Amazon mittlerweile, Tendenz steigend.<sup>47</sup> »Was den Konsumenten Bequemlichkeit und Zeiteinsparung verspricht«, so bringt es W.F. Haug auf den Punkt, »bringt dem Kapital Kostenersparnis.«<sup>48</sup> Denn in den USA ist Amazon spätestens durch seine mehrgliedrige Expansion in den Coronajahren 2020/21 nicht mehr ansatzweise von Logistikpartnern und ihren Preisen (und unter Umständen von Tarifverträgen für die Mitarbeiter, was die Unkosten aus Amazon-Sicht steigen läßt) abhängig; in Deutschland begünstigt Corona diese Entwicklung ebenfalls. Hier verzichtete Amazon indes lange auf einen eigenen Fuhrpark für den Versand der Pakete und drückte statt dessen die Preise der kooperierenden Fuhrunternehmen, indem bestimmte Zahlen vorgegeben wurden, die die Paketdienste einhielten, um den Marktführer nicht als zahlenden Kunden zu verlieren.

Durch die Coronakrise ändert sich dies: Amazon schafft sich derzeit eine eigene Logistikwelt mit zahlreichen Subfirmen. Wirtschaftsjournalisten schrieben Ende 2020 sogar von einem »Netz, das Amazon gerade über die Republik spinnt«. Es sei »ein Netz aus Lagerhallen, die größer sind als Fußballstadien und das beinahe unendlich scheinende Angebot des Onlinehändlers umfassen«, ja ein »Netz aus Lastwagen und Verteilzentren, aus Lieferwagen und Paketboten, das immer mehr Gebiete in Deutschland abdeckt«.<sup>49</sup> Diese Entwicklung ist durch die Corona-bedingte Steigerung des Bestellvolumens<sup>50</sup> in Deutschland in ihrer Geschwindigkeit potenziert worden. Amazon will auch hierzulande den Kunden jeden Gang in Einkaufsmärkte ersparen und »die Zustellung am selben Tag vorantreiben«: Denn dann »können die Kunden morgens einkaufen, mittags kommen die Sendungen im Verteilzentrum an und abends liefern die Paketboten sie aus«.<sup>51</sup> Der Gang vor die Tür, um Konsumprodukte im lokalen Einzelhandel zu erwerben, wird so theoretisch sukzessive überflüssig gemacht, und mit Amazon Fresh entfällt sogar der obligatorische Besuch eines Lebensmittelladens – alles zum Schutz vor potentiellen Infektionen, aus Angst vor einem Virus in Vergemeinschaftung. Daß Amazon 2020 seinen Umsatz um ein Drittel steigern konnte, auf 25 Milliarden Euro, ist diesen parallel verlaufenden Prozessen geschuldet.<sup>52</sup>

Betrachtet man diese anhaltende Entwicklung Amazons, überrascht es nicht, daß das Gesicht Amazons, der frühere Hedgefonds-Profi Jeff Bezos, sein Vermögen alleine zu Beginn der Coronapandemie zwischen Mitte März und Mitte Mai 2020 um 35 Milliarden US-Dollar erhöhen konnte; er besaß im August 2020 als erster und bislang einziger Mensch mehr als 200 Milliarden US-Dollar.<sup>53</sup> Bezos perfektioniert als Exempel damit das, was die Unternehmerform des Gewinners in einer dynamischen Digitalwirtschaft ausmacht: eine gewinnbringende Verschmelzung von Internetaktivitäten, Gewinnung und Nutzung von Daten sowie innovativen Informationstechnologien im Zeichen einer vielschichtigen Plattform – Amazon – als des eigentlichen Geschäftsmodells.<sup>54</sup> Bezos und Amazon profitieren neben ihrer Innovativität von jener »Tendenz zur Monopolbildung«, die »in die genetische Ausstattung der Plattformen eingebaut« ist.<sup>55</sup> Je mehr Personen auf einer Plattform agieren oder über sie Handel betreiben, desto wertvoller wird die Plattform. Die Branchenführerschaft verfestigt sich, der sogenannte Netzwerkeffekt schlägt durch. Die Coronazeit hat diese Entwicklung nicht ausgelöst bzw. hervorgerufen, sondern durch die Digitalisierung der Lebenswelten vom Kleinkind (Homeschooling) bis zum Durchschnittserwachsenen (als Online-Kunde jedweder Art) beschleunigt. Davon profitiert freilich nicht nur Amazon; weitere Beispiele stehen sinnbildlich für diesen übergeordneten, gesellschaftsverändernden Trend.

### c) Weitere Digitalplattformen, Konzerne, Big Tech

Weitere globale Profiteure der Coronakrise sind jene meist US-situierten Konzerne, die gleich Amazon zum »Big Tech«-Komplex – d.h. zu den »biggest technology companies« – gerechnet werden. Gesellt man Amazon noch Google (Alphabet), Facebook und Apple hinzu, erhält man die »Big Four« bzw. GAFA, zieht man zudem Microsoft heran, die »Big Five« bzw. GAFAM. Daß all diese Konzerne in Deutschland (wie andernorts) neue Milliardengewinne seit März 2020 einfahren, ist keine Überraschung, sondern spiegelt einen weltweiten Coronatrend wider.<sup>56</sup> Die rasanten monetären Zuwächse der Konzerne und ihre

entsprechenden Aktienwertsteigerungen haben jedoch die Aufmerksamkeit auf die Schattenseiten der Big-Tech-Entwicklung gelenkt.

Das *Handelsblatt* nimmt plötzlich wahr, daß »sich ein schnell wachsender Widerstand gegen die wirtschaftliche Übermacht der großen Technologiekonzerne« diagnostizieren läßt, weil die Öffentlichkeiten der einzelnen Länder zunehmend befürchten, daß »neue Technologien nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt zu einem systemischen Risiko werden können.«<sup>57</sup> Der Widerstand ist dabei noch einigermaßen diffus und vereint unterschiedlichste Akteure: Staaten realisieren seit 2020 noch stärker, daß der Akteurspool von Big Tech »zu einem Staat im Staate geworden« ist, der Profite privatisiert, Finanzabgaben geschickt umgeht (Weltmarktspitzenreiter Amazon kommt in den USA sogar auf einen negativen Steuersatz, erhält quasi Geld vom Steuerzahler<sup>58</sup>), aber die negativen Folgen seines Wirkens den Staaten und den Gesellschaften aufbürdet; Marktmitbewerber sehen eine Aushebelung marktwirtschaftlicher Mechanismen durch die großen Spieler im Zeichen eines Oligopols (der Hegemonie weniger Konzerngiganten); Datenschützer fürchten aufgrund der Corona-bedingten Steigerung der online verbrachten Lebenszeit den endgültig gläsernen Konsumenten etc.

Für die Volkswirtschaften entscheidend ist derweil, daß die finanziell omnipotenten Konzerne »in der Corona-Epidemie die Schwäche der anderen« ausnutzen können, um Raum- und Landnahme ihrer Geschäftsmodelle voranzutreiben, um (erneut) in weitere, unerschlossene Gebiete der Verwertung vorzustoßen, sprich: »Wie schon in der Finanzkrise 2008 erobern sie neue Märkte.«<sup>59</sup> Entscheidend für die deutsche Ökonomie ist in diesem Kontext, daß etwa Google (von Google Services über YouTube bis zu den WerbETOOLS von Google Ads), Amazon (über die Cloud-Plattform AWS) oder auch Facebook (als virtuelle Werbeplattform Nr. 1) die MilliardenGewinne deshalb auch hierzulande generieren, weil zunehmend der kleine, lokale und stationäre Einzelhandel, der für die Bundesrepublik viele Jahrzehnte prägend gewesen ist, diese Plattformdienste von Big Tech nutzt, um die Kunden, die durch Coronamaßnahmen den Läden fernbleiben müssen, zumindest partiell »einzufangen«: »Facebook profitiert in

seinem Werbegeschäft davon, dass mehr kleine Firmen ins Netz gehen, um Einbrüche durch die Krise aufzufangen. Bei Google brummt unter anderem das Geschäft der Videoplattform YouTube, während Menschen mehr zu Hause sind. Und bei Apple wächst in Zeiten der Arbeit im Homeoffice und Online-Lernen das Geschäft mit Mac-Computern und iPads.« Demgegenüber könnte die deutsche Wirtschaft »durch die Verschärfung der Corona-Krise [...] über Jahre zurückfallen«.<sup>60</sup>

Das Gros ihrer Betriebe und Unternehmen kann Big Tech dabei gar nicht umgehen: Die Dienstleistungen der Plattformen – von Werbung und Präsentation bis zu Speicherkapazitäten und Kommunikation – sind in den meisten Branchen marktobligatorisch geworden. Die Big-Tech-eigenen Plattformen halten damit »grundlegende Infrastruktur bereit, um verschiedene Gruppen zusammenzubringen«,<sup>61</sup> die dafür entsprechend investieren müssen, um die Plattformen, die neue Form des proprietären Marktes, nutzen zu können. Entscheidend dabei ist, daß dieser eigentümergebundene Markt naturgemäß kein *freier* ist; die Plattformkonzerne erhalten nicht nur Datenzugang und Kapital durch die kleineren Unternehmen und deren Konsumenten, sondern »bestimmen und kontrollieren auch die Spielregeln«.<sup>62</sup>

Auch dieser Trend war »vor Corona« implementiert; durch den massiven Anstieg der Nutzung der Plattformen und die Digitalisierung bis dato nichtdigitalisierter Lebensbereiche (beispielsweise des schulischen und des universitären Alltags) wurde die Entwicklung indes potenziert. Die Marktmacht von Big Tech war freilich bereits vor der Zäsur im März 2020 frappierend. Google hätte schon damals aus dem Stand den globalen Taxiservice Uber einkaufen können, ja sogar den New Yorker Investmentbanking-Krösus Goldman Sachs, während Apples Reserven ausreichten, um Samsung oder gar Shell zu übernehmen.<sup>63</sup>

Der Erfolg dieser Konzernriesen liegt in ihrem Charakter als »Metaplattformen« (Philipp Staab) begründet: Als Türsteher des kommerziellen Internets kommen Regierungen, Unternehmer und individuelle Konsumenten an ihnen kaum mehr vorbei. Dieser Trend der konstanten Begünstigung von Leitunternehmen ist selbst

für andere Big Player gültig, darunter zweifelsfrei erwiesene Profiteure der Krise wie Netflix oder auch die an deutschen Schulen und Universitäten ebenso wie in Betrieben und Konzernen einen Ausnahmeboom erlebende Plattform Zoom. Diese kann quartalsweise neue Gewinne vermelden; das Kommunikationsunternehmen sei folglich »mit der Corona-Krise in eine neue Liga aufgestiegen«<sup>64</sup> und konnte im Coronajahr 2020 den Umsatz von 166,6 Millionen US-Dollar auf etwa 777 Millionen steigern. Die Firma stellte ursprünglich Video-konferenzen für Unternehmen bereit: »In der Pandemie nahm aber nicht nur die Nutzung in Firmen zu, sondern auch Verbraucher greifen zu Zoom für alle möglichen Szenarien – von Familientreffen bis Yoga-Stunden. [...] Zugleich muß Zoom mehr Geld für technische Infrastruktur wie Cloud-Kapazitäten ausgeben.«

Hier schließt sich indes der kleine Kreis des Corona-Nutznießers Plattformkapitalismus: Denn besagte Cloud-Kapazitäten kauft Zoom bei Amazon (AWS) ein, ebenso wie Netflix. Die Film- und Serienstreaming offerierende Plattform verzeichnete weltweit 37 Millionen neue Abonnements im Jahr 2020,<sup>65</sup> in Deutschland nutzt seit 2020 jeder dritte Netflix; bei den 14- bis 29jährigen schaut man bereits doppelt so oft Netflix wie ARD und Co.<sup>66</sup> Neben Netflix sind auch andere Streamingportale (Disney+, joyn etc.) Gewinner der Krise in Deutschland. Das Marktforschungsinstitut GfK hatte im April und Mai 2020 rund 2000 Menschen befragt und ermittelt, daß mittlerweile jeder zweite Deutsche über ein Streaming-Abonnement verfügt: »54 Prozent der Gesamtbevölkerung streamen demzufolge mindestens einmal im Monat bei einem kostenpflichtigen Anbieter. Im Vorjahr waren es noch 49 Prozent, 2018 erst 41 Prozent. Bei den unter 30jährigen haben der Umfrage zufolge sogar 82 Prozent ein Streaming-Abo.«<sup>67</sup>

Die Zunahme der Plattformnutzung auch auf diesem Feld ist keine Petitesse, weil es dem Trend der Zeit entspricht, daß die Gewinner der Krisen in der Regel nur wenige (kreative, gut ausgebildete) Arbeitskräfte benötigen: Bei Netflix arbeiten weltweit weniger als 10000 Menschen bei einem Jahresumsatz von 25 Milliarden US-Dollar (Facebook: 50000 Mitarbeiter, 85 Mrd. US-Dollar Umsatz, Alphabet/Google 135000 Mitarbeiter, 182,5 Mrd. US-Dollar Umsatz), in

Deutschland besitzt man lediglich ein Büro.<sup>68</sup> Der Gewinn, der über »Renten«, gewissermaßen Mietzahlungen, erwirtschaftet wird, konzentriert sich demzufolge einmal mehr bei den Eignern der jeweiligen Plattform – und wird an Staat und absoluter Mehrheitsbevölkerung vorbei gewonnen. Corona beschleunigt auch diese Entwicklung des Siegeszugs von dezidiert mitarbeiterarmen Branchen im Zeichen des Strukturwandels der Arbeitswelt, ruft sie selbst aber nicht hervor. Doch auch mitarbeiterintensivere Branchen sind als Profiteure der Coronakrise zu nennen, darunter – bei einer Pandemie erwartungsgemäß – die Pharmaindustrie.

#### d) Pharmaindustrie

Der Ökonom und Fondsmanager Max Otte sieht die Maßnahmen in der Coronakrise zwar als »Förderprogramm« für die digitalen Kapitalisten im allgemeinen und für die »E-Commerce- und E-Pay-Unternehmen« im besonderen, weil sie, allen voran Amazon und Google, »noch mehr Daten über uns« erhalten, was »ihre Macht und ihren Umsatz« gleichermaßen vergrößere. Doch die »Pharma- und Impfflobby« sieht er nicht nur als Nutznießer einer gegebenen Situation, sondern gar als Akteure, die »offensichtlich ein Interesse an der Pandemie haben«.<sup>69</sup>

Mag diese These in ihrer Pauschalität etwas überzogen klingen, hat sie doch einen wahren Kern. Unmittelbar nach Bekanntwerden erster Fälle eines neuartigen Coronavirus in China hatten tatsächlich weltweit Pharmakonzerne »Kapital und Kredit im großen Stil mobilisiert und das Know-how ihrer Belegschaft auf die beschleunigten Entwicklung eines Corona-Vakzins verlegt«.<sup>70</sup> Die Polemik, die in der Feststellung durchschlägt, daß Coronaimpfstoffe nach Ausbreitung der entsprechenden Viren umgehend als »Kassenschlager« wahrgenommen wurden, wobei der Beweis der Verträglichkeit der Vakzine rasch zu erfolgen hatte, ist angesichts der Situation verständlich. Denn tatsächlich wurden »weder Kosten noch Mühen gescheut, in kurzer Zeit hinzubekommen, was sonst Jahre dauert.«<sup>71</sup>

Konkret bedeutete dies, daß verschiedene Pharmafirmen und Start-ups weltweit Millionen Impfdosen mit der Aussicht auf globale

Verkäufe produzierten, als noch nicht bewiesen sein *konnte*, welche Impfstoffe in welcher Konstellation der Coronapandemie zu ihrem Ende verhelfen würden. Hierbei kann man keineswegs von einem marktüblichen unternehmerischen Risiko sprechen, da der Aufwand der Konzerne in einer Atmosphäre selten vorhandener Sicherheit des Absatzes der Vakzine betrieben werden konnte. Indem die heterogene Staatenwelt bemerkenswert unisono – von China bis zu den USA, von Deutschland bis Ungarn – die »Lösung« der Krise qua »Durchimpfung« der Menschheit (oder zumindest einer absoluten Mehrheit der Menschen) zu realisieren beabsichtigte, minimierte sie das ökonomische Wagnis privater Akteure.

Durch milliardenschwere »Blankoscheck«-Abnahmegarantien der in dieser Frage vereinigten Staaten der Welt, aber auch mittels »Vorauszahlungen, direkten Unternehmensbeteiligungen und allerhand Sonderförderungen« offerierten die Nationen den Konzernen relevante Teile des erforderlichen Risikokapitals, »mit dem die Unternehmen in allen kostenträchtigen Phasen der Impfstoffentwicklung, -testung und -produktion wirtschaften«.<sup>72</sup> Die Gewinne hingegen, und das ist bei andauerndem globalen Impfprozeß bereits absehbar, werden durch die privatwirtschaftlichen Unternehmungen eingefahren und den staatlichen Gemeinschaften bzw. Nationen vorenthalten. So werden die großen Spieler der Pharmaindustrie wie erwartet zu den Profiteuren der Coronakrise: »Die Kurse der am Aktienmarkt notierten Pharma-Unternehmen verzeichnen zum Teil Gewinne von mehreren hundert Prozent.«<sup>73</sup> Das betrifft natürlich die global operierenden Konzerne; entscheidend für diese Studie ist jedoch die deutsche Situation.

Das Mainzer Biotechnologieunternehmen Biontech und sein US-Partner Pfizer erhielten hierzulande (bzw. EU-weit) die erste Zulassung für ihren Impfstoff, und zwar am 21. Dezember 2020, neun Monate nach Auftreten des Virus in der Bundesrepublik. Anschließend folgten Anfang Januar 2021 das reine US-Unternehmen Moderna und Ende Januar der schwedisch-britische Konzern AstraZeneca. Mitte März 2021 folgte schließlich die Bestätigung des Impfmittels der US-amerikanischen Firma Johnson & Johnson. Die auch für Deutschland

zuständige Europäische Arzneimittelbehörde (EMA) prüft noch drei weitere Vakzine, worunter auch das russische »Sputnik V« fällt.

An dieser Stelle kann und soll nicht das Pro und Kontra der Coronaimpfungen diskutiert werden, und ebenso die Frage, ob die Zeit für die Erforschung eines Impfstoffs wirklich ausreichend gewesen ist – auch in Relation zu ansonsten üblichen Verfahrensdauern der vielschichtigen Prüfung –, wird ausgespart. Entscheidend ist die nüchterne Feststellung, daß in der Branche Milliarden Gewinne für private Konzerne zu konstatieren sind, daß sie also als eminente Krisengewinner monetär erheblich von der meist kritiklos postulierten »Durchimpfungs«-Strategie auch der Bundesregierung profitieren. Biontech beispielsweise – vor der Krise selbst in der Krise – hat nach Start der Coronakrise an den weltweiten Börsen seinen Wert innerhalb von anderthalb Jahren mehr als verdreifachen können (auf fast 27 Milliarden US-Dollar); Moderna (an der US-Börse Nasdaq notiert) den seinigen mehr als versiebenfacht, was vom ebenfalls US-basierten Novavax-Konzern, dem »Liebling der Börsen« (*manager magazin*), übertroffen wird, der seinen Profit mehr als verzwanzigfacht hat. Lediglich AstraZeneca verlor aufgrund anfänglicher Negativpresse wegen Impfnebenwirkungen zehn Prozent im Vergleich zur Vor-Corona-Situation.

Gemeinsam ist den Profiteuren aus der Branche, daß sie auf öffentliche Forschung zurückgreifen konnten, um die privatwirtschaftlichen Umsätze zu potenzieren. Suerie Moon, Co-Direktorin des Global Health Centre in Genf, weist auf die öffentlichen Förderungen hin, die entscheidende Aspekte der notwendigen Technologie ermöglicht hätten. Biontech kooperiert etwa mit verschiedenen staatlichen Universitäten dies- und jenseits des Atlantiks; der Konzern hat Rechte an Erfindungen in den USA wie in Polen geltend gemacht: »Das Beispiel zeigt, wie es häufig in der Arzneimittel-Entwicklung läuft: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an Unis entwickeln die grundlegenden Ansätze und Ideen für neue Wirkstoffe und gründen anschließend selbst ein Start-up oder kooperieren mit Unternehmen, um daraus ein mögliches Produkt zu entwickeln. Große Konzerne steigen spät ein.«<sup>74</sup> Kleine und mittlere Wettbewerber hingegen



können aus finanziellen Gründen nicht alleine auf dem Markt tätig werden (das gelänge nur, wenn der Staat sie explizit *primär* fördern würde), sie benötigen die wenigen großen Spieler der Branche wie beispielsweise Pfizer.

Allein die großen Konzerne verfügen über jenes Kapital und jene Strukturen, um Impfmittel in diesen Mengen zu vermarkten. Da sie dies in ihre Strategie einfließen lassen, konzentrieren sie sich zunehmend auf die letzten Abschnitte der Entwicklung bis zur Zulassung. Das Risiko, das die vorherigen Schritte mit sich bringt, bleibt so den Staaten und deren Forschungseinrichtungen überlassen. Pharma-analyst Daniel Wendorff, der in dieser Funktion für die Commerzbank arbeitet, faßt es so zusammen: »Für die Pharmaindustrie hat sich herausgestellt, daß es unter Umständen besser ist: Wir sparen bei der Forschung ein, weil unsere Innovationskraft nicht so stark ist – und wir versuchen dann interessante Kauf-Kandidaten zu finden.«<sup>75</sup> Denn üblicherweise sei die Genese von Impfmitteln über Studien, Experimente etc. langwierig und teuer – bei Corona sind diese Lehren aber außer Kraft gesetzt. Denn nunmehr fließen Unmengen an staatlichem Geld in die Forschung gegen das Coronavirus. Allein Deutschland habe extra ein Förderprogramm mit über 750 Millionen Euro Volumen gestartet, aus dem Biontech bereits mehr als 300 Millionen erhielt. Diese Fonds sowie die garantierten staatlichen Abnahmen des fertigen Endprodukts haben das unternehmerische Risiko für die Konzerne limitiert, die Profitwahrscheinlichkeiten freilich kraß erhöht.

Und das dürfte durch Corona andauern, weil das Virus zur »neuen Normalität« zählen wird. Und so heißt es bei den Wissenschaftsjournalisten der »Tagesschau«: »Die Genfer Wissenschaftlerin Suerie Moon prognostiziert, daß die Unternehmen noch viele Jahre profitieren können. Es sehe so aus, als ob dieses Virus endemisch geworden sei, sagt sie, also dauerhaft bleiben werde. Niemand erwarte ernsthaft mehr, daß es ausgerottet werden könne, ›was bedeutet, daß der Bedarf an Impfstoffen für eine lange Zeit bestehen wird‹, so Moon – und zwar auf der ganzen Welt.« Gut für die Pharmaindustrie ist dabei, daß man noch gar nicht wissen kann, wie lange der initiierte Impfschutz

Bestand hat: »Möglicherweise müßten die Menschen jedes Jahr oder alle zwei Jahre neu geimpft werden«, wie Moon prognostiziert, was sich als »wirklich sehr attraktiv für den privaten Sektor« darstelle.<sup>76</sup> Ihr wird allerdings wenige Tage später am selben Publikationsort widersprochen: Sollten nämlich die Impfungen *nicht* regelmäßig aufgefrischt werden müssen, würden Umsatzrückgänge erheblich durchschlagen.<sup>77</sup>

Auch wenn dies einstweilen ebenso offen bleibt wie die Frage nach neuerlichen Coronavirus-Mutationen, spricht vieles für einen konstanten Bedarf an Impfpräparaten alleine auf diesem Feld: Zuletzt erklärte Pfizer-Chef Albert Bourla, daß nicht nur eine dritte Spritze als Auffrischung der Impfung nötig sei, sondern auch anschließend eine jährliche Impfung.<sup>78</sup> Dies aber bedeutet nicht nur steten Profit für die Giganten der Branche, sondern auch steten Macht- und Einflußgewinn. Bereits jetzt ist es beispielsweise so, daß global einflußreiche Organisationen durch die Pharmalobby beeinflusst oder gesteuert werden, ja sogar, »daß die gesamte Finanzierung der WHO immer stärker von privaten Stiftungen und der Pharmaindustrie bestimmt wird«.<sup>79</sup> Diese überstaatliche Organisation aber gibt global berücksichtigte Empfehlungen hinsichtlich medizinischer Prozesse, darunter selbstverständlich auch in Impffragen. Heruntergebrochen bedeutet dies: Eine Vereinigung, die von Pharmakonzernen (und »philanthropischen« Akteuren wie Bill Gates) finanziert wird, gibt Fingerzeige, ob weitere Impfungen nötig werden, deren Impfstoffe just durch besagte Pharmakonzerne bereitgestellt werden. Der Kreis der Profiteure und Krisengewinner – er schließt sich.

## 2.2 Krisenverlierer

### a) Soloselbständige

Wo es Gewinner gibt, muß es auch Verlierer geben. Die Frage, wer zu letzteren gehört, ist nicht so klar und deutlich zu beantworten, wie man gegebenenfalls zunächst vermuten mag. Gewiß: Die Tendenz ist zu beobachten, daß »die Großen« profitieren, während »die Kleinen« verlieren, ja daß die Krise an sich sogar für erstere beendet scheint (»Die Corona-Krise ist weitgehend abgehakt. Das gilt zumindest für die deutschen Autohersteller«,<sup>80</sup> die rund 40 Prozent aller Fahrzeuge in China verkaufen) – doch gibt es für beides Gegenbeispiele. Es kommt stets auf Branche, Standort und die Stellung im Produktionsprozeß in der bundesdeutschen Wirtschaft an, ob und wie Verluste bzw. Profite in der akuten Coronakrisenphase zu diagnostizieren sind. Das liegt auch daran, daß einige Wirtschaftsakteure in den Genuß staatlicher Schutzschirmpolitik kommen konnten, andere jedoch nicht. Eine pauschale Beurteilung – etwa: die Bundespolitik hat alles falsch gemacht – wird der komplexen Gemengelage freilich nicht gerecht werden können, auch wenn es, speziell aus oppositioneller Sicht, die Lage vereinfachen würde.

Aber die Bundesregierung hat eben nicht *alles* falsch gemacht: Das im Juni 2020 verabschiedete Konjunkturpaket mit einem Leistungsvolumen von 130 Milliarden Euro hat viele Branchen sicher durch die bisherige Krise gebracht und sektorenübergreifend Einbrüche verhindert; es entsprach dabei lediglich 3,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts von 3,44 Billionen Euro.<sup>81</sup> Die zeitlich befristet gültige Mehrwertsteuersenkung (19 Prozent auf 16 bzw. 7 auf 5) wurde zwar kontrovers diskutiert, aber von den Wirtschafts- und Handelsakteuren trotz zusätzlicher Bürokratie (Steuererklärung, Umstellung Buchhaltung etc.) überwiegend begrüßt. Und mit dem Kurzarbeitergeld konnten eventuelle Unzufriedenheiten unter Arbeitern und Angestellten – der Mehrheit der Deutschen in einem Beschäftigungsverhältnis – abgefedert und vor allem Arbeitslosigkeitsanstiege vermieden werden. Während aufgrund des noch freieren Marktes in

den USA die Arbeitslosenrate im Mai 2020 – einem vorläufigen Höhepunkt der Coronakrise – auf 16 Prozent (das entsprach 44 Millionen Menschen, die Arbeitslosenhilfe beantragen mußten<sup>82</sup>) hochschnellte, konnte die Bundesregierung die Quote durch ihre Reglements bei etwa sechs Prozent stabilisieren, was im internationalen Coronavergleich und angesichts des weltweiten – temporären – Rückgangs der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen eine durchaus bedeutende Leistung darstellt. Eine Leistung, die freilich nicht allen zugute kam und den Blick nicht darauf verstellen darf, daß man den Digitalriesen und vergleichbaren Krisenprofiteuren keine Sonderleistungen abverlangte, der deutschen ökonomischen Mitte indes sehr wohl.

Der Ökonom Max Otte spitzt diesen Trend zu: »Tatsächlich ist es vor allem die Mittelschicht, die die Kosten der Krise schultert.«<sup>83</sup> Wem gehören diese starken Schultern, zu deren Nachteil sich die Profite des digitalen Kapitalismus anhäufen? Otte beschreibt das »Gegenstück zur blühenden Internetwirtschaft« als ein Zusammenspiel aus »Mittelstand, Gastronomie, Hotellerie und Tourismus«. Er hat aus verschiedenen Erhebungen folgende Zahlen zusammengetragen: »Über 80 Prozent der Gastwirte geben an, daß wirtschaftliches Handeln aufgrund der strengen Auflagen nicht möglich sei. Fast 80 Prozent der Gastwirte erzielten nach der Öffnung nur 50 Prozent ihres normalen Umsatzes oder weniger. Insgesamt erwartet die Branche für das Jahr (2020) einen Umsatzrückgang von mindestens 55 Prozent. Schätzungsweise 70 000 Hotel- und Gastronomiebetrieben droht das Aus. Corona ist also ein gigantisches Anti-Mittelstandsprogramm.«<sup>84</sup>

Zutreffend ist Ottes Aussage etwa im Hinblick auf die vielschichtige Kategorie der 2,2 Millionen Soloselbständigen bzw. Einzelunternehmer in der Bundesrepublik. Ein Großteil der Einnahmen ist ihnen mit dem Beginn der ersten *Lockdown*-Phase ab März 2020 entgangen. Das Veranstaltungsverbot traf Theater, Tanzschulen, Konzerthäuser usw. ebenso wie ihre oft freiberuflich Beschäftigten, denen durch weitreichende Kontaktbeschränkungen zudem auch noch andere Einkommenswege verschlossen wurden, darunter Musik- oder Nachhilfeunterricht in Privaträumen. Der Bund wollte hier Abhilfe schaffen: Eines der Projekte aus dem Herbst 2020 wurde »Novemberhilfe«

genannt. Bis zu 5000 Euro konnten durch Soloselbständige und Kleinbetriebe der Branchen beantragt werden; 80 Prozent der eigenen Umsätze mußte man dabei aus jenen Quellen bezogen haben, die durch die *Lockdown*-Politik versiegt, überdies mußten die Umsatzeinbußen – eben im November – mehr als 80 Prozent ergeben haben. Doch just hier, das heißt anders als bei kapitalstarken Branchen wie der Automobilindustrie, war die deutsche Bürokratie zögerlich und umständlich, uneins und verworren: Welche Nachweise wo eingereicht werden mußten, wie die Abschlagszahlungen zustande kamen und in welchem Zeitfenster die Verwirklichung angesetzt war, blieb über Monate im unklaren. Erst im Februar 2021 ging es allmählich voran. Immateriell wertvollen Berufssparten<sup>85</sup> wie eben in den Fällen von Künstlern und Musikern wurde offenbar keine Priorität eingeräumt, da sie keine wertschöpfende Funktion in der finanzmarktbasierten Wirtschaft einnehmen können: »Während die großen Unternehmen, Banken und Versicherungen direkten Zugang zur Bundesregierung haben und die Willensbildung in ihrem Interesse beeinflussen können, haben einfache Beschäftigte, kleine Gewerbetreibende oder Soloselbständige diese Möglichkeit nicht.«<sup>86</sup>

Nicht einmal über die Gestaltung der Online-Portale für die Soloselbständigen-Hilfe wurde man sich (ironischerweise nach Ankündigung sofortiger, unkomplizierter Hilfen) in Bund und Ländern einig: »Die Programmierung der Schnittstellen der Plattform erfolgt inzwischen extern, da die Länder diese Aufgabe nicht übernehmen wollten. Auch sei die Abstimmung mit dem Finanzministerium zu den Abschlagszahlungen schwierig gewesen«, vermeldete die »Tageschau« am 14. Februar 2021. Wichtig ist dabei zu betonen, daß es sich keineswegs pauschal um linksoffene Politaktivisten handelt, mit denen man »Künstler« oftmals zu verbinden geneigt ist. Darunter befinden sich – beispielsweise – selbständige Musiker und Musiklehrer, die im Jahresdurchschnitt ohnehin nur 14.500 Euro jährlich verdienen, wie Christian Scheibler, Geschäftsführer des Landesverbands Sachsen des Deutschen Tonkünstlerverbands, gegenüber dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) erklärte. Entsprechend falle die staatliche Hilfe aus: »Es bleiben dann nur noch 2114 Euro für sieben Monate

übrig. Das sind knapp 300 Euro im Monat.« Scheibler sprach von einer »beschämenden Mißachtung der Musiker«.<sup>87</sup>

Nach Recherchen des Radiosenders MDR Aktuell haben alleine von April bis Dezember 2020 mehr als 12 000 Selbständige aus den mitteldeutschen Bundesländern Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt die sogenannte Grundsicherung (Hartz IV) beantragen müssen; das entspricht einer Verachtfachung zum vergleichbaren Zeitraum vor Corona. Alexander Kritikós vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung teilt dazu mit: »Die Erwerbsform der Solo-Selbständigkeit ist doch letztlich die Erwerbsform, die durch diese Pandemie, durch diese Krise infolge der Pandemie am stärksten betroffen ist.«<sup>88</sup> Es sind jene Menschen also am stärksten betroffen, die ohnehin als freie Unternehmer ihrer selbst eigenverantwortlich den ökonomischen Alltag bestreiten müssen. Dieser ist durch staatliche Regulierungen im Zuge einer unreflektierten *Lockdown*-Politik massiv beeinflusst worden, doch fehlen hierzulande weiterhin angemessene staatliche Korrekturen dieser mindestens zum Teil selbstverursachten Mängel. Es ist dies ein krasses Beispiel falscher staatlicher Interventionspolitik, die neben Künstlern und Musikern, die primär immaterielle »Ergebnisse« ihrer Arbeit hervorbringen, auch Soloselbständige aus den ökonomisch produktiveren Sektoren der »wissensintensiven Dienstleistungen« (IT, Beratung, Architektur etc.) trifft: »Diese Dienstleistungen haben in den vergangenen Jahren stark zum Wachstum der deutschen Volkswirtschaft beigetragen.«<sup>89</sup> Nun werden sie nicht wie andere Sparten abgesichert. Für diese soloselbständige Klientel behält also Max Otte recht, wenn er vom Mittelstand als Krisenverlierer spricht. Doch wie verhält es sich mit dem – zahlenmäßig stärkeren – standortgebundenen Mittelstand, also jenen Unternehmen in Deutschland mit Angestellten?

## b) Standortgebundener Mittelstand

Der (standortgebundene) Mittelstand – dazu zählen hierzulande »Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als einer Mio. Euro bzw. weniger als 50 Mio. Euro oder mit zehn bis 499 Beschäftigten«<sup>90</sup> –

umfaßt eine Vielzahl der kleineren und mittleren Unternehmensformen mit festem Firmensitz in der Bundesrepublik und entsprechender Vor-Ort-Wertschöpfung. Er kann nicht *in toto* als »Verlierer« der Coronakrise bezeichnet werden. Eine große Anzahl an Mittelständlern kommt »gut durch die Krise«. Wie eine Art Schaufenster für entsprechende Fälle ist die Rubrik »Mythos Mittelstand« des politisch-kulturellen Monatsmagazin *Cicero*. Seit Jahren werden dort mittelständische Unternehmer aller Sparten porträtiert, die Deutschlands Erfindergeist und Ideenreichtum verkörpern – trotz der Zeit Tendenz, die Oligopolisierung und Monopolisierung begünstigt, also Dominanz von marktbeherrschenden Konzernen und Multis, die, im Gegensatz zu kleinen und mittelständischen Unternehmen, im Regelfall nicht für das, was sie tun oder unterlassen, haften müssen.<sup>91</sup> Die Leitfrage des *Cicero* – »Was hat Deutschland, was andere nicht haben? Den Mittelstand!« – klingt etwas überspitzt, aber zweifellos ist der Mittelstand – vor, während und wohl auch nach Corona – hierzulande tragender, zahlenstärker, bedeutender als in anderen Ländern.

Der ökonomische Mittelstand und die von seinen Angestellten weitgehend abgedeckte und getragene sozioökonomische »Mitte« besitzen in der deutschen Sprache mittlerweile etwas geradezu Mythisches (weshalb die Überschrift der *Cicero*-Rubrik sprechend ist). Dazu beigetragen haben verschiedene Faktoren der Gesellschaftsstabilisierung durch den Mittelstand. Familienunternehmen als zentraler Typ des mittelständischen Wirtschaftens stellen beispielsweise seit Jahrzehnten über 80 Prozent der Ausbildungsplätze in der Bundesrepublik und prägen damit Generation um Generation von Arbeitnehmern (die oftmals im weiteren Verlauf des Arbeitslebens zu noch besser bezahlten Jobs in größeren Konzernen und internationalen Firmen oder aber in staatsnahe Anstellungsverhältnisse wechseln).

Corona ändert daran nicht *alles*, sondern »bereinigt den Markt«, und setzt insbesondere einen seit vielen Jahren anhaltenden Trend fort, der »nicht das Ende von Eigentümerschaft, sondern eher die Konzentration der Eigentümerschaft«<sup>92</sup> mit sich bringt, sprich: Die Tendenz des online gegangenen Kapitalismus zur bereits genannten Oligopolisierung und Monopolisierung wird durch die *Lockdown*-Maßnahmen

»lediglich« verstärkt; der einzelne Konsument wird zu einem digitalen Bestellverhalten erzogen respektive genormt. Durch staatlich verordnete Ladenschließungen litten (bzw. bei neuerlichen *Lockdowns*: leiden) die Betriebe des stationären Einzelhandels (die etwa 30 Prozent des Umsatzes am privaten Konsum ausmachen)<sup>93</sup> dann, wenn sie nicht zu größeren Supermarktketten gehörten, denen die Öffnung in der Regel weiterhin gestattet wurde. Nach einer Analyse des Marktforschungsinstituts GfK haben Supermärkte und Discounter im Coronajahr 2020 erheblich von der Krise profitiert: »Während andere Branchen immense Umsatzeinbrüche erlitten und ihre Beschäftigten in Kurzarbeit gingen, kann sich der Lebensmitteleinzelhandel über das beste Jahr seit Menschengedenken freuen«, formulieren es die GfK-Experten euphorisch. Die *Wirtschaftswoche* faßt die Entwicklung so zusammen: »Während Drogeriemärkte – die zum Lebensmittelhandel gezählt werden – im Gesamtjahr um rund 4,3 Prozent zulegten, wuchsen Discounter (+ 8,8 Prozent), SB-Warenhäuser (+ 10,2 Prozent) und vor allem klassische Super- und Verbrauchermärkte (+ 16,7 Prozent) deutlich stärker.«<sup>94</sup>

Ganz anders sieht es bei kleineren Geschäften aus, die immer wieder schließen mußten oder kostenintensive Auflagen in kurzer Zeit umzusetzen hatten, was größeren Ketten naturgemäß leichter fällt. Im Februar 2021 warnte der Handelsverband HDE daher vor der Pleite von mindestens 50 000 kleineren und mittleren Geschäften mit einem Verlust von rund 250 000 Arbeitsplätzen.<sup>95</sup> Auch wenn die tatsächliche Bilanz erst an einem noch nicht terminierbaren Ende der Coronakrise gezogen werden kann, unterstreicht diese Warnung die durch Corona verschärfte, aber nicht hervorgerufene Krise des stationären Einzelhandels im ganzen.

Nicht so eindeutig verhält es sich derweil im Bereich des produzierenden Mittelstandes. Hier kann etwa der Jahrgang 2020 des *Cicero* verdeutlichen, daß es durchaus resiliente<sup>96</sup> und innovative Firmen gibt, die aus der Krise gestärkt hervorgehen werden, weil die veränderten Lebensverhältnisse der Menschen ihren Produkten eine ungeahnte Nachfrage verschaffen konnten. Neben den medial viral gegangenen Herstellern von Toilettenpapier und anderen partiell



»gehamsterten«, also auf Massenvorrat erworbenen Gütern, kann beispielsweise ein Hersteller von Heimsportgeräten genannt werden. Fitneßstudios mußten viele Monate schließen, und dort, wo unter Auflagen geöffnet werden konnte, zogen es viele Kunden vor, in der Sicherheit der eigenen vier Wände zu trainieren – die Nachfrage nach Hanteln, Crosstrainern, Indoor-Fahrrädern oder auch Rudergeräten stieg sprunghaft an. Einer der »Gewinner der Krise« wird von Nils Wischmeyer demzufolge in Sport Tiedje erkannt: »Der Mittelständler kann dank Onlineshop und Flexibilität punkten, wo andere schwächelten, weil er die Kundennachfrage früh und richtig antizipierte.«<sup>97</sup> Abgesehen davon, daß Corona auch in diesem Fall einen Trend, der Jahre vorher begann, weiter beschleunigte und potenzierte – den Trend zur sport- und gesundheitsbewußten Lebensführung relevanter Teile der Gesellschaft –, ist der Weg des Beispielsfalls Sport Tiedje nicht jedem mittelständischen Unternehmen möglich: Die einen sind nicht »fit« genug für marktoptimierende Prozeßentwicklungen der Digitalisierung, kommen aus traditionellen Firmenzusammenhängen oder haben Mangel an Vorfinanzierungsbudgets für die allfälligen Generalüberholungen der Vertriebs- und Marketingwege; die anderen arbeiten in Branchen, in denen das »Online-Gehen« im Rahmen einer zweigleisigen Strategie – Online-Handel-Ausbau plus Optimierung der vorhandenen Ladengeschäfte – als Option gar nicht erst zur Verfügung steht.

Ob Kleingewerbe oder Mittelstand: Weder ein unabhängiges Modegeschäft in einer Kleinstadt noch eine mittelständische Firma mit einem Dutzend Filialen im Bekleidungssegment kann eine eigene, den modernen Konsumentenbedürfnissen entsprechende Marktplattform im Netz schaffen, mit der man die Kundenverluste durch Corona und Co. abfedern könnte. Allenfalls bleibt ein Selbstanschluß an die bereits vorhandenen Plattformen wie Zalando (*grosso modo*: ein Amazon auf kleinerer Flamme) – doch dann zu deren Konditionen und vom *Goodwill* des übermächtigen Partners abhängig. Als die Coronakrise begann, startete Zalando – großzügig wirkend – die Kampagne »#supportthestores«. Diese beinhaltete die Möglichkeit

für Kleingewerbe und Mittelständler der Modebranche, ihre Produkte über Zalandos bestehende Marktplattform feilzubieten. In den Zalando-FAQ wird das so erklärt: »Während der aktuellen Gesundheitskrise unterstützen wir Geschäfte in ganz Deutschland. Solange die Geschäfte geschlossen sind, kannst du viele ihrer Artikel sicher über uns bestellen (abhängig von der Verfügbarkeit) und das Geschäft erhält den Umsatz. Wir stellen die Plattform, das Geschäft liefert die Artikel – und dein Shopping-Erlebnis bleibt unkompliziert.«<sup>98</sup> Was nicht erwähnt wird: Die Kundenbindung geht wohl an Zalando über (der Bestellprozeß weicht nur unwesentlich vom üblichen ab, man gewöhnt sich an die Zalando-Optics und -Modalitäten), und Zalando speichert die Daten und kann just sie, das »Gold« des digitalen Zeitalters, zu Werbezwecken nutzen – nicht die »Stores« aus Kleingewerbe und Mittelstand.

Branchenbeobachter verweisen hierbei darauf, daß sich die Einzelhändler »ein Stück weit abhängig von Zalando« machen, dafür aber keine eigenen Online-Geschäfte aufbauen müssen: »Händler zahlen lediglich eine Provision, wenn ein Produkt verkauft wird. Bis 31. März 2021 verzichtet Zalando sogar ganz auf Gebühren. Wohl nicht ohne Hintergrund. Denn je mehr Partner ihre Bestände anbinden, um so mehr Artikel kann Zalando auch seinen Kunden anbieten – und so Umsatz und Kundenbindung stärken.«<sup>99</sup> Eine Entwicklung auf dem Modemarkt, die kurzfristig den Läden des kleinen und mittleren Segments hilft (weil sie im *Lockdown* immerhin etwas verkaufen können), aber langfristig vor allem für den großen Spieler einträglich zu sein scheint: Es ist davon auszugehen, daß die Plattformmentalität (ein Nutzerkonto, alle Produkte mit wenigen Klicks verfügbar) zunimmt und der Gang in die – dann wieder geöffneten – stationären Läden von kleineren Ketten oder Unabhängigen als umständlich bzw. in der Relation unergiebig wahrgenommen wird.

In diesem Sinne ist Zalando in der Modebranche gegenüber den zahlreichen Verlierern der Krise bereits jetzt der große Gewinner: 2020 stieg die Kundenanzahl um beachtliche 25 Prozent auf 38,7 Millionen.<sup>100</sup> Doch profitiert Zalando nicht nur vom damit verbundenen Umsatzanstieg (von rund 6,48 Milliarden Euro 2019 auf 7,98

Milliarden Euro im Jahr 2020), sondern zusätzlich auch von der beschriebenen Malaise des stationären Einzelhandels, dessen Angehörige selbst verstärkt ins Virtuelle ausweichen mußten, was der skizzierten Plattform-Strategie Zalandos als »Market Place« wiederum Auftrieb gab. Im Februar 2021 nutzten bereits 3400 Läden des Einzelhandels die Möglichkeit, als angeschlossene Händler auf Zalando präsent zu sein. Zum einen kann so der Umsatzrückgang zwar leicht abgefedert werden, was die Existenz des stationären Ladens zu sichern helfen soll; zum anderen muß aber nach Zalandos Regeln gespielt und gehandelt werden – ganz wie bei Amazon ist man als Marktteilnehmer auf die andauernde Gunst des Monopolisten angewiesen, kann jederzeit ersetzt oder abgetrennt werden. Ein offener Markt mit Wettbewerb sieht anders aus.

Mag dieses Fallbeispiel vielen Beobachtern als zeittypische Entwicklung bzw. Marktberreinigung erscheinen, kann jedoch aus übergeordneter, politischer Sicht weder die existenzgefährdende Dimension für die Betroffenen ausgeblendet werden noch die Eigentums- und damit auch die Marktmachtkonzentration bei digitalen Konzernen. Ob indes wirklich in Bälde Hunderttausende Arbeitsplätze verlorengehen, wie Branchenexperten befürchten, wird erst Ende 2021/Anfang 2022, vielleicht sogar noch verzögerter, zu sehen sein. Fest steht dabei aber bereits jetzt: Nicht *der* Mittelstand verliert, sondern bestimmte, aus internen oder externen, beeinflussbaren oder nichtbeeinflussbaren Gründen immobilere Teile desselben.

### c) Gastronomie und Hotelgewerbe

Zu den Verlierern aus den Reihen der Klein- und Kleinstunternehmer wie auch des Mittelstandes zählen zudem die verschiedenen Akteure aus Gastronomie, Veranstaltungsbranche und Hotelgewerbe. Doch auch hier kann eine finale Bilanz nicht gezogen, allenfalls können Zwischenstufen untersucht werden. Denn das Diktum des Präsidenten des Bundessozialgerichts, Rainer Schlegel, wonach Kurzarbeit Arbeitslosigkeit verdecke und Insolvenzschutz den Zustand der Unternehmen verschleierte, besitzt in genannten Bereichen, in

denen Kurzarbeit seit März 2020 zum Alltag geworden ist, besondere Relevanz.<sup>101</sup>

Erinnern wir uns, wie die Coronakrise für die knapp 180 000 Gastronomiebetriebe (Restaurants, Gaststätten, ECKkneipen usw.) in Deutschland verlief: Zunächst wurden im März 2020 Kontaktbeschränkungen wirksam, Nachverfolgungen der Kundschaft obligat, Hygieneauflagen durchgesetzt, interne Umstrukturierungen und oftmals sogar Baumaßnahmen nötig – und dann wurde trotzdem der erste *Lockdown* verhängt: Schließung der Einrichtungen, und das hieß ab Ende März 2020: Lediglich das Abholen bzw. Liefern von Speisen war genehmigt. Das Gros der Betriebe mußte einen Teil der Belegschaft in Kurzarbeit schicken, während die verbliebenen Angestellten jener Betriebe, die überhaupt Abholung/Lieferung anboten, entsprechenden Mehraufwand zu leisten hatten. Bis Juni 2020 war diese Situation gegeben. Dann konnten wieder Menschen in gastronomische Einrichtungen einkehren – strenge Regeln inklusive Abstandspflichten (und das hieß: weniger Tische, weniger Gäste) inbegriffen. Selbst dann gab es jedoch selten die mögliche Vollbelegung zu vermelden, da die politisch und medial permanent geschürte Angst vor »Hotspots« und »Superspreader« Örtlichkeiten viele Bürger zu Hause bleiben ließ. Im Spätsommer und Frühherbst wurden dann – aufgrund steigender Inzidenzen – wieder strengere Regeln verhängt, und alsbald kam der nächste *Lockdown*; das Prozedere aus dem Frühjahr wiederholte sich, bis Mai 2021 galten in den meisten Bundesländern erhebliche Einschränkungen.

Was in einem solchen Zeitraffer nicht deutlich wird: Dieser stetige Wechsel von Kurzarbeit, Fortsetzung der Geschäfte, Hygienevorschriften, Kontaktnachverfolgungen, Außenbereich-Limitierung, erneuter Schließung, Teil-Öffnung usw. usf. ohne klare Aussicht auf das, was als »Normalität« bezeichnet wird, hat die etwa 500 000 Menschen, die in entsprechenden Einrichtungen fest beschäftigt sind oder ihnen vorstehen, erheblich belastet: materiell wie immateriell. Dasselbe gilt für die ebenfalls festangestellten 200 000 Menschen im Hotel- und Beherbergungsgewerbe, denen nur die wenigen Geschäftsreisenden verblieben, die gastronomisch aber nicht einmal im eigenen

Haus versorgt werden durften (in beiden Fällen kommen zahlenmäßig noch die Minijobber hinzu). Daß hier von Politikversagen zu Lasten der Gastronomie und der Hotellerie gesprochen werden kann, liegt auf der Hand; Branchenprofis bestätigen das.

Thomas Lengfelder, Hauptgeschäftsführer des Hotel- und Gaststättenverbands in Berlin, sieht die Gastro dementsprechend auch in der schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Gegenüber der Wochenzeitung *Die Zeit* beschreibt er das Kernproblem, das auch nach über einem Jahr Coronamaßnahmen insofern noch akut ist, als daß niemand weiß, welcher Kontinuität die variierenden Vorschriften »von oben« überhaupt unterliegen: »Leider signalisiert uns die Politik auch noch keinerlei Perspektiven.«<sup>102</sup> Hier kommt Rainer Schlegels Feststellung, wonach der erweiterte und verlängerte Insolvenzschutz den tatsächlichen Zustand der Branche verschleierte, zum Tragen: Denn für viele Unternehmer war die Pflicht ausgesetzt, bei real existierender Zahlungsunfähigkeit einen entsprechenden Insolvenzantrag einzureichen. Die Bilanz – sie wird einmal mehr erst später gezogen werden können.

Doch bereits jetzt läßt sich erahnen, was der schwankende Kurs der Bundesregierung die Betroffenen kostet: Gemäß einer Umfrage des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands (Dehoga) plane jedes vierte Unternehmen, den eigenen Betrieb einzustellen. Viele der Akteure aus Gastronomie und Hotellerie seien »nervlich und finanziell am Ende«, wie der Dehoga-Präsident Guido Zöllick formuliert. 75 Prozent der befragten Unternehmer bangen demnach um ihre Existenz, rund 25 Prozent sähen »ganz konkret« die Corona-bedingte Betriebsaufgabe vor sich.<sup>103</sup> Es überrascht nicht, daß diese Perspektive viele Arbeitnehmer dazu verleitet, die Branche zu verlassen und ihre Arbeitgeber damit vor neue Probleme zu stellen. Dehoga moniert mittlerweile einen krassen Fachkräftemangel in der Branche aufgrund der Coronakrise. Die *Süddeutsche Zeitung* berichtet über eine Dehoga-Angabe, wonach im Zuge der anhaltenden Krise den Gastrosomen und Hoteliers mehr als 325 000 (!) Mitarbeiter verlustig gegangen seien: Sie suchen sich neue, stabilere, krisenfestere Beschäftigungen. Bedenkt man, daß eine in Kurzarbeit befindliche Köchin in

Berlin im Schnitt weniger als 900 Euro pro Monat zur Verfügung hat, wird diese individuelle Entscheidung verständlicher.<sup>104</sup> Noch härter treffe es aber die prekär Beschäftigten der Branche, immerhin etwa eine Million Menschen. Diese mußten ab März 2020 in der Regel ganz ohne ihr diesbezügliches Einkommen rechnen und besaßen keinerlei Anspruch auf Kurzarbeitergeld. Sie zählen damit ebenso zu den Verlierern der Coronakrise wie ihre (ehemaligen) Arbeitgeber: die selbständigen Hoteliers und Gastronomen. Sie wurden wie keine zweite Berufsgruppe der Gesellschaft vom Staat und seinen Strukturen im Stich gelassen.

### 3. Wer regiert?

Trotz der Tatsache, daß es in Deutschland eindeutige Verlierer der Krise gibt, die von staatlichen Institutionen nachrangig behandelt wurden, ist auch hier von monokausalen Erklärungsansätzen Abstand zu nehmen. Nicht »der Staat«, aber ebensowenig »die Wirtschaft«, trägt *in toto* Verantwortung für Zustände, die aus einem anhaltenden Krisenmoment der Coronapandemie resultieren. Fakt ist aber auch: Bestimmte Akteure beider Bereiche profitieren erheblich von den krisenbedingten Verlusten anderer Akteure; Akteure beider Bereiche nutzen das *Window of opportunity* für Selbstbereicherung. »Die Pandemie«, so führt es Rob Wallace aus, »entsteht aus der kapitalistischen Produktionsweise und soll vom Staat verwaltet werden. Tatsächlich eröffnet sie manchen Funktionären und Nutznießern dieses Systems neue Möglichkeiten für Profit.«<sup>105</sup> Ob in den USA, wo Senatoren und Kongreßabgeordnete in entsprechende Skandale verwickelt waren, oder in Deutschland, wo Bundestagsabgeordnete der Regierungsparteien in ähnlicher Weise handelten: »Insiderhandel« entsteht, wenn Politiker nichtöffentliche Informationen nutzen, um daraus für sich und ihnen Nahestehenden erkleckliche Vorteile zur Kapitalvermehrung zu gewinnen.<sup>106</sup>

Demzufolge muß neben den bereits in Umrissen dargestellten Krisengewinnern in Gestalt digitaler Kapitalisten oder der Pharmakonzerne – erstens – die Selbstbereicherung von Verantwortungs-trägern der Staatsapparate sowie – zweitens – dessen grundlegende Aufblähung, die man – drittens – für den omnipräsenten und sich radikalisierenden Kampf gegen rechts zu nutzen versteht, in den Fokus nehmen. Überschattet wird dieser Trend, der einmal mehr durch »Corona« verstärkt und beschleunigt, nicht aber ausgelöst wird, von

politischen Selbstbereicherungsnetzwerken, deren Handeln nur für ein kurz währendes Aufwallen der öffentlichen Meinung sorgte.

### 3.1 Politische Selbstbereicherungsnetzwerke

Die Grenzen zwischen Selbstbereicherung via Lobbyismus und Selbstbereicherung via Korruption sind unklar; beide Problembereiche parlamentarischer Politik gehen oftmals ineinander über, entwickeln aus sich heraus Eigendynamiken. Wo gestern Lobbyismus war, kann schon heute Korruption zutage treten: »Wenn Abgeordnete nicht nur im Auftrag ihres Gewissens, ihrer Wähler oder des ganzen Volkes handeln, sondern gleichzeitig auch im Interesse einer bestimmten Firma (einerlei, ob sie dafür Geld erhalten oder nicht), dann wollen wir dies Lobbyismus nennen. Korruption soll darüber hinaus der Mißbrauch einer öffentlichen Position zur privaten Bereicherung heißen.«<sup>107</sup> Diese Definition ist naturgemäß idealtypisch. Insbesondere im deutschen »Maskenskandal« der Coronakrise verschwimmen die Grenzen – zum Schaden des Ansehens der Demokratie, zum Privatwohle der politischen Selbstbereicherungsnetzwerke.

Im Frühjahr 2020, die Coronakrise stand erst an ihrem Anfang, begann das Prozedere bereits. Ein Beispiel: Gemäß der Recherchen des *Spiegels* erwarb die CSU-geführte Landesregierung in Bayern eine Million Masken (Preis: 10,50 Euro pro Stück, obwohl es auch Masken für kleinere Beträge gab). Man entschied sich für die Firma Emix. Wie kam die Wahl zustande? Die durchaus typische und damit beispielhafte Ereigniskette läßt sich wie folgt rekonstruieren: »Monika Hohlmeier, Europaabgeordnete der CSU und Tochter von Franz Josef Strauß, hat zugegeben, daß sie ihrer Freundin Andrea Tandler,<sup>108</sup> Unternehmerin und Tochter des früheren CSU-Ministers Gerold Tandler, mit Kontakten bei der Vermittlung von Emix-Masken geholfen hat. [...] Bleibt die Frage: Warum läßt sich der staatliche Auftraggeber auf solch ein überteuertes Geschäft ein? [...] Was unbürokratisch daherkommt, hat verheerende Konsequenzen: Statt gut und billig lieferte Emix teure und lausig schlechte Ware. Wer den Preis zahlt, ist klar: der Bürger und Steuerzahler. Als Steuerzahler



muß er mehr zahlen als marktüblich.«<sup>109</sup> Dieser Fall der Christlichsozialen war kein »Einzelfall«. Auch Georg Nüßlein, CSU-Mandats-träger und von 2014 bis Frühjahr 2021 immerhin stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, beteiligte sich an Maskendeals. 660.000 Euro strich er nach Angaben der FAZ für »Vermittlerdienste« ein.

Der Mannheimer CDU-Abgeordnete Nikolas Löbel tat es ihm ähnlich: Er habe sich mit 250.000 Euro bereichert – zwölf Cent pro vermittelter Maske erhielt der Christdemokrat. »So, wie es aussieht«, faßt Cornelius Pollmer zusammen, »setzte Nikolas Löbel seine politischen Kontakte ein, um mit einer privaten Firma aus der Not auch jener Menschen Kapital zu schlagen, die den Abgeordneten zuvor gewählt hatten und die sein Bundestagsmandat bis heute mit ihren Steuergeldern finanzieren«. Löbel legte schließlich am 10. März 2021 sein Bundestagsmandat nieder. »Was von ihm dessen ungeachtet bleiben wird, ist der wahre Eindruck, daß er seinen Platz auf der parlamentarischen Hinterbank nutzte für Selbstbereicherung.«<sup>110</sup>

Ein weiteres Beispiel für diese Praxis der Selbstbereicherung bietet auch der Fall des CDU-Bundestagsabgeordneten Mark Hauptmann, der im März 2021 sein Mandat niederlegte: »Die Generalstaatsanwaltschaft sieht ›greifbare tatsächliche Anhaltspunkte‹, daß Hauptmann von einer Firma Provisionszahlungen eingefordert hat, die Corona-Schutzmasken verkaufen wollte. Über eine von Hauptmann gegründete Gesellschaft soll er einen hohen sechsstelligen Eurobetrag als Provision in Rechnung gestellt haben, der von der Firma auch gezahlt worden sein soll.«<sup>111</sup>

Es gibt noch ein halbes Dutzend weiterer Fälle aus den Unionsparteien, die aber nicht im einzelnen aufgeschlüsselt werden müssen – es mag der Hinweis genügen, daß mittlerweile 40 Abgeordnete bekannt wurden, die sich in Fragen der erfolgreichen Beschaffung von Schutzausrüstung – insbesondere Masken – an das Gesundheitsministerium gewandt hatten, um sich für später beauftragte Firmen einzusetzen; das Auftragsvolumen betrug dabei zwei Milliarden Euro, die Abgeordneten kamen überwiegend aus CDU (30) und CSU (7), aber auch vereinzelt aus der SPD (2) und der FDP (1).<sup>112</sup>

Ein begreiflicher Umstand ist durch Corona für die breite Öffentlichkeit endlich deutlicher geworden: Die Nähe jener Parteien, die in 52 von 72 Jahren bundesdeutscher Geschichte Regierungsverantwortung trugen, zur »großen« Wirtschaft ist immens; ob Friedrich Merz oder Jens Spahn, Eckart von Klaeden oder Baron zu Guttenberg, die erwähnten Nüßlein oder Löbel – der »Drehtür-Effekt einmal in die Richtung der Wirtschaft raus, von der Wirtschaft zurück« ist nicht losgelöst von anderen Erscheinungen zu diagnostizieren, denn die »ausdrücklich auch historisch, aber auch von der Exekutive her bedingten Näheverhältnisse« sind Teil der bundesrepublikanischen DNS im allgemeinen und der Unionsparteien im besonderen.<sup>113</sup>

Der Staat wurde nicht erst in der Coronakrise zur Beute gemacht, sondern die enge Verflechtung zwischen Wirtschaftsakteuren und Politelite wurde lediglich durch die Krise an markanten Positionen – vermutlich: längst nicht an *allen* – offengelegt. Die Selbstbereicherungsnetzwerke der Politik funktionieren mehrgliedrig; einzelne Akteure, die auffliegen und – vorübergehend? – zurück in die zweite oder dritte Reihe treten, sind dabei gewissermaßen »eingepreist«. Loyalitäten und Machtverhältnisse überdauern kurzlebige Skandale, und der Apparat der Begünstigten wird stetig erweitert. Das läßt begründetes Mißtrauen gegenüber dem *jetzigen* Staat und seiner Verfaßtheit, aber auch unbegründetes Mißtrauen gegenüber dem Staat *an sich* wachsen.

### 3.2 Die Aufblähung des Staatsapparates

Wenn der Apparat der Begünstigten wächst, heißt das konkret, daß die 14 Bundesministerien mittlerweile über rund 25 200 Stellen verfügen. Hinzuzurechnen sind fast 1000 Stellen im Kernbereich von Kanzler- und Bundespräsidialamt: »Damit entstanden in der gesamten Amtszeit von Kanzlerin Angela Merkel rund 4600 zusätzliche Stellen. Weder ist die Bevölkerungszahl in diesem Zeitraum deutlich gewachsen, noch haben sich die Aufgaben der Regierung grundlegend verändert. Insofern stellt sich die Frage, ob es sich nicht zumindest bei

manchen der zusätzlichen Stellen um Versorgungsposten handelt, mit denen Politiker und Funktionäre ihre Gefolgsleute belohnen«,<sup>114</sup> womit die anhaltende Aufblähung des Staatsapparates, im Oktober 2020 (!) erneut beschlossen,<sup>115</sup> mit der Selbstbereicherung der ihn führenden Politikerkaste offenkundig einhergeht.

Es fällt daher zunehmend schwer, beide Themenbereiche der Staatskritik – Kritik an *diesem* Staat, Kritik an *jedem* Staat – zu trennen. Auf der Strecke bleiben somit oftmals Wegmarken einer alternativen Denkweise. Dabei wären diese notwendig, um den Anspruch zu untermauern, daß es *anders* gehen kann und in der deutschen Geschichte auch anders gegangen ist. Daß der Staat jene Organisation ist, »die am besten dazu in der Lage ist, Aufgabenfelder wahrzunehmen, die der Beförderung des Allgemeinwohls dienen und nicht oder nur unzureichend von Einzelpersonen oder profitorientierten Unternehmen erfüllt werden können« – wobei »neben dem Herstellen von Recht, Sicherheit und Gerechtigkeit auch der Aufbau, die Erhaltung und Erweiterung der technischen und sozialen Infrastruktur« dazuzurechnen sind –, galt in Deutschland seit 1871 als ehernes Gesetz.<sup>116</sup> Erst die Politik der Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte unterminierte es; der Staat emanzipierte sich von seinen eigenen Aufgabenbereichen, wurde dort aufgebläht, wo es dessen nicht bedurft hätte, und wich dort zurück, wo seine ureigenen Pflichten lägen. Diese Kritik ist unabdingbar. Die in ihr *eo ipso* enthaltene Frage nach dem eigenen Staatsverständnis, der eigenen Vorstellung staatlicher Aufgaben und Nicht-Aufgaben, der eigenen (positiven) Idee eines zukünftigen, verbesserten Staates ist daher eine zentrale.

Sie ist nicht nur zentral, weil auch in der momentan durch Corona geprägten Epoche des Globalismus und der Netzwerkmächte (national)staatliche Akteure eine relevante Rolle spielen und man darauf verweisen darf, daß alle gewichtigen Entscheidungen, die auf regionaler, nationaler und selbst internationaler Ebene getroffen werden, trotz real existierender »Zwänge« und Abhängigkeiten ihrem Wesen nach kontingent bleiben, und das heißt: auf menschlichen Entscheidungen beruhen, die man auch anders treffen könnte, wenn andere Entscheidungsträger sich nach anderen Generallinien ausrichteten.

Die Frage nach dem Staat bleibt auch deshalb zentral, weil gewichtige Folgefragen – nach dem Menschenbild, nach der Rolle von Markt und Ökonomie, nach Bedeutungshierarchien – damit fest verwoben sind.<sup>117</sup>

»Im Ausnahmezustand«, heißt es diesbezüglich bei Peter Sloterdijk, »streift der Staat die Samthandschuhe ab, mit denen er im Normalzustand die Bürger anfaßt.« Erst dann, führt der Philosoph seinen Corona-bezogenen Gedanken weiter aus, läßt er die »eiserne Faust unter dem Samthandschuh sehen«<sup>118</sup> (wobei Sloterdijk die bekannte Plessnersche Warnung vor der möglichen »Entwürdigung in Samthandschuhen« elegant umgeht). Das Kernproblem ist hierbei nicht, wie etwa Antiautoritäre aller Couleur bekritteln würden, die Existenz dieser eisernen Faust. Das Problem enthüllt sich – verstärkt seit Beginn der Pandemie – vielmehr in der Frage nach dem Akteur, der sie führt, und in der Paralleelfrage nach dem »Gehirn« als Schaltstelle, das die Entscheidung zu einem bestimmten Zeitpunkt aufgrund einer bestimmten Situationsbewertung trifft.

Konkret auf die deutsche Gegenwart bezogen, meint dies, daß – weit über die Coronakrise hinaus, aber gerade in ihr zur Kenntlichkeit entstellt – falsche Akteure falsche Entscheidungen aufgrund falscher Annahmen treffen und damit die aufgeblähte Staatsmaschinerie in Gang setzen. Das Problem ist folglich nicht die Staatsmaschinerie als solche, sondern jener herrschende Komplex aus Interessengruppen, der sie lenkt. Mag eine entsprechende Sortierung für die Wahrnehmung des einzelnen Bürgers im Alltag nachrangig sein, ist sie es nicht für eine politische Lageanalyse, die den momentanen »Verordnungsrausch« (Sloterdijk) verwirft, ohne deshalb aber »das Kinde mit dem Bade auszuschütten«, sprich: den Staat an sich ideell zu suspendieren. Denn mit seiner paradoxen *Lockdown*-Politik, in der der einzelne seiner persönlichen Entscheidungsfindungskompetenz enteignet wird, setzt sich eine Entwicklung fort, die bereits länger im Gange ist. Der Staat erscheint dort abwesend, wo er seine Samthandschuhe abstreifen sollte (von organisierter Kriminalität und militantem Antifaschismus bis hin zur adäquaten Inpflichtnahme und Besteuerung des Großkapitals), während er das Leben der »normalen Menschen«, eben mit besonderer Zuspitzung während der Coronazeit, überreglementiert.

Aus der besonderen Coronasituation sind allgemeine Lehren zu ziehen, darunter jene, wonach der »Bemutterungsstaat« (wiederum: Sloterdijk) und der gesellschaftsprägende Individualismus nur scheinbare Gegensätze sind; tatsächlich bedingen sie einander. Der Fetisch des von Bindungen und Pflichten befreiten Individuums und der anonyme Bemutterungsstaat als Instrument der in der Corona-phase um so mehr reüssierenden Gesellschaftserzieher gehen Hand in Hand. Dort, wo natürliche Gemeinschaften »von unten« allmählich aufgelöst werden und ihre Bindekräfte verlieren, ist die Persönlichkeit dem Zugriff des Staates freier ausgesetzt. Das ist keine Corona-induzierte Entwicklung, sondern ein Umstand, der seinen Startpunkt in der erfolgreichen *Reeducation* und *Self-Reeducation* der Deutschen nach 1945 und 1968 durch westlerischen Liberalismus und Linksliberalismus weiß. Familien, lokale und regionale Loyalitätsgefüge, Dorf- und Stadtteilgemeinschaften wichen häufig als Bezugsgrößen und Stabilitätsfaktoren.

Dort, wo diese Entwicklung noch nicht vollends durchgeschlagen hat – etwa im ländlichen sächsischen Raum –, stießen die Coronaverordnungen »von oben« dementsprechend auf besonders widerständiges Verhalten »von unten«, was sich in zahlreichen Demonstrationen in Hunderten sächsischen Gemeinden ebenso widerspiegelte wie in der häufig anzutreffenden Verweigerung im Alltag, der *Lockdown*-Politik unbedingten Gehorsam zu leisten. Selbst als prinzipiell staatsbejahender Mensch traut man »den politischen Institutionen nicht mehr zu, daß sie dem Gemeinwohl dienen«, wie Gernot und Rebecca Böhme konstatieren, ja »der Staat wird eher als Administration verstanden«<sup>119</sup> – bestenfalls. Denn in vielen Teilen Deutschlands stießen die im Zuge der Coronakrise eingeführten Maßnahmen, die sich von Woche zu Woche unterschieden und zum Teil sogar widersprachen, auf Vorbehalte, da ihre Rationalität zu bezweifeln war.

Marc Felix Serrao führt dazu in der *NZZ* aus, daß die Lokal- und Regionalmedien Deutschlands »voll von entsprechenden Berichten« seien, da die »Regellust beim Strafen« so groß geworden sei: »Mal stehen acht Polizisten in der Küche eines Mannes, der mit einem Freund gekocht hat, mal soll ein Sportverein 5000 Euro Strafe zahlen, weil

zwei Kinder auf seinem Skatepark unterwegs waren, mal nehmen Beamte die Personalien von Spaziergängerinnen auf, deren Hunde sich zu nahe gekommen sind.«<sup>120</sup> Es verwundert, daß trotz dieser Fakten – und trotz sicht- und hörbaren Protests vieler Maßnahmenkritiker aller Schattierungen – die Zustimmung zu den Handlungen der Politik konstant hoch ist: Nach repräsentativen Angaben von Statista wurde die Frage »Sind die aktuell geltenden Corona-Maßnahmen Ihrer Meinung nach übertrieben, gerade richtig oder zu schwach?« Mitte Juli 2021 wie folgt beantwortet: 63 Prozent der Befragten meinten »Gerade richtig«, 16 Prozent plädierten für »Müßten härter ausfallen«, wohingegen lediglich 19 Prozent die Coronamaßnahmen für »Übertrieben« hielten.<sup>121</sup>

Ein wichtiger Aspekt – gewiß nicht der einzige – für die hohe Akzeptanz der Maßnahmen dürfte die omniprésente politmediale und gesellschaftliche Herabwürdigung der Maßnahmenkritiker als »Coronaleugner«, »Schwurbler« und ähnliches sein: In der Eingemeindung aller Skeptiker der Staatsmaßnahmen in den »Kampf gegen rechts« findet dieser seine Potenzierung und neue Agitationsfelder. Der aufgeblähte Staatsapparat bedarf auch dieser quantitativen Steigerung, sonst drohen die zu ächtenden »Anderen«, die *Toxic persons*, zur Neige zu gehen, die als mobilisierendes Element für die eigene Politik fungieren und in dieser Negativrolle für den Zusammenhalt einer zunehmend atomisierten Gesellschaft unverzichtbar sind.

### 3.3 Der Kampf gegen rechts

Der Kampf gegen rechts, der spätestens seit dem Ausklang der rot-grünen Ära Schröder/Fischer (1998 – 2003) als Kampf gegen alle Meinungen und Standpunkte rechts der CDU/CSU angesehen werden kann, benötigt für seine Selbstlegitimation unaufhörlich die Genese neuer Antagonisten. Einer permanenten Feindbilderzeugung entspricht die Ausweitung der zu ächtenden Positionen. Galt seit Jahrzehnten eine als »freiheitlich« beschriebene, antiextremistische oder auch antitotalitäre Stoßrichtung, wonach gewaltbefürwortende oder

gewaltausübende Akteure von links und rechts als »Extremisten« außerhalb des gesellschaftlich Akzeptierten zu stehen hatten, reicht mittlerweile die bloße Inanspruchnahme des grundgesetzlich verbrieften Rechtes auf freie Meinungsäußerung, um ins Visier von Verfassungsschutzämtern, »Zivilgesellschaft« und etablierter Politik zu geraten. Eine gewaltaffine Positionierung ist keineswegs nötig hierfür.

Ebendiese Verschiebung der Parameter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – eingeleitet durch Rot-Grün, vertieft und vollendet durch Schwarz-Rot hernach – hat auch die Coronazeit geprägt. Kritiker der Maßnahmenpolitik von Bund und Ländern sahen sich durch Politik und Medien, Gewerkschaften und häufig auch Kirchen als »rechts« *geframt*, selbst wenn ihre Positionen aus genuin liberalen/libertären, grün-esoterischen oder gänzlich apolitischen Tendenzen genährt wurden. Der neue Kampf gegen Coronamaßnahmenskeptiker ab März 2020 wurde dem alten Kampf gegen rechts subordiniert. Diese Eingemeindung war folgens schwer: Menschen, die sich an Demonstrationen gegen die rigide Maßnahmenpolitik der Bundesregierung Merkel beteiligten – Zehntausende im April und Mai 2020 in Stuttgart, 30 000 im August 2020 in Berlin, 45 000 im November 2000 in Leipzig –, erfuhren im Nachgang des Demonstrationsbesuchs, daß sie sich an »rechten«, »verhetzenden«, »rechtsradikalen« oder auch »rechtsextremen« Veranstaltungen beteiligt hätten, ob schon die nüchterne Betrachtung der Zusammensetzung von Coronademonstrationen etwas anderes unterstreicht: Es habe sich »nicht um eine, sondern um mehrere, häufig disparate soziale Gruppen, die über geteilte Mentalitäten verbunden sind«, gehandelt, wie in einer Studie<sup>122</sup> festgestellt wird. Gemeinsam sei den Demonstranten, daß es sich »mehrheitlich um gebildete Angehörige der Mittelschicht handelt«, wobei einige Zahlen bemerkenswert sind: 31 Prozent verfügten über die Hochschulreife, 34 Prozent über einen Studienabschluß, und 25 Prozent sind als Selbständige tätig, obwohl in der Bundesrepublik nur etwa jeder zehnte Berufstätige selbständig ist; ein Beleg für die prekäre Situation dieser Berufssparte in andauernden *Lockdown*-Situationen.

Diese biographischen und klassenbezogenen Details sagen für sich genommen freilich noch nichts über die *politische* Zusammensetzung aus, aber auch hier haben die Forscher interessante Informationen zusammengetragen: Zur Bundestagswahl 2017 war bei ihnen keine Präferenz für Rechtsparteien zu konstatieren. Im Gegenteil. Das Feld führen die Grünen an (23 Prozent), gefolgt von den »Sonstigen« (21) und der Partei Die Linke (18). Nur 15 Prozent seien 2017 als AfD-Wähler in Erscheinung getreten, also nicht einmal jeder fünfte. Die Soziologen Nadine Frei, Oliver Nachtwey und Robert Schäfer verweisen schließlich auf »eine starke Entfremdung von den Institutionen des politischen Systems, den etablierten Medien und [...] den alten Volksparteien«. Die Demonstranten verkörperten einen Protest, der »eher von links kommt, aber stärker nach rechts geht«, <sup>123</sup> womit die Wissenschaftler dann zurück im Einklang mit der recht einheitlichen Medienberichterstattung sind: Nur mit einem solchen Schwenk kann die Integration des Kampfes gegen Maßnahmenkritiker in den übergeordneten Kampf gegen rechts nachhaltig (wissenschaftlich) abgesichert werden. Das vollzieht sich anhaltend seit Monaten, obschon Nachtwey die eigene Prämisse insofern selbst relativiert hat, als er im Gespräch mit dem Deutschlandfunk die Schätzung äußerte, daß »etwa 25 Prozent der Studienteilnehmer in Deutschland bei der nächsten Wahl die AfD wählen möchten«. <sup>124</sup>

Von 15 Prozent auf 25 ist zwar eine Steigerung, aber die Zahlen belegen an und für sich keinen »Rechtsschwenk« der gesamten Coronaproteste; »25 Prozent« bedeutet schließlich weiterhin, daß von 100 Coronamaßnahmen skeptiker nur jeder vierte AfD wählen würde und damit – im weitesten Sinne – als »rechts« einzugruppieren wäre. Doch ebendiese partielle Affirmation rechtsoffener Einstellungsmuster durch einen Teil der Coronamaßnahmenkritiker reichte für die Bundesregierung aus, die Coronakrise zu ihren Gunsten und ihren Zwecken zu instrumentalisieren, und das heißt: den Kampf gegen rechts zu verstärken. Bei der meinungsbildenden »Tagesschau« heißt es: <sup>125</sup> »Die Bundesregierung hat ein umfassendes Maßnahmenpaket für den Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus beschlossen. Ziel der 89 Einzelmaßnahmen sei es, ›unsere wehrhafte Demokratie



zu stärken, erklärte Bundesjustizministerin Christine Lambrecht. Sie kündigte eine zügige Umsetzung der Beschlüsse an. [...] Vorgehen sind unter anderem eine intensivere Präventionsarbeit, eine Stärkung der Sicherheitsbehörden, schärfere Strafgesetze, bessere Hilfen für Betroffene und ein engerer Austausch mit der Zivilgesellschaft, wobei mit »Zivilgesellschaft« im bundesdeutschen Kontext oftmals das Geflecht aus linken NGOs, antifaschistischen Initiativen und entsprechenden Lobbyvereinigungen gleichgesetzt wird. Auch von einem »Expertenrat« – natürlich: gegen rechts – ist die Rede; dieser »soll die Bundesregierung zu Fragen der Integration, Teilhabe und bei der Bekämpfung von Rassismus beraten«. Allein in den Jahren 2021 bis 2024 »sollen insgesamt mehr als eine Milliarde Euro in diesen Bereich fließen«. Der Grund wird offen artikuliert.

Von Edgar Franke, »Opferbeauftragter der Bundesregierung«, wird in der »Tagesschau« wiedergegeben, daß aus der Coronakrise keine Demokratiekrise werden dürfe, womit unverhohlen eingestanden wird, daß man die Potenzierung des Kampfes gegen rechts unmittelbar mit Corona zu verbinden weiß. Dieser Schachzug ist ein »I-Tüpfelchen« auf der sukzessive finalisierten Verschmelzung mainstreampolitischer und mainstreammedialer Blöcke zum polit-medialen Einheitsblock, was sich nicht zuletzt in einer überwiegend gleichförmigen Berichterstattung der Qualitätspresse niederschlug: Journalisten – ob GEZ-finanziert oder Konzernen zugehörig – sendeten keine kritischen Impulse aus, sondern wirkten viel zu oft als quasiregierungsamtliche Verlautbarungsorgane von Merkel, Spahn und Co. Zwei undogmatische Denker der Vergangenheit werden damit auf eine spezifische Art und Weise bestätigt.

Zum einen ist Antonio Gramsci zu nennen, der in seinen *Gefängnisheften* als erster nachwies, daß in modernen Gesellschaften keineswegs allein ein (repressiver) Staatsapparat benötigt werde, um Macht auszuüben. Er verwies auf die zunehmende machtpolitische Rolle der staatsnahen Zivilgesellschaft (»società civile« hieß es beim Italiener), die u. a. Kirchen, Schulen, Gewerkschaften und Einzelakteure umfasse. In Coronazeiten kann dies plastisch heißen: Druck (etwa: in bezug auf Impfungen oder auf die Akzeptanz der *Lockdown*-Maßnahmen) wird

nicht allein staatlicherseits ausgeübt, sondern durch die zivilgesellschaftlichen *Pressure groups*, die sich oftmals staatsfern wähnen, aber in einem gemeinsamen historischen Block agieren, wobei die Generallinie eine einheitliche ist, in der nur die Betätigungsfelder und gelegentlich die Tonart jeweils andere sind.

Zum anderen ist, hierbei auf den Schultern Gramscis stehend, Louis Althusser zu nennen, der die Wendung der »ideologischen Staatsapparate« (ISA) schuf. Die ISA, die sich wiederum in religiöse (Kirchen), schulische (öffentliche, private) und kulturelle (Literatur, Sport) ISA differenzieren lassen, ferner in die ISA der Interessenverbände (Gewerkschaften) und der Information (Presse), sind nicht Teil des repressiven Staatsapparates, sondern stellen eine Vielfalt von Ergänzungen desselben dar.<sup>126</sup> Die Trennung in »öffentlich« und »privat« wird dabei zunehmend aufgehoben bzw. verliert an Bedeutung: »Private Institutionen können durchaus als ideologische Staatsapparate »funktionieren«,»<sup>127</sup> wobei man heute – unter vielen weiteren – an die Amadeu-Antonio-Stiftung denken könnte, die im Kampf gegen rechts eine entsprechende Rolle als ISA einnimmt. Während nun der repressive Staatsapparat seine Ziele mit dem Rückgriff auf sein Gewaltmonopol durchsetze (was in der Coronakrise vereinzelt dann geschah, wenn es zu harten Maßnahmen gegen Maßnahmenskeptiker kam, etwa in Leipzig, Berlin und kleinen Orten in Sachsen), würden die ISA »auf massive Weise in erster Linie durch den Rückgriff auf Ideologie funktionieren, auch wenn sie« – und gerade dies wird im Coronakontext, speziell in Bezug auf Impfkampagnen und dergleichen, höchst relevant – »in zweiter Linie durch den Rückgriff auf Repression arbeiten, auch wenn diese im Grenzfall [...] in einer sehr abgemilderten, versteckten, ja sogar bloß symbolischen Gestalt auftritt«,»<sup>128</sup>

Ebendies vollzieht sich beim Kampf gegen rechts im allgemeinen wie beim subordinierten Kampf gegen Coronamaßnahmenkritiker im besonderen: Die herrschende Ideologie samt ihrer Verästelungen kann niemals »von oben«, *par ordre du mufti*, als Richtschnur erfolgreich durchgegeben werden, »sondern nur durch die Installierung von ISA, in welchen diese Ideologie realisiert ist und sich weiterhin realisiert«,»<sup>129</sup> Dieser Mechanismus prägt nicht nur die allgemeine

bundesdeutsche Situation der letzten Jahrzehnte auf verschiedene Art und Weise, sondern auch ganz konkret die Setzung der bis dato kaum angefochtenen Corona-»Narrative« seit März 2020. Eine »ganzheitliche« metapolitische Positionierung kann aus diesem Grund die tragende Rolle der ISA bei der Gesellschaftsprägung ebenso wenig ausklammern wie eine Analyse der offiziellen, herrschenden Programmatik. Diese wird neuerdings oft unter dem Label »Great Reset« zu fassen versucht. Nachfolgend soll daher beleuchtet werden, was es mit dieser großen Erzählung auf sich hat.

## 4. Was ist der »Great Reset«?

Mit dem »Great Reset« verbindet man im deutschen Sprachraum etwa die Begriffe »Großer Neustart« oder »Großer Neuanfang«. Es ist ein – äußerst vages – Konzept, »mit dem die Herrschaft bestrebt ist, nach der Corona-Krise die ›neue Normalität‹ zu organisieren und ›Vertrauen wiederherzustellen‹.«<sup>130</sup> In den Worten Ursula von der Leyens, Präsidentin der Europäischen Kommission, also die Grande Dame des EU-Apparats, ist Corona »ein großer Beschleuniger der Veränderung, sei es in bezug auf Klima, Digitalisierung, Geopolitik natürlich, aber auch die Wirtschaft«. Die »Transformation unserer Gesellschaften«, so setzte sie ihre Rede vor dem World Economic Forum (WEF; Weltwirtschaftsforum) fort, werde »täglich schneller«, worin sie ebenso eine »Chance« wie eine »Notwendigkeit« sehe.<sup>131</sup> Zieht man die üblichen Politikerfloskeln ab, so erhält man lediglich den Eindruck, daß es um eine Neujustierung wesentlicher Politikfelder gehe, nicht um einen planmäßigen Umbau der Weltinnenpolitik.

Tatsächlich ist Abstand zu nehmen vom Überzeichnen der Dinge im Hinblick auf den »Great Reset« als Programm zur Knechtung der Völker. »Wenn eine Krise zuschlägt, ordnet sich der Kapitalismus gewöhnlich neu«, schreibt Nick Srnicek mit Recht.<sup>132</sup> Das erweist sich auch bezüglich des »Great Resets« als einer Konstante der jüngeren Geschichte. Die Karten werden in einer Krise neu gemischt, verschiedene Leitakteure der globalen Politik versuchen sich daran, ihre Vorstellungen der Zukunft einzubringen und damit die Geschehnisse ein Stück weit noch stärker als ohnehin zu beeinflussen, etwa indem bestehende Trends (Digitalisierung, Klimapolitik, Aushöhlung nationalstaatlicher Souveränität etc.) verstärkt werden. Diese implizite Absage an den »Great Reset« als Verschwörungspraxis bedeutet

jedoch keineswegs, die problematische Essenz der großen Transformation der Weltwirtschaft und -politik zu negieren.

Klaus Schwab, WEF-Motor und Vordenker eines liberalen »Globalismus«, schreibt mit seinem Co-Autor im Thesenbuch *Covid-19. Der große Umbruch* folgendes: »Viele von uns fragen sich, wann wir wieder zur Normalität zurückkehren. Die kurze Antwort ist: nie. Nichts wird je wieder zu dem kaputten Gefühl von Normalität zurückkehren, das vor der Krise geherrscht hat, weil die Coronavirus-Pandemie einen fundamentalen Wendepunkt in unserer globalen Entwicklung markiert. Manche Analysten nennen es eine Weggabelung, andere eine Krise biblischen Ausmaßes, aber im Kern läuft es darauf hinaus, dass es die Welt, wie wir sie in den ersten Monaten von 2020 kannten, nicht mehr gibt. Sie hat sich im Kontext der Pandemie aufgelöst.«<sup>133</sup> Nun hat Klaus Schwab hiermit wohl auch polarisieren und zuspitzen wollen – aber der Kern der Aussage bleibt bestehen: Es soll kein »Zurück« geben, die (bereits vor Corona in Gang gesetzte) große Transformation der Wirtschafts- und Lebensweise soll forciert werden. Schwab ist als Gründer des »Young Global Leaders«-Programms, das unter anderem auch die Grünen-Chefin Annalena Baerbock durchlief, einer der Hauptakteure des durch die Pandemie neuen Auftrieb (aber auch: neuen Widerstand) erfahrenden Globalismus, wenngleich ohne formalen Rang eines nationalstaatlichen Ministers, eines Kommissionspräsidenten oder ähnliches. Aber ist das in Zeiten der Netzwerkmacht überhaupt noch notwendig? Der Historiker Niall Ferguson wies bereits vor Corona auf die neuen Formen der Machtpolitik hin, die sich aus dem »Verschmelzen« bisheriger Netzwerke und Allianzen ergeben; ihr »Machtpotential« könnte »noch größer sein als das der totalitären Staaten des letzten Jahrhunderts«.<sup>134</sup>

Auf eine dezidiert ökonomische Gefahr im Kontext des großen Umbruchs weist der Ökonom Max Otte hin. Er begreift den »Great Reset« als »großen Neustart unseres Systems«, weil man seitens der herrschenden Klasse das Virus als Chance wahrgenommen habe, ihre ohnehin favorisierten Maßnahmen und Prozesse in Gang zu setzen. Otte nennt unter anderem »Konzentrationstendenzen« des Kapitals, die Entwicklung hin zum »essentiellen Minimum des selbständigen

Mittelstands« und das »Deskilling« als Bausteine des »Great Resets«. Unter Deskilling versteht er, daß den Menschen fortgesetzt die Selbständigkeit ihrer Lebensgestaltung genommen werde: »Sie werden immer mehr in Konzernketten, in Systeme, in Callcenter, in EDV-Systeme eingebunden. Die selbständig disponierende Arbeit, die Selbständigkeit wird zurückgedrängt.« Davon profitierten allein die oberste Schicht und ihre politisch handelnden Kooperationspartner, wobei Otte Amazon-Gründer Jeff Bezos als Beispiel für einen Angehörigen dieser Schicht anführt, der alleine im Krisenjahr 2020 rund 55 Milliarden Dollar weiteres Vermögen anhäufen konnte. Ohnehin seien die Vertiefung und die Verfestigung der Dominanz digitaler Konzerne eine Corona-spezifische Zeittendenz, weil »Techwerte« wie »Viren« funktionierten, indem sie sich »ins zentrale Nervensystem« der Volkswirtschaften plazierten, um den dort erwirtschafteten Mehrwert abzuschöpfen.<sup>135</sup>

Der »Great Reset« hat also eine *politische* (Netzwerkmacht, Zusammengehen nichtstaatlicher Akteure mit Staatsverantwortlichen, Machtkonzentration an der Spitze usw.) und eine *ökonomische* (Kapitalkonzentration bei digitalen Playern, Verschwinden des Mittelstandes, neuinstallierte Abhängigkeitsverhältnisse usw.) Hauptkomponente. Er kann auf Entwicklungen aufbauen, die bereits vor Corona in Gang gesetzt wurden, sieht durch das Virus aber die Gelegenheit, schneller zum Ziel zu gelangen. Die politischen Publizisten Erik Ahrens und Bruno Wolters erfassen demzufolge den »Great Reset« nicht als Planspiel im luftleeren Raum und ebensowenig als ideologische Projektion *sans phrase*, sondern als »aktuellste Zuspitzung der anhaltenden neoliberal-globalistischen Transformation« der Staaten- und Wirtschaftswelt: »Es geht im wesentlichen darum, die politische Forcierung der sogenannten Vierten Industriellen Revolution (Automatisierung und Digitalisierung) und wirtschaftspolitisches Krisenmanagement (zentralbankfinanzierte staatliche Geldspritzen und Flexibilisierung der Produktion) auf globaler Ebene zu institutionalisieren und zugleich künftige Produktionskrisen vorzubeugen«.<sup>136</sup> Hierfür setze man seitens der handelnden globalistischen Elite (aus Wirtschaft und Politik) auf eine forcierte »Homogenisierung der

Märkte« bei kultureller *und* machtpolitischer Durchdringung der Gesellschaften mit den (wirtschaftlichen, politischen, gesundheitsbezogenen, kulturellen etc.) »Narrativen« der Herrschenden. Der »Great Reset« sei somit als ein »anlaßbezogener Versuch« zusammenzufassen, »die politisch-ökonomische Ordnung des Globalismus unumkehrbar und krisenfest« abzusichern, was plastisch bedeute: »Vor-angetriebene Auflösung der Nationalstaaten und ihrer historischen Staatsvölker, beschleunigte Partikularisierung ihrer Gesellschaften, Vertiefung und Verfestigung der Bruchlinie zwischen *Anywheres* und *Somewheres* etc. – kurz: Zuspitzung aller politischen, ökonomischen, sozialen und ideologischen Tendenzen der letzten Jahrzehnte.«<sup>137</sup>

Anstatt also den »Great Reset« als Verschwörungstheorie (und -praxis) einer mal klandestin, mal offen agierenden, WEF-gestützten Elite zu denunzieren und damit das Feld politischer Lageanalyse zugunsten einer personalisiert-verkürzten Schmähkritik (gegen Schwab, Soros und Co.) zu verlassen, müssen die real existierenden, Corona-übergreifenden Prozesse des globalen Geschehens beschrieben und kritisiert werden, »die in eine Art ›neofeudale Gesellschaftsordnung« (Joel Kotkin) münden«, wie der Journalist Björn Harms postulierte: »Big Tech beherrscht die Kommunikations- und Distributionskanäle, Staaten werden zum Handlanger eines ›woken‹, datenbasierten Überwachungssystems. Die kulturelle Linke dient als Schutzschild vor einer entwürdigten und verarmenden einheimischen Mittelschicht«,<sup>138</sup> was einmal mehr deutlich macht, daß aus dieser politischen Richtung kein nennenswerter Widerstand gegen »das große Ganze« zu erwarten ist, weil man mit Ablenkzielen – der vermeintlichen und tatsächlichen politischen Rechten – und der Ausgestaltung des vorpolitischen Raumes – Kultur, Medien, Zivilgesellschaft – beschäftigt ist und in diesem Segment »von oben« weitgehend freie Hand zu haben scheint.

Diese skizzierten Entwicklungen sind real problematisch; ob sie neuerdings mit dem Etikett »Great Reset« belegt werden oder nicht, ist für ihre faktische Wirkung auf Deutschland, Europa und die Welt nachrangig. Entscheidend sowohl für die politisch-theoretische als auch die politisch-praktische Arbeit im hiesigen Kontext ist, daß kein »Plan« greift, der chronologisch durchgeführt wird, sondern

daß ohnehin wirkende Zeittendenzen auf bewußte Entscheidungen treffen, die konkret gesetzt werden. Einmal mehr gilt an dieser Stelle, »daß es keine alternativlosen Entscheidungen geben kann, da alle Entscheidungen von Menschen getroffen werden und darum auch anders zu treffen gewesen wären«<sup>139</sup> – die wohl entscheidende Quintessenz der bisherigen Coronakrise, ob in bezug auf *Lockdowns*, Maßnahmenpolitik, Wirtschaftsrettung oder auch das, was mehr oder weniger präzise als »Great Reset« gefaßt werden kann.



## 5. Fazit oder: Zehn Thesen zur Coronakrise

Ein Fazit über eine Krise zu treffen, die noch nicht beendet ist, ist schlechterdings nicht möglich. Zwar zeichnen sich neue Konfliktlinien ab, die vor allem entlang der Streitfragen Impfung/Nichtimpfung und Privilegien für Geimpfte/Nachteile für Ungeimpfte verlaufen dürften, aber was ein neuerlicher *Lockdown* für die bundesdeutsche Wirtschaft und ihr Herzstück, den vielschichtigen Mittelstand, bedeuten würde, läßt sich nur erahnen. Anstelle eines Fazits im Sinne einer Ergebnispräsentation eines abgeschlossenen Prozesses bieten sich vielmehr zehn offene Thesen zu allfälligen Schlußfolgerungen aus in der Coronakrise sichtbarer gewordenen Prozessen an, ferner zur Frage nach widerständigem Potential und notwendigen Neujustierungen eines rechten Politik- und Wirtschaftsverständnisses. Abschließend folgt ein vorsichtiger Ausblick auf einen neuen historischen Block, der anerkennt, daß die »alte Normalität« unwiederbringlich verloren scheint, und daraus die Lehre zieht, daß die Fronten neu gezogen werden – und man sich in dieser Lage zukunfts-gewandt zu bewegen hat.

### 1. Die Krise ist vor allem eine emotionale Krise.

Das heißt: Wirklich einschneidende materielle Verschlechterungen müssen – derzeit – nur bestimmte Branchen verzeichnen, allen voran die unter 2.2 genannten Akteure aus den Bereichen Gastronomie und Hotellerie, Veranstaltungsorganisation und Soloselbstständigkeit. Für das Gros der Deutschen ist Corona zwar eine *soziale* Frage – aber keine *materielle*, sondern eine, die zuallererst Bereiche der individuellen

Lebensführung berührt: Mit wem darf ich mich treffen? Welche Veranstaltung darf ich besuchen? Wo gilt Maskenpflicht? Welche Restriktionen drohen? Diese Aspekte wirken bisweilen zentraler als die eigentliche Furcht vor Ansteckung mit dem Virus.

Das mag dadurch verstärkt werden, daß die Coronavirus-Erkrankung (COVID-19) in der BRD (Stand: Mitte August 2021) 3,8 Millionen Menschen nachweislich durchlaufen haben; das entspricht in etwa 4,6 Prozent der Gesamtbevölkerung, was bedeutet, daß nicht einmal jeder zwanzigste Bundesbürger Corona-positiv registriert wurde (wovon wiederum ein erklecklicher Teil von seiner eigenen Erkrankung nur durch Testung erfuhr, sprich: symptomlos durch das Virus kam). Obschon viele Familien durch Schicksalsschläge getroffen wurden, wie es bei anderen »Volkskrankheiten« wie Krebs, Diabetes oder Alkoholismus tagtäglich auftritt, stellt sich die dringliche Frage nach der Verhältnismäßigkeit der durch die Bundesregierung verantworteten Maßnahmen.

Daß expliziter politischer Widerstand gegen sie fast ausnahmslos von breiten Akteursgruppen in Sachsen (mit Ausreißern in Stuttgart und Berlin) geleistet wurde, wenn man von notorischen Verschwörungsideologen absieht, die in jeder Krise zu sich selbst finden und ihr Geschäft wittern, legt die Vermutung nahe, daß es den Herrschenden auf Bundesebene formidabel gelungen ist, Angst als Normalzustand zu implementieren. Die aus politischen Gründen omnipräsente Überzeichnung der Virusgefahr muß damit zu den »Psychotechniken der Angsterzeugung« gerechnet werden samt »propagandistischer Erzeugung einer massiven vorgeblichen Bedrohung, die entschlossen zu bekämpfen vordringliche Aufgabe der Bevölkerung ist«<sup>140</sup> weshalb sich viele der Verängstigten dazu entschlossen haben, den Nichtverängstigten mit Abscheu und Denunziationseifer zu begegnen: Es ist speziell in Sachen Impfverhältnissen eine Zuspitzung dieser Verhaltensweisen zu erwarten.

Entstanden (oder: geschürt worden) ist in weiten Teilen der Bevölkerung eine allgegenwärtige Angst, die dazu führt, daß man einerseits Regeln befolgt und andererseits höchstens zaghaft ihre Wirksamkeit und gegebene Verhältnismäßigkeit hinterfragt. »Politik war

nicht nur Problemlösung, sondern auch Wahrnehmungsmanagement«, schreibt mit Paul Schreyer einer der wenigen establishment-kritischen Akteure aus der Journalistik, »eine Krise immer auch eine ›gefühlte‹ Krise.«<sup>141</sup> Mißt man den Erfolg der Bundesregierung an der bemerkenswert hohen Akzeptanz ihrer Coronapolitik, muß man diese emotionale Ebene als Schlüsselterrain des Gelingens begreifen.

## 2. Die politische Opposition tut gut daran, nicht das Virus als solches zu thematisieren, sondern die Folgen der Anti-Virus-Maßnahmen.

Weder Angela Merkel noch ihre Herausforderer sind medizinische Experten, und selbst wenn es so wäre, gibt es, wie die Pandemie beweist, verschiedenartige medizinische Deutungen der Gefährlichkeit des Virus, eineinhalb Jahre nach seinem globalen Auftreten. Auch innerhalb der politischen Opposition – aufgrund des neuen Einheitsblocks von Christdemokratie bis links außen ist das nur noch: die heterogene politische Rechte – kursieren unterschiedlichste Lesarten und Empfindungen, also »Gefühle«. Daraus ergibt sich die Maxime, daß sich die politische Opposition nicht mit (pseudo)medizinischen Diagnosen zum Coronakomplex hervortun und an ihnen verheben sollte, sondern überwiegend die Maßnahmen der Verantwortlichen (samt Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft) und ihre Verhältnismäßigkeit in den Fokus zu nehmen hat.

Da es zu den verfassungsrechtlichen Grundregeln einer Pandemie gehört, daß jede Maßnahme, die in Freiheitsrechte der Deutschen eingreift, »erforderlich und angemessen sein«<sup>142</sup> muß, öffnet sich hier ein weites Feld zur politischen Betätigung im kritischen Sinne. Und wenn Bundeskanzlerin Merkel in ihrer Regierungserklärung vom 11. Februar 2021 postuliert, daß wir als »Demokratie« schließlich »verpflichtet [sind], diese Einschränkungen keinen Tag länger aufrechtzuerhalten als nötig und sie aufzuheben, wenn ihre Begründung entfällt«<sup>143</sup> muß man den Zeitpunkt immer wieder öffentlichkeitswirksam einfordern und versuchen, so viele Menschen wie möglich auf die Ambivalenz dieser Aussagen aufmerksam zu machen (anstatt das Virus als solches zu leugnen oder seine Gefahr für bestimmte

Bevölkerungsgruppen in Abrede zu stellen): Denn mit »dem Auseinandertreten von Theorie und Praxis öffnet sich der Raum für das Politische«<sup>144</sup> Andere europäische Nationen wie Polen, Dänemark, Schweden, England oder die Niederlande machen ja *in praxi* deutlich, daß just die Frage nach dem Zeitpunkt, wann der Maßnahmen Begründung entfällt, eine *politische*, keine rein medizinische ist. Und politische Entscheidungen werden von handelnden Akteuren getroffen, die für deren Folgen wiederum verantwortlich zu machen wären. Auch im Wirtschaftlichen.

### 3. Der Sloterdijksche »Bemutterungsstaat« irrt in der Coronakrise bei der Auswahl und der anschließenden Begünstigung seiner »Kinder«.

Aus volksverbundener Sicht handelt die herrschende Klasse dieses Staates einmal mehr fatal: Man ist dort nachsichtig, wo es strenger Maßnahmen bedürfte, und trumpft dort repressiv auf, wo es um Nachsicht, Augenmaß und Gewährenlassen gehen sollte. Man denke in diesem Kontext exemplarisch an die Krisenverlierer der Gastronomie und des lokalen stationären Einzelhandels sowie an die Krisengewinner der Großkonzerne: BMW schüttete etwa 800 Millionen Euro Dividende alleine an die Geschwister Susanne Klatten und Stefan Quandt aus, während 40000 der BMW-Mitarbeiter in Kurzarbeit geschickt wurden, weil man, so hieß es in der dazugehörigen Hauptversammlung, eine »zuverlässige Dividendenpolitik« für die eigenen Aktionäre gewähren wollte. Oder man denke an Heinz-Hermann Thiele, der als Inhaber der Firma Knorr-Bremse einer der zehn reichsten Bundesdeutschen (knapp 17 Milliarden Euro Vermögen) ist. Thiele sandte 4000 Mitarbeiter auf Staatskosten (und damit indirekt: auf Steuerzahlerkosten) in Kurzarbeit, während er seiner Familie 200 Millionen Euro an Dividende auszahlen ließ.<sup>145</sup>

Schon diese wenigen Beispielfälle für den Trend, »daß Risiken vergesellschaftet und Gewinne privatisiert werden, nicht nur im Finanzsektor, sondern auch in der Produktion«<sup>146</sup> veranschaulichen deutlich, daß eine abgehobene Großunternehmerkaste, die der Abgehobenheit der politischen Kaste in nichts nachsteht, den Staat als »Melkkuh«

(Arnold Gehlen) betrachtet, was im übrigen den Steuerzahler einige Milliarden mehr kostet als die sogenannten Sozialschmarotzer, auf die man seitens der politischen Rechten freilich viel öfter verweist. Beide Phänomene sollten gleichermaßen problematisiert werden. In des wird erstgenannter Aspekt – »der Umstand, daß manche Firmen Millionen an Finanzhilfe vom Staat kassierten, um sie als Kapitalrendite an ihre Aktionäre weiterzureichen«<sup>147</sup> – in der Regel schlichtweg übergangen, zweitgenannter verabsolutiert.

Die naheliegende Rolle der politischen Rechten im allgemeinen und der AfD als ihrer Wahlpartei im besonderen würde wie hierbei wie folgt lauten: Man müßte sich als authentische Interessensvertretung jener Deutschen in Szene setzen, die als Arbeiter, Angestellte, Selbständige und Mittelständler weder über die Sicherheit der Großkonzernstrukturen noch über jene des aufgeblähten Staatsapparats verfügen. Um das Attribut »authentisch« zu verdienen, bedürfte es dabei gewisser Weichenstellungen im politisch-ökonomischen Grundverständnis.

#### **4. Die Coronakrise bietet die Chance, das eigene weltanschauliche Profil anhand aktueller Fragestellungen zu vertiefen.**

Daß die Coronakrise keine eigenen Entwicklungen hervorruft, sondern bestehende Trends verstärkt, beschleunigt bzw. zuspitzt, kann man auch ins Positive wenden und für sich nutzen. Die eigene Befürwortung nachbarschaftlichen Wirtschaftens, regionaler Produktionskreisläufe und nationaler Wirtschaftsräume kann beispielsweise an der Maskenproblematik der einsetzenden Coronakrise im Frühjahr 2020 akzentuiert werden. Für bestimmte Wirtschaftsakteure in Deutschland war es monetär einträglich, Zellstoff nach China zu exportieren, wo er – auch aufgrund nach wie vor niedriger Lohnkosten – günstiger verarbeitet werden konnte. Das fertige Produkt kam dann nach Deutschland zurück. Von der Unsinnigkeit der Transportwege, der Umweltverschmutzung sowie der Umgehung des nationalen Arbeitsmarktes und der heimischen Wertschöpfung abgesehen – das macht die eigene Volkswirtschaft verwundbar und abhängig:

Kommen die Masken an? Was, wenn die Chinesen sie selbst benötigt hätten? Die Frage, die sich »dank« Corona sehr aktuell darstellt, ist folgende: Was ist also in Ausnahmezuständen wie einer »Pandemie« wichtiger – das private Profitinteresse oder die Versorgungssicherheit<sup>148</sup> für die »eigenen Leute«?

Deutlich gemacht werden kann anhand eines solchen, vielen Millionen Menschen bekannten Fallbeispiels folgendes Faktum: Es gibt Bereiche im Leben eines Volkes, die man Grundversorgung nennen könnte. Hier muß das große Ganze die Richtung vorgeben, das Interesse der Privaten steht an zweiter Stelle. Das Politische, und das heißt auch: das geregelte Zusammenleben einer Gemeinschaft, hat in Abwägungsfragen Vorrang vor den Individualinteressen privatwirtschaftlicher Akteure. Einmal mehr gibt es Bereiche, in denen der Staat frei gewähren lassen kann, und es gibt Bereiche, in denen er seine Richtlinienkompetenz effektiv beanspruchen sollte. Dies ist auch eines der – bedauerlicherweise: raren – Beispiele dafür, daß eine *genuin rechte Perspektive* im Volk Anklang findet: 81 Prozent der Deutschen sind »der Ansicht, daß grundsätzlich wieder mehr Güter wie z. B. Medizinprodukte in Deutschland und Europa hergestellt werden sollten – auch wenn dies mit höheren Kosten verbunden wäre«, wie das Fachmagazin *Internationale Politik* herausfand. Nur 16 (!) Prozent der Befragten meinten, daß man die »jetzt vorherrschende arbeitsteilige Produktion von Gütern und die bestehenden Lieferketten weltweit beibehalten sollte«.<sup>149</sup> Corona – in diesem Fall ein *Game changer*?

##### 5. Die Coronakrise bringt das Comeback »kommunitaristischer« Ideen mit sich.

Die Idee des Kommunitarismus (von lateinisch *communitas*: Gemeinschaft) kam – sehr verkürzt dargestellt – in den 1980er Jahren in den USA als Reaktion auf den Siegeszug von Individualismus und Neoliberalismus auf. Der Kerngedanke der kommunitaristischen Philosophen – von Alasdair MacIntyre bis Charles Taylor – war es, der Individualisierung und der Atomisierung (post)moderner Gesellschaften ein Leitbild entgegenzusetzen, das die Einbettung und die Verortung

des einzelnen in ihn umgebenden Gemeinschaften stärken soll: »Der Mensch ist ein soziales Wesen, die Gemeinschaft seine anthropologische Konstante«<sup>150</sup> ist eine Quintessenz des Kommunitarismus, der links wie rechts so manche divergierende Ausprägung finden kann (ist die Gemeinschaft lokal, national, regional verfaßt; ethnokulturell, religiös, säkular geprägt; qua Willensentscheidung konstituiert oder »organisch gewachsen« usf.).

Waren die ursprünglichen Ansätze auf US-amerikanische Verhältnisse zugeschnitten, modifizierten verschiedene Köpfe wie Günter Rohrmoser, Henning Eichberg oder Alain de Benoist kommunitaristische Ideen entlang genuin deutscher bzw. europäischer Marker. Doch erst jetzt, aufgrund der durch die Coronapolitik beschleunigten, naheliegenden Abwendung weiter Teile der Rechten vom Staat (in seiner real existierenden Variation), können aktuelle Ansätze wie der des in Zittau lehrenden Ökonomen Stefan Kofner unerwartete Resonanz finden: Es öffnet sich ein Fenster für kommunitaristische Theorie und Praxis.

Es ist hierbei wichtig zu betonen, daß aus kommunitaristischer Perspektive nicht individuelle Profitmaximierung als Primärziel des Wirtschaftens begriffen werden kann, sondern das kollektive Werk der Bedarfsdeckung für das große Ganze; nicht *Bedürfnisweckung*, sondern *Bedürfnisbefriedigung*. Das ist, historisch betrachtet, die naheliegende Alternative zu kapitalistischer Logik und Ideologie: »Von alters her unterscheidet die Menschheit ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in zwei Arten: produktive und unproduktive, rechtschaffene und schändliche, fleißige und müßige. Prüfstein war hier in der Regel, ob die Gemeinschaft die Aktivität für das Gemeinwohl förderlich hielt.«<sup>151</sup> An diese Lesart anschließend, ist das Hauptziel des Produzierens und des Handelns nicht mittels ökonomischer Kennziffern zu beschreiben; das genuin nichtmaterialistische Hauptziel ist die Stärkung des nationalen Gemeinwohls und des Miteinanders in identitätsbewußten Vertrauenszusammenhängen.

Der Staat in seiner derzeitigen Konstitution und mit seinem derzeitigen Personal schadet diesem Vorhaben, anstatt es zu forcieren. Deshalb geht es langfristig um seine umfassende Korrektur – und um

seine Ergänzung durch explizit nichtstaatliche Strukturen. Kofner hebt in diesem Kontext hervor, daß der zeitgenössische Kommunitarismus »eine Graswurzelbewegung« sei, »wobei dem Staat eine aktivierende Rolle zugemessen« werde, die aber von unten, gemäß dem ehernen Gesetz der Subsidiarität, begleitet werden müsse: »Die kommunitaristische Transformation der Gesellschaft wird es in der Zukunft ermöglichen, mehr Aufgaben auf niedrigere Ebenen in Gesellschaft und Staat zu übertragen. Die unterste Ebene ist die familiäre Solidarität, dann kommt der Zusammenhalt unter Freunden und Nachbarn, in der Betriebsgemeinschaft, der freiwilligen Feuerwehr, in Vereinen, in der Dorfgemeinschaft und so weiter. Der Staat darf eben nicht der oberste Gestalter sein wollen, der alles an sich zieht, sondern er muß sich im Gegenteil stets aktiv bemühen, Aufgaben an die solidarischen Gemeinschaften abzugeben.«<sup>152</sup>

Diese Delegation von Aufgaben »nach unten« ist um so drängender, da Hannah Arendts Diktum aus *Vita activa* erst heute, unter zugespitzten Machtverhältnissen der Coronamaßnahmenpolitik, treffende Gültigkeit besitzt: »Je mehr eine Staatsform wesentlich ein Machtgebilde ist, also vor allem im Falle der schrankenlosen Demokratie, desto schwerer wird es der Einzelne haben, sich in ihr Geltung zu bringen.«<sup>153</sup> Hier wird ein kommunitaristischer (und auch genossenschaftlicher) Grundgedanke schlagend, wonach jene, die als einzelne macht- und wirkungslos bleiben, sich als konstituierte Gemeinschaft neuer Kraftpotentiale vergewissern könnten.

**6. Die andauernde Phase der Coronakrise sollte genutzt werden, um mittels kommunitaristischer Ideen defizitäre Ansätze in der politischen Rechten zu ersetzen.**

Verschiedene rechte Denkansätze und der Kommunitarismus (in der Sinngebung Kofners) haben gemein, daß es ihnen an der Carl Schmittschen Trias aus Ordnung, Ruhe und Sicherheit gelegen ist, kurz: an Stabilität.<sup>154</sup> Eine »liberal-individualistische Wirtschaftsordnung«, wie wir sie derzeit vorfinden, beruht indes »nicht nur auf Voraussetzungen, die sie selbst nicht schaffen kann, sondern sie zerstört diese



Voraussetzungen auf lange Sicht und damit ist eine solche Ordnung inhärent instabil«.<sup>155</sup> Schon alleine daraus ergibt sich die Absage an Neoliberalismen jeden Typs. Wie ihre kommunistischen Pendanten sind sie schließlich seit jeher gefangen in selbstkonstruierten Dichotomien (wie »Staat versus Markt«, so als ob das strikte Gegensätze wären und sich nicht benötigen würden, als ob nicht für beide sinnvolle Bereiche des Handelns gäbe<sup>156</sup>), an denen sie trotz geschichtlicher Erfahrungen festhalten – ihre Ideologien bedürfen dieser Simplifizierung als Ausgangsbasis.

Tatsächlich sind gerade aus gemeinschaftsorientierter Perspektive Staat und Markt aber keine unversöhnlichen Gegenspieler, sondern basieren aufeinander. So wie in rechter und kommunitaristischer Weltanschauung kein abstraktes Individuum denkbar ist, das losgelöst von überlieferten Gemeinschaften auf der Welt erscheint, sondern eingebettet ist in ein vorhandenes Gefüge aus regionalen, religiösen, volklichen (usw.) Identitäten, auf Basis derer ein jeder erst seine eigene Lebensgeschichte schreiben kann, ist auch der Markt als Interaktionsort wirtschaftlicher Akteure nicht im luftleeren Raum denkbar, sondern ist ebenfalls eingebettet in Verhältnisse, die ihm vorangehen und seine realen Bedingungen gestalten.

Nationale Wirtschaftskulturen, völkerpsychologische Konstitutionen, tradierte Vorstellungen etc. sind ebenso zu berücksichtigen wie jene produktive Rolle eines jeden Nationalstaates als Marktschöpfer, auf die Dirk Ehnts verweist. »Der Staat«, so erklärt der Ökonom, »greift nicht in die Wirtschaft ein, sondern erzeugt sie erst«<sup>157</sup> und schafft und gewährt jene Rahmenverhältnisse, die es Marktteilnehmern ermöglichen, auf eine bestimmte Art und Weise zu wirtschaften. Er geht explizit in *Vorleistung*, indem er Bildung, Sicherheit, Infrastruktur und dergleichen mehr zur Verfügung stellt, die unabdingbar für das Prosperieren nationaler Märkte sind, die nicht zuletzt in der Coronakrise davon geprägt sind, daß nicht nur entsprechende Vorleistungen, sondern auch sämtliche Risiken vergemeinschaftet, Gewinne hingegen privatisiert werden.

Einmal mehr sind es auch im Kontext Staat/Markt Kontingenzen, die Entwicklungen hervorrufen oder korrigieren: Nicht »der Staat«

oder »der Markt« verlangen Festlegungen, sondern konkrete Akteure treffen konkrete Entscheidungen, deren Alternativlosigkeit nur jene behaupten, die von ihnen profitieren. »Es gibt kein Marktverhalten, das unvermeidlich wäre«,<sup>158</sup> stellt Mariana Mazzucato fest, womit Gleichstand mit der Staatspolitik hergestellt ist: Auch in ihr gibt es keine alles determinierenden Überprinzipien, auch sie offeriert Raum für bewußte Entscheidungen, die oftmals das Resultat, nicht die Ursache von Interessenskämpfen sind. Bewußte Entscheidungen in der Praxis aber basieren auf vorherigen Setzungen in der Theorie.

**7. Statt der Beibehaltung einer anachronistischen Staat-Markt-Dichotomie kann die Coronakrise genutzt werden, neu über Aufgaben und Pflichten von Staat und Markt gleichermaßen nachzudenken, ohne Mißstände der Gegenwart auszuklammern.**

Gemäß der kommunitaristischen Logik, die Eingang in neurechte Ideenwelten fand, kann als eigener Standpunkt formuliert werden, daß »Arbeit und Wirtschaft« fortan »nicht in erster Linie Versorgungszielen, sondern vielmehr der Herausbildung, Festigung und Bewahrung individueller und kollektiver Identitäten« zu dienen haben: »Menschliche Arbeit ist identitätsprägendes Gemeinschaftswerk und keine anonyme Produktion austauschbarer Produkte durch austauschbare Arbeitskräfte für anonyme Märkte.«<sup>159</sup> Aus dieser Prämisse als Lob des Konkreten ergibt sich eine weitere insofern, als daß hierfür Unternehmenstypen erforderlich sind, die von Kofner als »resiliente Unternehmen mit ausreichenden Rücklagen für Krisenzeiten«<sup>160</sup> beschrieben werden. Ein nennenswerter Teil des deutschen Kleingewerbes und Mittelstandes ist bereits in diesem Verständnis »resilient«, das heißt einerseits widerstandsfähig und andererseits in der Lage, Herausforderungen (wie Corona eine ganz besondere darstellt) zu meistern. Für sie gilt, daß es das »Zusammenspiel von Staat und Unternehmen [ist], welches zu gesamtwirtschaftlich wünschbaren Ergebnissen führt«.<sup>161</sup>

Ein anderer Teil, den man pejorativ als Geflecht aus Großkapital, Big Tech und ausschließlich an Profitmaximierung orientierten

Konzernen bezeichnen kann, ist zwar insofern »resilient«, als daß man vor Kraft kaum noch gehen kann, aber hier fehlt der entscheidende gemeinschaftliche Aspekt und die gemeinwohlfördernde Rolle, die Kofner den »Kleinen und Mittleren« zuschreibt. Bei diesen »Großen« fehlt demzufolge das Interesse, »dem Wohl von Angestellten, Kunden und Lieferanten Rechnung zu tragen«. Das beschriebene Geflecht aus Akteursgruppen der »Großen« profitiert »vom gemeinsamen intellektuellen und kulturellen Erbe der Gesellschaften, in die sie eingebettet sind, und von der Herrschaft des Rechts, für die der Staat sorgt, ganz zu schweigen von der staatlich finanzierten Ausbildung gebildeter Arbeitnehmer und wertvoller Forschung«, <sup>162</sup> versucht aber bei jeder Gelegenheit (in der Regel: erfolgreich) die Gegenleistung, eine ihrer Größe entsprechende, adäquate monetäre Beteiligung am Gemeinschaftsprojekt Staat, zu umgehen (durch Nebenfirmen, Verlagerung des Firmensitzes, Steuerschlupflöcher usw.).

Das widerspricht sowohl rechten als auch kommunitaristischen Ansätzen, wonach es an sich eine »positive Rolle einer angemessenen staatlichen Besteuerung« gibt, die notwendig ist, »um ausreichende Mittel für Investitionen zum Aufbau, zur Erhaltung und zur Verbesserung der Infrastruktur der Nation, für die angemessene Versorgung mit öffentlichen und kommunitarischen Gütern, für die Daseinsvorsorge sowie zur Erhöhung des Bildungsniveaus bereitzustellen«. <sup>163</sup> Diese Daseinsvorsorge als *Vorleistung des Staates* aber ist – gemeinsam mit den lokalen, »organischen« Gemeinschaften – die »Basis für erfüllende soziale Beziehungen und für das Entstehen und die Intensivierung von menschlichen Gemeinschaften. In der Summe bieten diese diversen Leistungen, wenn sie für alle Bürger auf angemessenem Niveau bereitgestellt werden, die materielle und kulturelle Basis der gesamten Existenz.« <sup>164</sup>

Eine solche Daseinsvorsorge (Abwasserentsorgung/Wasserversorgung, Gesundheit, Bildung, öffentliche Sicherheit, Kultur etc. pp.), die im Alltagsverstand der Menschen häufig schlicht mit »Sozialstaat« gleichgesetzt wird (auch wenn es definitorische Feinheiten zu beachten gäbe), wird unterlaufen durch die globalistische Entwicklung der Wirtschaft und ihres Privatisierungsfetischs; eine

Entwicklung, welche zudem die Einkommensunterschiede zwischen *Somewheres* und *Anywheres* weiter verstärkt. Dabei wird gerade von den Deutschen noch stärker staatliches Engagement goutiert, worauf die wirtschaftsliberale NZZ hinweist: Der Aussage, wonach der Staat Maßnahmen ergreifen sollte, um Unterschiede in den verschiedenen Einkommensniveaus zu reduzieren, stimmten im Jahr 2018 73 Prozent der Menschen in Westdeutschland zu (2002: 48 Prozent). In Mittel- bzw. Ostdeutschland stieg die Zustimmungsrate noch weiter an: »2018 waren 81 Prozent für den Abbau von Einkommensunterschieden durch den Staat« (demgegenüber 2002: 76 Prozent).<sup>165</sup>

#### 8. Anzustreben ist weder ein schlanker noch ein fatter Staat, sondern ein muskulöser.

Das auch unter Konservativen beliebte Bild des »schlanken Staates« eignet sich für diese anzustrebenden Korrekturen mitnichten. Mit ihm verbreitet man explizit liberalen Jargon und implizit liberale Inhalte, da der Begriff aus den nachhaltig erfolgten Setzungen von FDP und den Kapitallobbyisten der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) hervorgeht. Der Begriff ist daher kein »leerer Signifikant«, den man in einem metapolitischen Ringen »anders« besetzen könnte, da er von seinen Ursprüngen her elementar mit der Logik des Liberalismus verbunden ist. Ihn inhaltlich zu kolonisieren, weil man nach einiger Anstrengung positive Deutungen hervorbringen imstande ist, wäre ebenso aussichtslos, wie sich beispielsweise – nun auf der anderen politischen Seite – den Terminus »Klassenkampf« anzueignen. Denn obschon heute »Klassenkampf« geführt wird, eben seitens der politisch und wirtschaftlich herrschenden *Anywheres* gegen die zunehmend fragmentierten *Classes populaires* (oder *Somewheres*), ist auch dieser Begriff elementar mit seinen Urhebern verwoben, in diesem Fall mit Kommunisten. Wie beim »schlanken Staat« bedürfte es also einiger zusätzlicher Erläuterungen, weshalb man ihn zu nutzen gedenke, ohne sich die Anliegen der Wortschöpfer zu eigen zu machen.

Benötigt werden daher in solchen Fällen andere Begriffsprägungen. Im staatspolitischen Beritt anzustreben wäre für das Vorhaben einer gemeinschaftsbezogenen Kehre ein handlungsfähiger, dynamischer, souveräner Staat ohne den omnipräsenten Einfluß rotgrüner Ideologieproduzenten und Gesellschaftserzieher auf der einen Seite und lobbyistischer Kapitalvertreter auf der anderen Seite. Sprich: Schluß mit Milliardenausgaben für Gender Mainstreaming, Multikulturalismus und Linksförderung. Schluß mit wirtschaftsdevotem und Lobbyanfälligem Verhalten. Statt dessen »sollte der Staat in die Entwicklung seiner Muskelmasse investieren, seiner Fähigkeiten in entscheidenden Bereichen wie etwa der produktiven Kapazität (dem maximalen Output einer Wirtschaft), in die Entwicklung seiner Kompetenzen im Bereich Beschaffung, einer tatsächlich im öffentlichen Interesse liegenden öffentlich-privaten Zusammenarbeit sowie den sachverständigen Umgang mit Daten (Schutz der Privatsphäre und Sicherheit)«, wie Mariana Mazzucato die *Mission*<sup>166</sup> beschreibt.<sup>167</sup> Erstrebt wird als Fernziel der *muskulöse* Staat, und das heißt: kein schlanker (entkerner, outgesourcter, liberalisierter), aber auch kein fatter (befehlsadministrativer, aufgeblähter, klientelistischer) Staat.

Ziel muß es sein, daß »staatliche Ressourcen planvoll, gezielt und effizient eingesetzt werden können«<sup>168</sup> – und zwar jederzeit. Ein Staat, der nur im Notfall eingreifen soll und ansonsten minimalistische Schrumpfformen einnimmt, wird diese dreifache Pflicht nicht bewältigen können, ein »arbeitender Staat« (Lorenz von Stein) schon.<sup>169</sup> Training hält Muskeln in Form, nicht aufgezwungene Zurückhaltung. Das Problem, und einmal mehr trifft Mazzucato damit den Punkt, ist nicht »zu viel« oder »zu wenig« Staat: »Das Problem ist die Art von Staat: Was tut er und wie?«<sup>170</sup> Da der Staat in ein Geflecht von internationalen und globalen Institutionen eingebunden ist, die ihn am »richtigen« Verhalten hindern und das »falsche« Verhalten begünstigen, ist als Zwischenschritt eine Renationalisierung der Sachverhalte obligat.

9. Eine Renationalisierung ist möglich und, aufgrund der zugespitzt globalistischen Verhältnisse infolge Coronas, als Einhegung der Krisengewinner des Digitalkapitalismus auch nötig.

Daß die Rückholung souveränistischer Bausteine für den einzelnen Staat – in diesem Fall: für den deutschen – nach einer ganzheitlichen Politikkehre möglich wäre, geben mittlerweile sogar linksliberal ausgerichtete Wissenschaftler zu: »Eine partielle Renationalisierung der Wirtschaft ist möglich. Das würde aber zu erhöhten Kosten und zu erheblichen Wohlstandsverlusten führen.«<sup>171</sup>

»Erhöhte Kosten«, akzeptiert man diese gängige These überhaupt als solche, wären kein Argument gegen die Renationalisierung als Zwischenschritt,<sup>172</sup> weil – wie Kofner zeigte – für rechte, kommunitaristische Ansätze keine ökonomischen Kennziffern den Ausschlag geben, sondern die Frage nach dem Nutzen für eine Gemeinschaft; und da können andere Parameter gelten als in materialistisch ausgerichteten Gesellschaften. Und auch die »erheblichen Wohlstandsverluste« sind erstens nicht in Stein gemeißelt – man erinnere sich an die angebliche ökonomische Katastrophe, die den Briten qua Brexit drohte und gänzlich ausblieb – und zweitens nicht zwingend *als solche* problematisch; treffen würde es (wenn überhaupt) einerseits primär jene Akteure, deren Handelsbeziehungen globaler Natur sind, und andererseits steht der Beweis bisher aus, daß Wohlstandszuwächse automatisch auch zu einem Anstieg der Qualität einer Gemeinschaft beitragen; beispielsweise von einem dekadenztheoretischen Blickwinkel aus wäre hier Skepsis angebracht.

Die Coronakrise hat, wie mehrfach angedeutet, vorsichtig das Bewußtsein für lokale, regionale und nationale Bezüge jenseits des globalistischen Prinzips der totalen Vernetzung und der gegenseitigen Abhängigkeit geweckt. In diesem Sinne sind sowohl eine »Verkürzung von Lieferstrecken« als auch eine »territoriale Wiederverdichtung zuletzt global ausgedehnter Produktionssysteme aufzunehmen und zu verstärken«. Wolfgang Streeck geht hierbei davon aus, daß eine andere Welt als die bisherige möglich ist; über Corona hinaus (bzw. mit den zu erwartenden Coronafolgen *als politisch zu nutzendem*

*Vehikel*) kann das falsche Ganze langfristig berichtigt werden. In der dann denkbaren »polyzentrischen Welt« – Carl Schmitt nannte ein ähnliches Konzept »Pluriversum« – würden die einzelnen »Staaten im Interesse ihrer Bevölkerung bemüht sein, die Produktion unentbehrlicher Güter in zuverlässige Nähe zurückzuholen, um nicht von der einen oder anderen Großmacht abhängig zu sein«. Der Soziologe, der viele Jahre das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung leitete, nimmt in diesem Kontext Anleihen bei Werner Sombart und spricht von einer »partiellen Autarkie« als »Selbstregierung« mit dem Ziel »Eigenständigkeit« (vor allem bei digitalen Strukturen des Plattformkapitalismus,<sup>173</sup> der Energieversorgung, dem Bankenwesen). Diese brächte ein »more make, less buy« mit sich, was den Abschied vom »ausländischen Überbietungswettbewerb«, hin zu einem »Übergang zu Produktion ›in der Region« bedeuten würde, womit die Hauptstoßrichtung einer Renaissance der europäischen Staaten vorzeichnet wäre: »Rückzug aus der Hyperglobalisierung« samt Rückbau der globalen Verflechtung, »Sicherheit vor Risiko«, »Resilienz als oberstes Gebot« sowie nationale »Anpassung der Wirtschaft an die Gesellschaft, nicht umgekehrt«.<sup>174</sup>

Damit entspricht Streecks Skizze eines Umbauplans *in nuce* genuin neurechten und kommunitaristischen Ideen nachbarschaftlichen bzw. regionalen Wirtschaftens (d. h. einer Ökonomie der Nähe) und einer auf das Gemeinwohl eines konkreten Staatsganzen ausgerichteten Sozial- und Wirtschaftspolitik im Zeichen der »landsmännischen Parteilichkeit«<sup>175</sup> (d. h. einer ideenverbundenen Politik des Solidarischen Patriotismus).

#### 10. Der gemeinsame Hauptgegner heißt Globalismus – die Zeit ist reif für einen antiglobalistischen historischen Block.

Die Coronakrise selbst hat keine neuen Entwicklungen angestoßen oder ausgelöst; sie hat bestehende Zeittendenzen der globalistischen Epoche verstärkt und ungemein potenziert. Beispielhaft anzuführen ist die Bargeldabschaffung, an der seitens der Establishments bereits länger gearbeitet wird; Corona – nur der Aufhänger. Max Otte hebt

den Umstand hervor, daß die »[Banken-]Lobby Studien in Auftrag gegeben [habe], wie schmutzig das Bargeld sei und wie viele Bakterien sich darauf ansammeln«. Erste Institute verbieten demnach »ihren Kunden per AGB, Bargeld in den Safes der Bank zu lagern: Begründung: ›Auf dem Konto sei es doch viel sicherer« – und ist vor allem jederzeit einhundertprozentig nachverfolgbar.<sup>176</sup> Ferner bringt Corona »einen weiteren massiven Schub Richtung Internet und bargeldloses Zahlen. Unternehmen, die in diesen Bereichen aktiv sind, werden weiter profitieren«,<sup>177</sup> während standortgebundene Unternehmen und der einzelne Bürger Verlierer sein werden.

Doch die übergeordnete Entwicklung, die die Coronakrise in ihrer Wirkung beschleunigte, ist die neue Große Transformation der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. »Nicht der Kapitalismus ist an seine Grenzen gekommen, sondern nur ein Wirtschaftsstil, der Marktradikalismus der Jahrzehnte 1980 – 2020«,<sup>178</sup> weshalb die neue Gemengelage aus digitalem Kapitalismus, Big-Tech-Oligarchien und bürokratischen Elementen eines erneuerten Staatsmonopolistischen Kapitalismus (Stamokap) diesen Stil, den man auch als »neoliberal«<sup>179</sup> bezeichnet hat und den man auf den Kampfbegriff »Globalismus«<sup>180</sup> verkürzen darf, nicht nur sukzessive ablösen, sondern hinter sich lassen wird. Dabei entsteht eine neue »Hierarchie der Märkte« (Philipp Staab), bei der die entorteten Plattformkapitalisten die räumlich gebundenen Marktakteure zunehmend dominieren und marginalisieren dürften. Eine solche Ablösung einer alten Ordnung durch eine neue gebiert endogene Krisen<sup>181</sup> am laufenden Band. Mit Corona als medizinpolitischen Sonderfall kann gewissermaßen eine exogene Krise *on top* addiert werden. Das sollten Gegner des globalistischen Komplexes indes als Chance begreifen. Ein *Grand changement* 2.0 würde wohl nicht mehr, wie zu Voltaires Zeiten erwartet, die *Beau temps* anbrechen lassen, aber bietet Potential zur (Gegen-)Mobilisierung. Der »eine Zustand der Krise wird dauern«, und das heißt automatisch, »daß offen bleibt, welche Entscheidung fällt«, da der Verlauf von Krisen naturgemäß ergebnisoffen und entscheidungsabhängig bleiben muß.<sup>182</sup> Für eine Positiventwicklung aus der Krise heraus und über sie hinaus aber bedarf es eines Comebacks *alternativer* Politik im Wortsinne.



Das ist ein Alleinstellungsmerkmal für die politische Rechte, da es jede andere Form der Politik »schon lange aufgegeben hat, eine Gegenkraft wider die Großinteressen der Kartellkonzerne zu sein«, die sich qua Coronakrise das Gelände, das sie bereits besetzten, um so fester sicherten. Diese Feststellung Markus Vahlefelds bei der *Achse des Guten* mündet darin, daß der Autor die Dimension der Coronakrise, die alte Dichotomien weiterzersetzt, offenlegt. Es gehe, konkludiert der Deutsch-Brite, »schon lange [...] nicht mehr um links und rechts, sondern nur noch um Heiligtümer, die dem Ausverkauf entzogen oder eben die im Mahlstrom des wirtschaftlichen Geschehens aufgelöst werden sollen. Bindung, Bildung, Gesundheit, Alter, Geburt und Tod, am Ende auch Politik, die Nation und Heimat«. Dies konnte man bereits bei einer früheren Krise im Rahmen der Großen Transformation 2.0 – der Migrationskrise – erkennen, »als 2015/16 zwei Millionen Menschen nach Deutschland eindringen, um, wie es allenthalben hieß, ›die Rente sicher zu machen‹. Das ist Neoliberalismus, der mit den Chicago-Boys, die unter Pinochet das gesamte Sozialsystem Chiles in den Ruin trieben, weder das pomadige Aussehen noch die direkte Renditeerwartung gemein hat, jedoch demselben zynischen Kalkül entspringt: Gewachsenes kurz und klein zu hauen, um es bindungslos, käuflich und für Rendite verfügbar zu machen.«<sup>183</sup>

Zu ergänzen ist bei dieser konzisen Feststellung lediglich, daß man hier nicht länger »Neoliberalismus« im klassischen Sinne wahrnehmen kann, sondern sein explizites *Folgeprodukt*: einen digitalkapitalistisch überwölbten Stamokap, der von den Füßen auf den Kopf gestellt wird, bei dem also dem Staat nicht die Autonomie des Handelns obliegt, sondern in dem er usurpiertes Ausführungsorgan insbesondere digitaler Riesen ist. Dieser »privatisierte Merkantilismus der Digitalkonzerne«, <sup>184</sup> der größten Coronanutznieser mithin, erfordert, wie Philipp Staab einfordert, neue Allianzen, deren eventuelles Entstehen »der Kontingenz der Geschichte überlassen« ist.<sup>185</sup> Doch anders, als der Berliner Forscher es goutieren dürfte, müssen dies unterschiedliche Kräfte aus verschiedenen politischen Spektren unter einer Art Richtlinienkompetenz der alternativen Rechten sein, die einen neuen historischen Block bilden.

Dieser neue historische Block kann auch konstruktive »Querdenker«, vernunftorientierte Linke, kooperative Ökologen oder verschiedene Regionalisten umfassen, wenn sich auf ein gemeinsames Primärziel, die »Entglobalisierung als Ermächtigung des Lokalen und Nationalen«,<sup>186</sup> geeinigt werden kann. Hierzu gilt es fortan, Schnittmengen mit anderen politischen Spektren auszuloten und angesichts der durch Corona noch dringlicher gewordenen Notwendigkeit antiglobalistischer Theorie und Praxis neue Wege zu gehen. Dafür spricht eine weitere durch die Coronakrise bewirkte Entwicklung: Denn das Diktum Ernst Blochs, wonach der »Jahrmarkt der Zerstreuung« nicht nur »ablenkt«, sondern auch »betäubt«,<sup>187</sup> besaß nur solange seine Richtigkeit, wie sich der einzelne Gesellschaftsangehörige in die Sicherheit der eigenen vier Wände und des absoluten Rückzugs ins Private flüchten konnte. In der (weiterhin andauernden!) aktuellen Phase, in der das globalistisch orientierte Coronamaßnahmenregime in die unmittelbarsten Intimsphären (Impffragen et al.) eingreift, ist die privatistische Flucht in eine verkümmerte innere Emigration nicht mehr ohne weiteres möglich: Die Probleme werden frei Haus geliefert, und die Fragen der Zeit lasten somit fortan wie ein Alpdruck auf jedem einzelnen. Doch wo Flucht vor den Dingen *als solche* nicht mehr möglich scheint, bleibt nur die Flucht *nach vorn*: ins Politische, in Richtung eines »verantwortungsvollen Handelns« für Volk und Gemeinschaft, »denn unsere Zukunft hängt nur von uns selber ab«.<sup>188</sup> Die volatile Lage in der dauernden Coronakrise zeigt ja nicht zuletzt: Die Geschichte bleibt offen, allezeit.<sup>189</sup>



## Anmerkungen

- 1 Clemens Fuest: »Wie wir unsere Wirtschaft retten«, in: ifo.de (ohne Datum / Juli 2020).
- 2 Marcel Fratzscher: »Ganz schwere wirtschaftliche Depression«, in: zdf.de v. 8. 4. 2020.
- 3 Guy Ryder im Gespräch mit der IP, in: *Internationale Politik. Das Magazin für globales Denken* 2 / 2021 (März / April), S. 38 – 41, hier: 38.
- 4 Zit. n. Lothar Gries: »Wer mit Impfstoffen Geld verdient«, in: tagesschau.de v. 2. 2. 2021.
- 5 Michel Onfray: *Theorie der Diktatur*, Dresden 2021, S. 181.
- 6 Ivan Krastev: *Ist heute schon morgen? Wie die Pandemie Europa verändert*, 2. Aufl., Berlin 2020, S. 11.
- 7 Vgl. Roland Wiesendanger: *Studie zum Ursprung der Coronavirus-Pandemie*, Universität Hamburg 2021.
- 8 Vgl. Plenarprotokoll Deutscher Bundestag 17 / 247 (14. Juni 2013).
- 9 Wenig später verpaßte Bahrs FDP bei der Wahl zum 18. Bundestag übrigens den Sprung über die Fünfprozenthürde – und er wechselte ins oberste Management einer privaten Krankenversicherung.
- 10 Cordt Schnibben / David Schraven (Hrsg.): *Corona. Geschichte eines angekündigten Sterbens*, München 2020, S. 182.
- 11 Ebd., S. 176.
- 12 Guy Chazan: »Oversupply of hospital beds helps Germany to fight virus«, in: ft.com v. 13. 4. 2020.
- 13 Bertelsmann-Stiftung: »Eine bessere Versorgung ist nur mit halb so vielen Kliniken möglich«, bertelsmann-stiftung.de v. 15. 7. 2019.
- 14 Verena Kreiling / Winfried Wolf / Christian Zeller (Hrsg.): *Corona, Krise, Kapital*, Köln 2020, S. 70.
- 15 »Im Basisszenario werden, ausgehend von insgesamt rund 344 000 Fachkräften (2015), bereits 2025 knapp 420 000 Personen benötigt – also gut 76 000 Personen mehr. Bis 2035 steigt dieser Bedarf weiter auf knapp 494 000. Er liegt dann um fast 150 000 Personen höher als heute. In dem Szenario, in dem sich der Gesundheitszustand positiv mit der Lebenserwartung entwickelt, werden bis 2035 immer noch 130 000 zusätzliche Fachkräfte benötigt.« Institut der deutschen Wirtschaft (IW): »Pflegerotstand – so viele Fachkräfte fehlen wirklich« (PDF), in: iwkoeln.de v. 10. 9. 2018, S. 7 f.
- 16 »Ein Lockdown (engl. *lockdown*: »Ausgangssperre«) ist im ursprünglichen Sinne des Wortes eine Ausgangssperre oder auch eine Absperrung bzw. Versiegelung von Gebäuden und Bereichen. Bei einem Amoklauf oder einem Terroranschlag sollen Täter eingekreist und ausgebremsst oder mögliche Opfer geschützt werden. Man beschränkt also gewisse Freiheiten, untersagt bestimmte Handlungen und trifft spezielle Maßnahmen, die extrem sein oder wirken können. Dabei handelt es sich i. d. R. um einen Zeitraum von Stunden oder Tagen. Unterstützen können Absperrvorrichtungen, Barrieren und Barrikaden sowie Polizei- bzw. Antiterrorkräfte.« Oliver Bendel: »Lockdown«, in: wirtschaftslexikon.gabler.de (ohne Datum).

- 17 Der Trend zum *Homeoffice*, der gelegentlich als ein neues, modernes Familienhappening Verklärung findet, bietet neben seinen Vorzügen – zeitliche und finanzielle Ersparnis aufgrund fehlender Pendelwegen sind die beiden populärsten – auch Schattenseiten, wie Christian Fuchs, Professor für Medien- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Westminster, zusammenfaßt: »Die Konvergenz von Arbeit, Freizeit und Leben im Zuhause führt zu Überforderungen – insbesondere dann, wenn Job, Kindererziehung und Pflegeaufgaben zur selben Zeit von einem Ort aus ausgeführt werden müssen.« Tobias Kämpf / Sebastian Sevnani: Interview mit Christian Fuchs, in: *Das Argument* 335 (Heft 2 – 3 / 2020), S. 254 – 264, hier 255.
- 18 Schnibben / Schraven (Hrsg.): *Corona*, S. 10.
- 19 Zur Frage nach der Souveränität wäre speziell im deutschen Fall einiges zu sagen. Für vorliegende Zwecke reicht jedoch aus, festzustellen, daß alleine schon die EU-Strukturen samt währungspolitischer Allianz im Euroraum nationalstaatlicher Souveränität abträglich sind: »Zur Souveränität einer Nation gehört, daß ihr Parlament einen Haushalt ohne Weisungen fremder Mächte beschließen und – ohne willkürlich auferlegte Budgetgrenzen – ausführen kann. Dies ist nur dann der Fall, wenn die Regierung über eine eigene Währung verfügt oder Teil eines Währungsraumes ist, in dem sie im Zweifelsfall per Anweisung an die Zentralbank Zugang zu Reserven hat. Demnach sind die Mitgliedsstaaten der Eurozone nach dieser Definition zumindest de jure nicht souverän.« Dirk Ehnts: *Geld und Kredit: eine €-päische Perspektive*, 4. Aufl., Marburg 2020, S. 109.
- 20 Krastev: *Ist heute schon morgen?*, S. 29.
- 21 D. F. Bertz: »Risikokapitalismus im Weltausnahmestand«, in: ders. (Hrsg.): *Die Welt nach Corona*, Berlin 2021, S. 11 – 82, hier 19 f.
- 22 Dazu in aller Deutlichkeit Max Otte: »Die Marktreligiösen – Leute wie Friedrich August von Hayek, Karl Popper und Milton Friedman – waren davon überzeugt, daß der Markt von sich aus Fairneß und Gerechtigkeit schafft. Das tut er aber nicht. Der Markt fördert ein System, das dem Schnellen und Starken nützt. Wer das bejaht und zuläßt, wird Zustände bekommen, wie wir sie heute in den Vereinigten Staaten von Amerika und zunehmend auch in Deutschland haben. Wer will das schon? Leider wird die angelsächsische Doktrin, daß die Politik dem Markt folgen soll, immer seltener in Zweifel gezogen.« Max Otte: *Die Krise hält sich nicht an Regeln. 99 Antworten auf die wichtigsten Fragen nach dem Corona-Crash*, 3. Aufl., München 2021, S. 171.
- 23 Wolfgang Streeck: *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, 3. Aufl., Berlin 2008, S. 17.
- 24 »Post-truth höhlt den Rechtsstaat aus und beschwört ein Mythenregime herauf.« Timothy Snyder: »Nach dem Putsch ist vor dem Putsch«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2 / 2021, S. 59 – 69, hier 61.
- 25 Krastev: *Ist heute schon morgen?*, S. 16.
- 26 Bertz: »Risikokapitalismus im Weltausnahmestand«, S. 35.
- 27 Nach dem renommierten Credit Suisse Research Institute markiert ein Einkommen von 50 Millionen US-Dollar die Grenze von »reich« zu »superreich«. Zur umstrittenen Begriffsdefinition einführend: Ernst-Ulrich Huster: »Reiche und Superreiche in Deutschland – Begriffe und soziale Bewertung«, in: Thomas Druyen u. a. (Hrsg.): *Reichtum und Vermögen. Zur gesellschaftlichen Bedeutung der Reichtums- und Vermögensforschung*, Wiesbaden 2009, S. 45 – 53.
- 28 Vgl. Anna Schneider: »Pandemie verstärkt die Ungleichheit«, in: *Neue Zürcher Zeitung* v. 12. 3. 2021, Internationale Ausgabe (wird fortan nur als NZZ zitiert).
- 29 Vgl. Fabian Urech: »Corona, der große Ungleichmacher«, in: NZZ v. 23. 1. 2021.

- 30 Bernd Stegemann: *Die Öffentlichkeit und ihre Feinde*, Stuttgart 2021, S. 11.
- 31 Auch in bezug auf »Kapitalinteressen« verbietet sich eine vulgärlinke Verkürzung nach dem Schema »Das Kapital profitiert, der Rest verliert«, wie sie seit Beginn der Coronakrise immer wieder in diversen Medien und Milieus durchschlägt. Die Ambivalenzen in diesem Bereich sind zu offensichtlich. Dazu auch Alex Demirović: »Für den Profit kann es sinnvoll sein, die Betriebe zu schließen: Der Markt wird bereinigt, angesichts geringer Nachfrage lassen sich Kosten vermeiden, staatliche Unterstützung kassieren und die Lohnabhängigen, mit Kurzarbeitsgeld an die Unternehmen gebunden, gleichzeitig gesundheitlich schützen, um sie dann, wenn die Wirtschaft wieder anzieht, sofort in die Produktion zurückzuholen. Es ist eine widersprüchliche Bewegung: Wann sind die Verluste größer oder niedriger, wann die unmittelbaren Kosten höher? Mit welchen langfristigen Wettbewerbsvorteilen oder Kosten ist zu rechnen? Kapitalinteressen sind unterschiedlich und durchaus konfliktreich. Der Staat tritt nicht für das Kapitalinteresse im allgemeinen ein, denn das gibt es nicht.« Alex Demirović: »Warum die Forderung nach einem harten Shutdown falsch ist«, in: [akweb.de](http://akweb.de) v. 18. 1. 2021.
- 32 Vgl. Dan Schiller: *Digital Capitalism. Networking the Global Market System*, Cambridge 2000.
- 33 Onfray: *Theorie der Diktatur*, S. 182.
- 34 W. F. Haug: »Online-Kapitalismus«, in: *Das Argument* 335 (Heft 2 – 3 / 2020), S. 19 – 56, hier 51.
- 35 Vgl. Alexander Ziegler: »Die neuen Maschinensysteme des Hightech-Kapitalismus«, in: *Das Argument* 335 (Heft 2 – 3 / 2020), S. 57 – 81, hier 58.
- 36 Haug: »Online-Kapitalismus«, S. 26.
- 37 Ebd., S. 51.
- 38 Vgl. Philipp Staab: *Digitaler Kapitalismus. Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit*, 2. Aufl., Berlin 2020, S. 16 f.
- 39 Vgl. etwa die entsprechende Leitlinie bei Geert Lovink: *Im Bann der Plattformen. Die nächste Runde der Netzkritik*, Bielefeld 2017.
- 40 Staab: *Digitaler Kapitalismus*, S. 20.
- 41 Ebd., S. 28.
- 42 Vgl. ebd., S. 30.
- 43 Vgl. anstelle vieler: Heike Buchter: »Die Gewinne sprudeln«, in: [zeit.de](http://zeit.de) v. 30. 11. 2020.
- 44 Marie-Astrid Langer: »Die vielen Gesichter von Amazon«, in: *NZZ* v. 13. 6. 2020.
- 45 Ebd.
- 46 Carolin Nieder-Entgelmeier: »Ärger um Schulplattform Logineo«, in: [nw.de](http://nw.de) v. 6. 4. 2021.
- 47 Langer: »Die vielen Gesichter von Amazon«.
- 48 Haug: »Online-Kapitalismus«, S. 46.
- 49 »So spinnt Amazon sein Verteilnetz über Deutschland«, in: [wiwo.de](http://wiwo.de) v. 18. 11. 2020.
- 50 Vgl. hierzu instruktive Umfrageauswertungen bei Ines Bahr: »Onlineshopping: Wie sich das Einkaufsverhalten durch die Corona-Pandemie verändert hat«, in: [e-commerce-magazin.de](http://e-commerce-magazin.de) v. 7. 10. 2020. Zu befürchten ist vor allem die Nachhaltigkeit der Veränderungen im Konsumverhalten der Deutschen: Drei Prozent wollen häufiger in Online-Shops einkaufen als vorher; 16 Prozent werden Produkte online einkaufen, die sie zuvor in lokalen Geschäften gekauft haben; sieben Prozent wollen es aufgrund des Infektionsrisikos weiterhin vermeiden, in physische Geschäfte zu gehen; 21 Prozent wollen Lebensmittel nunmehr online bestellen. Was das für den stationären Handel – und damit für die weitere Verödung insbesondere von Innenstädten – bedeutet, ist evident.
- 51 Ebd.

- 52 Vgl. Thorsten Fuchs: »Amazon in der Corona-Krise: Das Lächeln wird zum Grinsen«, in: rnd.de v. 1. 3. 2021.
- 53 Vgl. »Jeff Bezos ist nun 200 Milliarden Dollar reich«, in: faz.net v. 27. 8. 2020.
- 54 Vgl. Nick Srnicek: *Plattform-Kapitalismus*, Hamburg 2018, S. 10 f., 41.
- 55 Ebd., S. 95.
- 56 Die Big-Tech-Konzerne erzielten seit März 2020 neue »Milliardengewinne und übertrafen die Markterwartungen«, Marco Saal: »GAFA-Konzerne trotzen der Corona-Krise mit Milliardengewinnen«, in: horizont.net v. 31. 7. 2020.
- 57 Torsten Riecke: »Big Tech ist längst zu einem Staat im Staate geworden«, in: handelsblatt.de v. 10. 2. 2021.
- 58 Philipp Staab (*Digitaler Kapitalismus*, S. 267) erklärt dies so: »Grund dafür waren Steuergutschriften, von der Trump-Administration beschlossene Steuerkürzungen sowie legale Schlupflöcher im Steuersystem. Auch Google und Facebook entrichteten Umsatzsteuern weit unterhalb des offiziellen Satzes.« Das deutsche *Handelsblatt* kann auch daher mit Recht formulieren: »Großunternehmen operieren oft in einer Vielzahl von Steuerterritorien und können sich rechtlich zulässiger Mittel bedienen, um ihre Steuern zu minimieren.« Beata Javorcik: »Staatskonzerne und Big Tech könnten die großen Gewinner der Coronakrise werden«, in: handelsblatt.de v. 17. 2. 2021.
- 59 Jonas Rest: »Der Großangriff der Techgiganten«, in: *manager magazin* 7 / 2020.
- 60 »Corona-Aktuell: Milliarden-Gewinne für Tech-Konzerne«, in: dw.com v. 30. 10. 2020.
- 61 Srnicek: *Plattform-Kapitalismus*, S. 47.
- 62 Ebd., S. 50.
- 63 Ebd., S. 35.
- 64 »Videokonferenz-Dienst«, in: faz.net v. 1. 12. 2020.
- 65 »Streaming – Gewinner der Krise«, in: berliner-zeitung.de v. 20. 1. 2021.
- 66 Vgl. »Streaming-Boom dank Corona«, in: br.de v. 27. 10. 2020.
- 67 »Streaming-Boom – Rekordzuwachs für Netflix«, in: tagesschau.de v. 20. 1. 2021.
- 68 Vgl. Netflix-Managerin Kelly Luegenbiehl im Interview, in: handelsblatt.de v. 17. 10. 2020.
- 69 Otte: *Die Krise hält sich nicht an Regeln*, S. 47.
- 70 »Der Wettlauf um den Corona-Impfstoff«, in: *GegenStandpunkt. Politische Vierteljahresschrift* 4 / 2020, S. 83 – 86, hier 83.
- 71 Ebd.
- 72 Ebd., S. 84.
- 73 Andreas Jalsovec: »Impfstoff-Aktien – Moderna, Novavax und Curevac heben ab«, in: biallo.de v. 13. 4. 2021.
- 74 Christian Baars / Oda Lambrecht: »Rolle der Pharmakonzerne. Wer hat den Corona-Impfstoff erfunden?«, in: tagesschau.de v. 23. 1. 2021.
- 75 Zit. n. ebd.
- 76 Zit. n. ebd.
- 77 Vgl. Lothar Gries: »Wer mit Impfstoffen Geld verdient«, in: tagesschau.de v. 2. 2. 2021.
- 78 »Corona. Pfizer-Chef hält jährliche Impfungen für wahrscheinlich«, in: spiegel.de v. 16. 4. 2021.
- 79 Krelinger / Wolf / Zeller (Hrsg.): *Corona, Krise, Kapital*, S. 53.
- 80 Michael Rasch: »China ist der Wachstumsmotor für Volkswagen, Daimler und BMW«, in: NZZ v. 20. 5. 2021. Generell war für die großen Konzerne in Deutschland das erste Krisenjahr kein so schlechtes: »Für alle 30 Dax-Konzerne gilt letztlich: das Geschäftsjahr 2020 war ein verhältnismäßig

gutes Jahr. Zwar verzeichneten die Unternehmen bis zu 50 Prozent Gewinnrückgang gegenüber 2019. Allerdings: Gewinn nach Steuern, Zinsen und Einmalaufwendungen. Brutto waren es laut *Handelsblatt* nur 3,9 Prozent weniger. Viele Unternehmen nutzten die Krise für milliarden schwere Abschreibungen.« Lene Kempe: »Wer profitiert vom ›Corona-Boom‹?«, in: *analyse & kritik* v. 18. 5. 2021 (Nr. 671), S. 7.

81 Vgl. Ehnts: *Geld und Kredit*, S. 235 f.

82 Vgl. ebd., S. 13.

83 Otte: *Die Krise hält sich nicht an Regeln*, S. 36. Otte an späterer Stelle zum Niedergang bestimmter Klassen / Schichten: »Der absolute und relative Abstieg der Mittelschicht in den westlichen Industrienationen ist Fakt. Zum einen wird sie kleiner, zum anderen ärmer. Während in den vergangenen drei Jahrzehnten die Gehälter der Topmanager explodierten, stiegen die Realeinkommen der Arbeitnehmer in Deutschland nur sehr moderat [...]. Mittlerweile befindet sich fast jeder vierte in einem prekären Arbeitsverhältnis, das sind in der Bundesrepublik fast acht Millionen Menschen.« Ebd., S. 152. Ottes Thesen finden entsprechende Begleittöne in der Empirie: Das Gefühl von Ungerechtigkeit und die Angst vor sozialem Abstieg haben seit den 1990er Jahren »kontinuierlich zugenommen«, wie zwei Forscher schreiben: 47 Prozent der Menschen sorgen sich mittlerweile um Armut und soziale Ungleichheit, mit Abstand das meistgenannte Thema in einer der letzten Mittelschichtsanalysen, die allerdings bereits einige Jahre alt ist – durch Corona dürfte die Lage noch einmal um einiges verschärft worden sein. Vgl. insb. Gernot Böhme / Rebecca Böhme: *Über das Unbehagen im Wohlstand*, Berlin 2021, S. 174 – 177.

84 Ebd., S. 48.

85 Der Ökonom Alexander Kritikos betont diese Sondersituation primär »immateriell« wirkender Soloselbständiger: »Ihr Einkommen ist zum Teil erschreckend niedrig – selbst wenn sie als Freiberufler an hochsubventionierten Theatern, Opernhäusern oder Museen arbeiten. Das ist beschämend für ein Land, das zu Recht stolz auf seine kulturellen Errungenschaften ist.« Peter Laudenbach im Gespräch mit Alexander Kritikos: »Zwei Millionen Sonderfälle«, in: *brand eins* 3 / 2021.

86 Kreiling / Wolf / Zeller (Hrsg.): *Corona, Krise, Kapital*, S. 155.

87 Cecilia Reible: »Soloselbständige: Kritik an neuen Corona-Hilfen für Kulturschaffende«, in: *mdr.de* v. 23. 11. 2020.

88 Ralf Geißler: »Zahl der Selbständigen in Hartz IV drastisch gestiegen«, in: *mdr.de* v. 13. 1. 2021.

89 Peter Laudenbach im Gespräch mit Alexander Kritikos.

90 Henning Klodt: »Mittelstand«, in: *wirtschaftslexikon.gabler.de* v. 19. 2. 2018.

91 Vgl. Thilo Bode: *Die Diktatur der Konzerne. Wie globale Unternehmen uns schaden und die Demokratie zerstören*, Frankfurt a. M. 2018, S. 9.

92 Srnicek: *Plattform-Kapitalismus*, S. 93.

93 Vgl. Handelsverband Deutschland: *Konsummonitor Corona*, Köln 2020, S. 5.

94 Henryk Hielscher: »Lockdown-Boom«, in: *wiwo.de* v. 29. 1. 2021.

95 Solveig Gode: »Verlängerter Lockdown«, in: *businessinsider.de* v. 12. 2. 2021.

96 »Sehr allgemein lässt sich Resilienz definieren als die Fähigkeit eines Systems, Störungen aufzufangen und sich dann neu zu organisieren [...]. Resilienz bedeutet auch, mit alltäglichen, aber kontinuierlichen Stressoren umgehen zu können.« Böhme / Böhme: *Über das Unbehagen im Wohlstand*, S. 160.

97 Nils Wischmeyer: »Der Hantelspartner«, in: *Cicero. Magazin für politische Kultur* 3 / 2021, S. 89.

98 »#supportthestores – von Geschäften verkauft und versendet«, in: *zalando.de* (Rubrik: FAQ).



- 99 »Connected Retail«, in: *neuhandeln.de* v. 15. 2. 2021.
- 100 René Höltzsch: »Zalando profitiert doppelt von der Pandemie«, in: *NZZ* v. 18. 3. 2021.
- 101 Rainer Schlegel: »Der Sozialstaat hat den Streßtest gut überstanden«, in: *FAZ* v. 17. 11. 2020.
- 102 »Corona-Bilanz: Gastgewerbe und Handel vermissen Perspektive«, in: *zeit.de* v. 15. 3. 2021.
- 103 »Jeder vierte Gastronomie-Betrieb vor Schließung«, in: *faz.net* v. 10. 4. 2021.
- 104 Felicitas Wilke: »Café auf, Kellner weg«, in: *sueddeutsche.de* v. 30. 5. 2021.
- 105 Die Kommodifizierung von Natur und Lebewesen, also das »Zur-Ware-Werden« von Ökosystem und Tierwelt, hat auch in China seine direkten Folgen entblößt: Die Erträge auf den Wildtiermärkten – von einem dieser expandierenden Märkte aus soll der Siegeszug des neuartigen Coronavirus erfolgt sein – werden mittlerweile ebenso von global agierenden Konzernen und Banken verwertet wie »reguläre« Konsumgüter. Allein Goldman Sachs investierte 300 Millionen US-Dollar in Farmen rund um die chinesische Provinz Wuhan, die Deutsche Bank annähernd dieselbe Summe in die Tierzucht. Vgl. Rob Wallace: *Was COVID-19 mit der ökologischen Krise, dem Raubbau an der Natur und dem Agrobusiness zu tun hat*, 2. Aufl., Köln 2021, S. 38.
- 106 Wallace: *COVID-19*, S. 39.
- 107 Rainer Hank: »Volk oder Firma?«, in: *faz.net* v. 23. 3. 2021.
- 108 Selbstbereicherung als christlich-soziale Tradition: »Andrea Tandlers Vater übrigens, der ehemalige bayerische Innen- und Finanzminister und CSU-Generalsekretär Gerold Tandler, gab im Jahr 1991 sein Landtagsmandat nach mehr als zwanzig Jahren ab. Ein Jahr zuvor trat er bereits als Finanzminister zurück. Grund dafür war die sogenannte Zwick-Affäre im Jahr 1990. Der Unternehmer Eduard Zwick nutze seinen Einfluß, um das bayerische Finanzministerium seine Steuerschuld von 71 Millionen D-Mark auf 8,3 Millionen verringern zu lassen. Besonders gute Verbindungen hatte Zwick zu zwei Politikern der CSU: Franz Josef Strauß und Gerold Tandler.« Mirko Schmid: »CSU-Maskenaffäre: Ist auch Jens Spahn betroffen?«, in: *fr.de* v. 12. 5. 2021.
- 109 Ebd.
- 110 Cornelius Pollmer: »Dealer statt Diener«, in: *sueddeutsche.de* v. 8. 3. 2021.
- 111 »Maskenaffäre: Ermittlungen gegen Hauptmann – eine Million Euro eingefroren«, in: *mdr.de* v. 25. 3. 2021.
- 112 Vgl. Markus Grill / Lena Kampf: »40 Abgeordnete vermittelten bei Maskenbeschaffung«, in: *tagesschau.de* v. 17. 6. 2021.
- 113 Albrecht von Lucke im Gespräch mit Stefan Heinlein, in: *deutschlandfunk.de* v. 8. 3. 2021.
- 114 Simon Haas / Jonas Hermann / Charlotte Eckstein: »Wuchernder Staat«, in: *nzz.de* v. 10. 4. 2021.
- 115 »Staat bläht sich auf: 4782 neue Stellen für Bundesministerien und Behörden«, in: *pfalz-express.de* v. 17. 10. 2020.
- 116 Maurice Höfgen: *Mythos Geldknappheit. Modern Monetary Theory oder Warum es am Geld nicht scheitern muß*, Stuttgart 2020, S. 73.
- 117 Vgl. einführend dazu: Benedikt Kaiser: »Der Staat auf dem Prüfstand. Ein Plädoyer, neun Thesen«, in: *Sezession* 103 (August 2021), S. 20 – 25. Eine in einigen Aspekten abweichende, gleichwohl bedenkenwerte Position vertritt u. a. Erik Lehnert, vgl. den Beitrag »Doppelstaat«, in: *Sezession* 101 (April 2021), S. 38 – 41.
- 118 Peter Sloterdijk: *Der Staat streift seine Samthandschuhe ab. Ausgewählte Gespräche und Beiträge 2020 – 2021*, Berlin 2021, S. 63.
- 119 Böhme / Böhme: *Über das Unbehagen im Wohlstand*, S. 132.
- 120 Marc Felix Serrao: »Deutschland erstickt an Bürokratie«, in: *NZZ* v. 6. 3. 2021.

- 121 »Sind die aktuell geltenden Corona-Maßnahmen Ihrer Meinung nach übertrieben, gerade richtig  
oder zu schwach?«, in: de.statista.com v. 16. 7. 2021.
- 122 Oliver Nachtwey / Robert Schäfer / Nadine Frei: »Politische Soziologie der Corona-Proteste. Grund-  
auswertung«, Universität Basel (17. 12. 2020), online: <https://doi.org/10.31235/osf.io/zyp3f>
- 123 Oliver Nachtwey im Gespräch mit Barbara Weber: »Kommt zum Teil von links, geht aber eher nach  
rechts«, in: deutschlandfunk.de v. 21. 1. 2021.
- 124 Ebd.
- 125 »Kabinett beschließt Maßnahmenpaket«, in: tagesschau.de v. 2. 12. 2020.
- 126 Vgl. Louis Althusser: *Ideologie und ideologische Staatsapparate*. 1. Halbband: Michel Verrets Artikel  
über den »studentischen Mai«; *Ideologie und ideologische Staatsapparate*; Notiz über die ISAs,  
3. unveränderte Aufl., Hamburg 2019, S. 54 f.
- 127 Ebd., S. 56.
- 128 Ebd., S. 57.
- 129 Ebd., S. 101.
- 130 Martin Stobbe: »Woke Supremacy«, in: *Bahamas* 86 (Winter 2020 / 21), S. 36 – 41, hier 39.
- 131 Zit. n. ebd.
- 132 Srnicek: *Plattform-Kapitalismus*, S. 39.
- 133 Zit. n. Klaus-Rüdiger Mai: »Ein großes Mißverständnis«, in: *Tichys Einblick. Standpunkte zu Politik,  
Wirtschaft & Kultur* 2 / 2021, S. 40 – 43, hier 43.
- 134 Niall Ferguson: *Türme und Plätze. Netzwerke, Hierarchien und der Kampf um globale Macht*,  
Berlin 2018, S. 71.
- 135 Für die Otte-Ausführungen in diesem Absatz: »Die Mittelschicht verarmt«, Roland Tichy im  
Gespräch mit Max Otte, in: *Tichys Einblick* 2 / 2021, S. 50 – 54.
- 136 Erik Ahrens / Bruno Wolters: *Postliberal. Ein Entwurf*, Schnellroda 2021, S. 88.
- 137 Ebd., S. 89.
- 138 Björn Harms: »Aus der Schußlinie genommen«, in: *Junge Freiheit* 4 / 21 v. 22. 1. 2021, S. 14.
- 139 Bernd Stegemann: *Die Öffentlichkeit und ihre Feinde*, Stuttgart 2021, S. 122.
- 140 Rainer Mausfeld: *Angst und Macht. Herrschaftstechniken der Angsterzeugung in kapitalistischen  
Demokratien*, Frankfurt a. M. 2019, S. 23.
- 141 Paul Schreyer: *Chronik einer angekündigten Krise. Wie ein Virus die Welt verändern konnte*, 6. Aufl.,  
Frankfurt a. M. 2020, S. 136.
- 142 Jens Kersten / Stephan Rixen: *Der Verfassungsstaat in der Corona-Krise*, München 2020, S. 47.
- 143 Angela Merkel: »Wir müssen ausdauernd und geduldig sein« (Regierungserklärung), in:  
*Das Parlament* 7 – 8 / 2021 v. 15. 2. 2021 (Beilage: Debattendokumentation), S. 1 f., hier 1.
- 144 Staab: *Digitaler Kapitalismus*, S. 292.
- 145 Julia Friedrichs: *Working Class. Warum wir Arbeit brauchen, von der wir leben können*,  
Berlin / München 2021, S. 230 f.
- 146 Mariana Mazzucato: *Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum*,  
München 2014, S. 48.
- 147 Joachim Rohloff: »Es gibt sie noch«, in: *konkret. Politik & Kultur* 6 / 2021, S. 65.
- 148 Sie ist eine Grundbedingung für die »starke Legitimität des Staates, solange die Bürger davon über-  
zeugt sind, daß er zum Wohle aller handelt«. Verlieren die Bürger diesen Eindruck und vermuten,  
daß der von ihm anteilmäßig finanzierte Staat Mängel bei der Versorgungssicherheit offenlegt,  
schwindet das Vertrauen in die Institutionen. Dazu Sandrine Kott: »Der Staat ist zurück – aber  
welcher Staat?«, in: *NZZ* v. 26. 9. 2020.

- 149 IP-Forsa-Frage, in: *Internationale Politik. Das Magazin für globales Denken* 2/2021 (März/ April), S. 5.
- 150 Ehnts: *Geld und Kredit*, S. 17.
- 151 Mariana Mazzucato: *Wie kommt der Wert in die Welt? Von Schöpfern und Abschöpfern*, Frankfurt a. M. 2019, S. 45.
- 152 Stefan Kofner: *Gemeinsinn und Pflicht. Der Kommunitarismus als Fundament für eine neue Wirtschaftsordnung*, Lüdinghausen/ Neuruppin 2021, S. 69.
- 153 Hannah Arendt: *Vita activa oder Vom tätigen Leben* (1958), 5. Aufl., München 2007, S. 257.
- 154 Auch die chinesische Politik – vor und während Corona – versucht sich an diesem Anspruch, wobei die Propagandaformel »Ist der Staat reich, sind die Unternehmen stabil, ist das Volk harmonisch« recht treffend die aktuell vorherrschende wohlstandspolitische Akzentuierung unterstreicht. Frank Sieren: *Shenzhen. Zukunft Made in China*, München 2021, S. 334.
- 155 Kofner: *Gemeinsinn und Pflicht*, S. 14 f.
- 156 Zur Frage nach der angemessenen Präsenz des Marktes in einem Gemeinwesen vgl. auch folgende heruntergebrochene Gleichung: »Die marktwirtschaftliche Organisation erfüllt bestimmte Funktionen in bestimmten Bereichen in ausgezeichneter Weise. Das sollte anerkannt, geschützt und dort, wo der Markt wünschenswerte Ergebnisse liefert, beibehalten werden. Während die marktwirtschaftliche Organisation für Restaurantdienstleistungen zum Beispiel optimal funktioniert und den Konsumenten eine Vielfalt an Wahlmöglichkeiten und Qualitätsunterschieden offeriert, würde eine marktwirtschaftliche Organisation bei der Feuerwehr oder bei der Polizei eine schlichte Katastrophe sein.« Höfgen: *Mythos Geldknappheit*, S. 185.
- 157 Ehnts: *Geld und Kredit*, S. 27.
- 158 Mariana Mazzucato: *Mission. Auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaft*, Frankfurt a. M. 2021, S. 251.
- 159 Kofner: *Gemeinsinn und Pflicht*, S. 99 f.
- 160 Ebd., S. 50.
- 161 Ehnts: *Geld und Kredit*, S. 191 f.
- 162 Mazzucato: *Wie kommt der Wert in die Welt?*, S. 345.
- 163 Kofner: *Gemeinsinn und Pflicht*, S. 87.
- 164 Ebd., S. 58 f.
- 165 Anna Schneider: »Pandemie verstärkt Ungleichheit«, in: *NZZ* v. 12. 3. 2021
- 166 Die Autorin beschreibt ihren »missionsorientierten Ansatz« so: »Das bedeutet, der Wirtschaft Ziele zu setzen und dann die Probleme, die zu lösen sind, um diese Ziele zu erreichen, in den Mittelpunkt des Neuentwurfs unseres Wirtschaftssystems zu stellen. [...] Eine Veränderung des Kapitalismus impliziert eine Veränderung sowohl der Art, wie wir den Staat strukturieren, als auch der Art, wie wir Unternehmen führen und wie öffentliche und private Organisationen interagieren.« Mazzucato: *Mission*, S. 26 f. u. 28. – Jahre vorher formulierte sie bereits in diesem Sinne die Aufgabe eines erneuerten Staates: »Bei Innovationen verstärkt der Staat nicht nur einfach private Investitionen, sondern ›dynamisiert‹ sie dabei – er schafft die Vision, die Mission [!] und den Plan.« Mazzucato: *Das Kapital des Staates*, S. 20.
- 167 Ebd., S. 16.
- 168 Kofner: *Gemeinsinn und Pflicht*, S. 57.
- 169 Das gängige Argument, ein aktivierender / arbeitender Staat würde Unmengen Geld verschlingen, ist für sich genommen ins Leere stoßend. Denn einmal mehr gilt im staats- und haushaltspolitischen Sinne, daß »ein Anstieg der Staatsausgaben unter Umständen zur Förderung von Ineffizienzen, zur Verdrängung sinnvoller privatwirtschaftlicher Produktion, zu unerwünscht hoher Inflation

oder zu langfristig problematischen Leistungsbilanzdefiziten führen [kann]. Dies ist jedoch keine finanzielle Frage, sondern eine Frage der jeweils ins Auge gefaßten Maßnahmen. Ebenso gut kann eine Erhöhung der Staatsausgaben zur Förderung von mehr Effizienz führen, zu Verdrängung von ineffizienter oder schädlicher privatwirtschaftlicher Produktion, zu erwünscht höherer Inflation und zu mittelfristig stabilisierenden niedrigeren Leistungsbilanzüberschüssen oder gar -defiziten.« Ehnts: *Geld und Kredit*, S. 256.

- 170 Mazzucato: *Mission*, S. 44.
- 171 Armin Schäfer / Michael Zürn: *Die demokratische Regression*, Berlin 2021, S. 158.
- 172 Renationalisierung als »Zwischenschritt« deshalb, da nach einem erfolgreichen und langwierigen Prozeß des *Take back control* (als Kontrolltransfer auf nationalstaatlicher Ebene) zweifellos neue europäische Strukturen und Institutionen des internationalen Austauschs, Handels und der Kooperation geschaffen werden müssen. Diese sollten aber nach wesensgemäß anderen Axiomen als jenen der EU-immanenten globalistischen Prinzipien ausgerichtet werden – vor allem müssen sie zwingend die Bewahrung europäischer Gemeinschaftsbildungen entlang der Trias Region – Nation – Europa zum Ziel haben. Diese organische »dreifache Zugehörigkeit« (*triple appartenance*) eines Europäers im Sinne Pierre Drieu la Rochelles ist der EU indes gänzlich fremd. Als stolzes »Kind der Globalisierung« (Ivan Krastev) ist sie naturgemäß ihren ur-globalistischen Markern verpflichtet (Warenverkehrs-, Kapitalverkehrs-, Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit sowie Arbeitnehmerfreizügigkeit), nicht volklichen, identitäts- bzw. gemeinschaftsorientierten Standpunkten, nicht einem Leben aus jenen zu schützenden Beständen, die immer gelten.
- 173 Zur nationalstaatlichen Potenz in bezug auf den digitalen Moloch: »Hingegen hat der Staat die Macht, die Plattformen zu kontrollieren. Kartellverfahren können Monopole aufbrechen, lokale Regulierungen können ausbeuterische schlanke Plattformen bremsen oder sogar ausschalten, staatliche Behörden können neue Vorschriften zum Datenschutz machen, und koordiniertes Vorgehen gegen Steuervermeidung kann Kapital in die öffentlichen Hände zurückführen.« Srnicek: *Plattform-Kapitalismus*, S. 126.
- 174 Zitate in diesem Abschnitt allesamt bei Wolfgang Streeck: *Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus*, Berlin 2021, S. 465 f. u. 475. Zum verwendeten »Autarkie«-Begriff im modernen Sombart-Streeck-Sinne vgl. zusätzlich die Seiten 428 – 430.
- 175 David Miller: *Fremde in unserer Mitte. Politische Philosophie der Einwanderung*, Berlin 2017, S. 38.
- 176 Otte: *Die Krise hält sich nicht an Regeln*, S. 79. Das Problem ist evident: »Bargeld ist die einzige Möglichkeit für Privatpersonen, Notenbankgeld zu erhalten. Kontoguthaben sind nämlich eigentlich kein Geld, sondern Kredite, die wir den Banken geben. Letztlich ist Bargeld für mich ein Ausdruck bürgerlicher Freiheit. Es ist die einzige Möglichkeit für mich, mit Ihnen direkt ein Geschäft abzuschließen, ohne daß ein Dritter draufschaut.«
- 177 Ebd., S. 230.
- 178 Georg Fülberth: »Heitere Aussichten. Welche Auswirkungen hat Covid-19 auf die deutsche Wirtschaft«, in: *konkret. Politik & Kultur* 7 / 2021, S. 22 f., hier 23. Zum Marktradikalismus schreibt Fülberth: »Durch weitgehende Deregulierung sowie Steuerentlastungen für hohe Einkommen und große Vermögen wurde die Ungleichheit auf einen Stand getrieben wie seit 1913 nicht mehr.« Dies ist keineswegs eine »linke« Einzelmeinung. Die wirtschaftsliberale *NZZ* formuliert es ganz ähnlich: »Die zehn vermögendsten Männer der Welt besitzen 40 Prozent mehr als zu Jahresbeginn. Die Ungleichheit ist heute so groß wie vor dem Ersten Weltkrieg.« Albert Steck: »Ein Rekordjahr für Milliardäre«, in: *NZZ* v. 21. 12. 2020.

- 179 Der Begriff verkommt zu oft zur Floskel. Gemeint ist in vorliegender Studie im Kern folgendes: »Mit Neoliberalismus ist der gesamte Komplex von ökonomischen Regeln, weltanschaulichen Überzeugungen und alltäglichen Formulierungen gemeint, die an der Atomisierung der Gesellschaft und am Umbau des Subjekts zum Unternehmer seiner selbst arbeiten.« Bernd Stegemann: *Die Moralfalle. Für eine Befreiung linker Politik*, Berlin 2018, S. 193, EN 4. Ausführlicher bei Benedikt Kaiser: *Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts*, Schnellroda 2020, S. 19 – 22; dort auch weiterführende Literatur.
- 180 Der Terminus »Globalismus« ist eine Chiffre für neoliberale bzw. anschließend digitalkapitalistische Globalisierung bei US-amerikanischer Dominanz über die prozessuale Ausgestaltung der Vereinheitlichung der Welt, also, heruntergebrochen, eine Globalisierung »auf der Bahn eines globalistisch vereinfachten Englisch« (W. F. Haug: »Online-Kapitalismus«, in: *Das Argument* 335, Heft 2 – 3 / 2020, S. 19 – 56, hier 50). Die US-Stoßrichtung der Globalisierung als Amerikanisierung (Globalismus) wird auch durch die Impulse aus der digitalen Hemisphäre genährt: »Die Rhetorik des Silicon Valley mag vollkommen neuartig klingen, aber in Wahrheit entspringt sie einigen alten amerikanischen Traditionen: von der Erweckungsbewegung zum Informercial, von der Prädestination zur Selbsthilfe.« (Adrian Daub: *Was das Valley denken nennt*, Berlin 2020, S. 11.) – Der Globalismus kann dabei unterschiedliche ideologische Überbauten adaptieren, in der westlichen Welt ist es derzeit ein »woker«, linksliberaler, politisch-korrekt. Ausführlich über die ideologischen Wurzeln des Globalismus bei Quinn Slobodian: *Globalisten. Das Ende der Imperien und die Geburt des Neoliberalismus*, Berlin 2019.
- 181 »Der digitale Kapitalismus hat [...] nicht nur das Geldverdienen vom Finanzmarkt gelernt, sondern auch dessen Affinität zu ökonomischen und sozialen Krisen übernommen.« Staab: *Digitaler Kapitalismus*, S. 146
- 182 Reinhart Koselleck: *Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt* (1959), 15. Aufl., Frankfurt a. M. 2021, S. 134 u. 105.
- 183 Markus Vahlefeld: »Das neue Neoliberal: Im Kielwasser der Moral schwimmen die Haie«, in: *achgut.com* v. 12. 8. 2021.
- 184 Staab: *Digitaler Kapitalismus*, S. 293.
- 185 Ebd.
- 186 Streeck: *Zwischen Globalismus und Demokratie*, S. 412.
- 187 Ernst Bloch: *Erbschaft dieser Zeit* (1935), erw. Ausgabe, 4. Aufl., Frankfurt a. M. 2016, S. 40.
- 188 Mária Schmidt: »Europas Hybris«, in: Onfray: *Theorie der Diktatur*, S. 7 – 17, hier 17.
- 189 Daß die Verteidiger des Globalismus selbst die Krise als Chance für ihre Experimente begreifen und zu nutzen wissen, steht außer Frage; sie sind zudem im machtpolitischen Vorteil, vor allem im Rahmen der EU. Ivan Krastev bringt dies auf den Punkt: »Brüssel wird die letzte Bastion bei der Verteidigung der Globalisierung bleiben und gleichzeitig versuchen, den Druck aus dem Prozeß der Deglobalisierung zu nutzen, um mehr Macht zu erhalten und sich für mehr Integration auf bestimmten Gebieten einzusetzen.« Krastev: *Ist heute schon morgen?*, S. 78.



# Zeitschrift Sezession

## 19. Jahrgang 2021

Heft 100 / Februar / 11 €

**Thema: »Wo stehen wir?«**

76 Seiten, Beiträge u. a.:

Martin Lichtmesz

100

Thomas Hoof

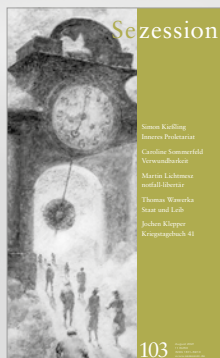
Lage

Erik Lehnert

Gleichheit

Dimitrios Kısoudis

Weltstaat



Heft 103 / August / 11 €

**offenes Heft**

72 Seiten, Beiträge u. a.:

Simon Kießling

*Inneres Proletariat*

Caroline Sommerfeld

*Verwundbarkeit*

Martin Lichtmesz

*notfall-libertär*

Thomas Wawerka

*Staat und Leib*

Heft 101 / April / 11 €

**offenes Heft**

72 Seiten, Beiträge u. a.:

Leon Plöcks

*Hundert Jahre Beuys*

Benedikt Kaiser

*Vor einem Jahr*

Martin Lichtmesz

*Wien, Heldenplatz*

Moritz Scholtysik

*Soziallehre*



Heft 104 / Oktober / 11 €

**Thema: »Zeitgeist«**

72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt

*Wilhelm Röpke*

Erik Lehnert

*Vier Jahre Bundestag*

Benedikt Kaiser

*Kampf gegen rechts*

Dirk Alt

*Medienstrategie*

Heft 102 / Juni / 11 €

**Thema: »1921«**

72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt

*George Orwell*

Erik Lehnert

*Angst und Politik*

Martin Lichtmesz

*Angst und Gott*

Ellen Kositz

*Angst und Körper*



Heft 105 / Dezember / 11 €

**offenes Heft**

72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt

*Fjodor Dostojewski*

Jonas Schick

*Fastfood (50 Jahre McDonald's)*

Benedikt Kaiser

*Peronismus*

Erik Lehnert

*Nach der Wahl*

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra · Deutschland

Tel: 034632 904399 · Fax: 034632 904397

e-Post: [vertrieb@sezession.de](mailto:vertrieb@sezession.de)

**sezession.de**

In jeder Krise gibt es Gewinner und Verlierer. Und in jeder Krise werden bestimmte Entwicklungen und Trends verstärkt. Das ist im Kontext von »Corona« bzw. »COVID-19« nicht anders: Die Viruserkrankung potenziert bestehende Zeittendenzen erheblich – hin zum Überwachungs- und Bemutterungsstaat, hin zu einem Kapitalismus neuen, digitalen Typs, hin zu einer Gesellschaft, in der ein Angstregime die alte »Normalität« verdrängt.

Nach dem ersten Schock durch Viren, Lockdowns und Regierungsversagen ist es erforderlich, Ordnung und Klarheit dort, wo beides verlorenging, soweit wie möglich wiederherzustellen. Die vorliegende Studie will dazu für die deutsche Lage auf wesentlichen Feldern – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft – die notwendigen Schritte unternehmen. Am Ende steht zudem die in Thesen zu beantwortende Frage: Was setzt der Widerständige all dem entgegen?



Institut für Staatspolitik

ISBN 978-3-939869-41-4